



11. Bayerisches WasserkraftForum

6. Mai 2025, Töging am Inn

Kantine im VERBUND-Wasserkraftwerk Töging am Inn



Wasserkraft – Stabile Energie in Krisenzeiten

Am 6. Mai lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 11. Bayerischen WasserkraftForum nach Töging am Inn ein. In der Kantine des Kraftwerks diskutieren Fachleute aus Politik, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft über aktuelle Herausforderungen und Chancen der Wasserkraft in Bayern. Vor dem Hintergrund jüngster Ereignisse wird die Bedeutung der Wasserkraft für eine stabile Energieversorgung besonders deutlich. Informationen und Anmeldung unter: www.bayerisches-wasserkraftforum.de.

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Kommunalminister Joachim Herrmann und Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach und Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags.



V.l.: Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie dstgb-Präsident, Dr. Uwe Brandl, mit Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Bilder: Bayerischer Gemeindegtag

Auftakt zur Kommunalwahl 2026:

„Wir brauchen die Besten, nicht nur die Lautesten“

Bayerischer Gemeindegtag setzt klares Zeichen für kommunalpolitisches Engagement

Mit einer eindrucksvollen Auftaktveranstaltung in der Münchner Allerheiligen-Hofkirche hat der Bayerische Gemeindegtag das Kommunalwahljahr 2026 eröffnet. Rund 200 Gäste aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft kamen zusammen, um Impulse zu setzen, Erfahrungen zu teilen – und ein deutliches Zeichen für die Demokratie vor Ort zu senden.

Matthias Simon, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Bayerischen Gemeindetags, eröffnete die Veranstaltung mit einem klaren Bekenntnis zum Wert des kommunalpolitischen Engagements. Ziel der neuen Veranstaltungsreihe sei es, nicht nur über Politik zu sprechen, sondern die Menschen sichtbar zu machen, die das Gemeinwesen tragen – überparteilich, bürgernah, engagiert. „Am Ende geht es um die Menschen, die ihren Beitrag für das Gemeinwohl leisten“, so Simon.

Mut zur Verantwortung

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, sprach offen über die Herausforderungen der heutigen Kommunalpolitik: eingeschränkte Gestaltungsspielräume, rauer Ton in den Debatten, sinkende Bereitschaft zur Kandidatur. Seine Antwort: Mut zur Verantwortung. Politik dürfe nicht in Resignation abgleiten, sondern müsse auf Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Ge-

staltungswillen setzen. Besonders wichtig sei es, die Demokratie auch im Alltag zu verteidigen – ob am Stammtisch oder im Netz.

Kommunalwahl ist Ehrenpflicht

Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann betonte in seiner Rede die zentrale Rolle der Kommunen für das Funktionieren der Demokratie. Angesichts von Hass, Hetze und Rücktritten mahnte er mehr Respekt für die kommunalen Verantwortungsträger an – und rief zur aktiveren Beteiligung auf: „Kommunalwahl ist Ehrenpflicht für alle Demokratinnen und Demokraten.“ Über 39.000 kommunale Mandate seien neu zu besetzen – eine Aufgabe, die nur mit breiter Unterstützung der Gesellschaft gelingen könne.

Vom Quereinstieg zum Erfolgsmodell

In einem sehr persönlichen Impulsvortrag schilderte Dr. Birgit Kreß, Bürgermeisterin von Markt Erlbach und Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, ihren Weg in die Kommunalpolitik – und was es braucht, um sich zu behaupten: Leidenschaft, Ausdauer, Mut, Resilienz und Gelassenheit. Kreß scheute sich nicht, auch über Rückschläge, Anfeindungen und Zweifel zu sprechen – und vermittelte zugleich, wie bereichernd und sinnstiftend die kommunale Arbeit sein kann.

Stadtträtin Melanie Jäger aus Mainbernheim berichtete eindrucksvoll von der Gestaltungskraft kommunaler Politik im Kleinen – und davon, wie schon der Wunsch eines Kindes nach einer neuen Spielplatzrutsche zum gelebten Demokratieerlebnis werden kann. Ihre Botschaft: Kommunalpolitik ist machbar, nahbar – und lohnt sich. Trotz Frustmo-

menten sei es vor allem die Freude am Miteinander, die sie immer wieder motiviere. Sie kündigte an, auch 2026 erneut zu kandidieren.

Bürgerbeteiligung braucht klare Grenzen

Professor Dr. Josef Franz Burgi von der LMU München ordnete die Beiträge in den verfassungsrechtlichen Rahmen ein – und warnte eindringlich vor einem Übermaß an plebiszitärer Demokratie. Bürgerentscheide sei-

OB-Barometer 2025:

Finanzen dominieren, Demokratiesorge wächst

War das Thema „Kommunal Finanzen“ bereits 2024 das aktuell wichtigste Handlungsfeld der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister für die eigene Stadt, gewinnt es heuer noch einmal deutlich an Dynamik: Mit 70 Prozent (Vorjahr 50 Prozent) der Nennungen stufen die Rathauschefs das Thema doppelt so wichtig ein wie die nachfolgenden Themen Wohnen, Unterbringung/Integration Geflüchteter sowie Klimaschutz. Zudem rücken Rechtspopulismus und Demokratieskepsis in den Fokus. Dies ergab die diesjährige Befragung des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap für das OB-Barometer im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu).

Zur der von den Stadtspitzen geäußerten Finanznot passt auch, dass Fragen des Erhalts und Ausbaus der kommunalen Infrastruktur – immerhin 40 Prozent der öffentlichen Investitionen sind kommunal – als so wichtig wie nie zuvor bewertet werden.

Dringende Handlungsfelder

Jeweils ein Viertel der Stadtspitzen nennt diese beiden Handlungsfelder als vordringlich, im Vergleich zu 14 % im Vorjahr. Damit bestätigen sich die Ergebnisse aus dem Kommunalpanel 2024, das das Difu im Auftrag der KfW durchführt, in dem für den Bereich Schulen ein Investitionsrückstand von 54,76 Mrd. Euro – und damit ein erheblicher Handlungsdruck – ermittelt wurde.

Der wachsende Ausgaben-

druck in den Kommunen ver-

en ein wertvolles Mittel, könnten aber auch Verantwortungskultur und Kompromissfähigkeit untergraben. Sein Plädoyer: Die repräsentative Demokratie müsse gestärkt, das Bürgerbegehrensrecht reformiert und auf wesentliche Sachfragen beschränkt werden. Die Veranstaltung des Bayerischen Gemeindetags war weit mehr als ein Auftakt ins Wahljahr – sie war ein kraftvolles Signal für die Zukunft der Demokratie vor Ort. Ob Minister, Bürgermeisterin, Stadträtin oder Wissenschaftler: Alle Beiträge machten deutlich, dass es Menschen mit Haltung, Herz und Tatkraft braucht, um die kommunale Selbstverwaltung lebendig zu halten.

Oder, wie Prof. Burgi es mit einem Zitat aus dem Buch Jesaja formuliert: „Suchet der Stadt Bestes – denn wenn es ihr wohl geht, so geht es euch auch.“ CH

schärft sich durch weiter steigende Sozialausgaben. Nach Angaben des Deutschen Städtetages sind die kommunalen Sozialausgaben in den vergangenen zehn Jahren in fast allen Bereichen um mindestens ein Drittel, teilweise um mehr als 100 % gestiegen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe haben sich beispielsweise die Ausgaben in zehn Jahren mehr als verdoppelt – von 32,8 Mrd. Euro auf 67,6 Mrd. Euro bundesweit, u.a. durch den umfangreichen Ausbau der Kinderbetreuung.

2024 Sozialkosten um noch einmal 12 % gestiegen

Auch 2024 sind die kommunalen Sozialkosten um noch einmal 12 % gestiegen, die Leistungen in der Eingliederungshilfe und für Kinder- und Jugendhilfe sogar um mehr als 15 %.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vorstellung im Münchner PresseClub:

„Bavaria ruft“

Initiative für mehr Frauen in der Kommunalpolitik

Mit prominenter politischer Unterstützung und breitem überparteilichem Schulterschluss wurde im Münchner PresseClub die Initiative „Bavaria ruft – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“ der Öffentlichkeit präsentiert. Ziel der neuen Plattform ist es, ein Jahr vor der Kommunalwahl 2026, mehr Frauen für ein kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen – mit gezielter Unterstützung, öffentlicher Sichtbarkeit und einem starken Frauennetzwerk.

In Bayern gibt es 2.056 Kommunen – doch nur rund 10 Prozent werden von Bürgermeisterinnen geführt. Tendenz: sinkend. Zwar ist der Frauenanteil

überzeugt, dass wir dafür auf der Kommunalebene anfangen müssen – als Fundament für mehr Frauen in Bayerns Politik!“

Auch Katharina Schulze, Frak-



Die Ideegeberinnen von „Bavaria ruft“, v.l.: Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag, Landtagspräsidentin und Schirmherrin, Ilse Aigner und Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing. Bild: Bayerischer Landtag/ Astrid Schmidhuber

in Bezirkstagen, Kreistagen sowie Gemeinde- und Stadträten etwas höher, doch von Parität ist man auch dort weit entfernt. „Demokratisch ist das nicht“, bringt es die Anzinger Bürgermeisterin Kathrin Alte auf den Punkt. Gemeinsam mit Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, hat sie die Initiative ins Leben gerufen.

Schweizer Vorbild

Inspiziert vom Schweizer Vorbild „Helvetia ruft“, wurde das Konzept in enger Zusammenarbeit mit weiteren Akteurinnen weiterentwickelt. „Bavaria ruft“ bündelt bestehende Programme, Mentoring-Angebote und Netzwerke – und vernetzt Frauen, die Verantwortung übernehmen wollen“, so Alfons. „Wir machen sichtbar, was es bereits gibt, und schaffen neue Zugänge.“

Zu den Erstunterstützerinnen zählt Ilse Aigner, Präsidentin des Bayerischen Landtags, die sich als Schirmherrin zur Verfügung stellt. „Einer Frau an der Spitze müssen viele weitere folgen: Ich bin

tionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen im Bayerischen Landtag, gehört zu den „Gründungsmüttern“ der Initiative. Sie be-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bald soll Deutschland wieder einen Kanzler haben. Schon vor Amtsantritt ordentlich durch den Kakao gezogen, bleibt Merz laut Pino immerhin ein Trost: Wer so tief startet, hat gute Chancen, am Ende positiv zu überraschen. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Gespräch mit Bauminister Bernreiter: Wohnungsbau unter Druck 2
Zeitgemäße Verwaltung im Visier 2
Start für das VERBUND-Wasserkraft Kompetenzzentrum Töging . 3

GZ-Kolumne Eva Weber:
Koalitionsvertrag mit kommunaler Handschrift 3

Bayerischer Integrationspreis 2025. 4
Für zukunftsfähigen Tourismus den Wandel aktiv gestalten . . 4
ORH-Bericht: Spielräume durch Haushaltsdisziplin gestalten . . 5

Kommunale Finanzthemen 5-9
Kommunale Wasserthemen 10-11
Kommunaltechnik • GaLaBau • Friedhof 11-13

Aus den bayerischen Kommunen. 14-16

Wohnungsbau in Bayern unter Druck:

Mit Plan und Pragmatismus

Bauminister Christian Bernreiter über Förderengpässe, neue Spielräume, kommunale Verantwortung – und warum er trotz Krise beim Wohnen zuversichtlich bleibt

Steigende Baukosten, Fachkräftemangel, überlastete Förderprogramme: Der Wohnungsbau in Bayern steht unter massivem Druck. Im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläutert Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, wie der Freistaat auf die Herausforderungen reagiert, was Kommunen jetzt erwarten dürfen – und warum der Traum vom Eigenheim weiterhin politische Unterstützung verdient.

GZ: Herr Minister, der Staat ist laut Bayerischer Verfassung verpflichtet, für angemessenen Wohnraum zu sorgen. Gleichzeitig berichten zahlreiche Kommunen vom Förderstopp bei EOF und KommWFP – obwohl der Bedarf weiter steigt. Wie erklären Sie diese Situation, und wie bewerten Sie sie im Kontext Ihrer politischen Verantwortung? **Staatsminister Christian Bernreiter:** Um es gleich vorweg zu sagen, angesichts von Rekordinvestitionen in den bayerischen Sozialwohnungsbau von über einer Milliarde Euro für dieses Jahr kann von einem Förderstopp keine Rede sein. Aber: Bauen ist in den vergangenen Jahren immer teurer geworden, da macht der Wohnungsbau leider keine Ausnahme. Die Gründe sind vielfältig und reichen von gestiegenen Kosten für Baumaterialien, gestörten Lieferketten durch den Krieg in der Ukraine über Fachkräftemangel und gestiegene Grundstückspreise bis hin zu gestiegenen Zinsen und fehlender Unterstützung aus der Bundespolitik in den vergangenen Jahren. In Bayern haben wir das Problem früh erkannt. Ich habe bereits Anfang 2023 den Wohnbau-Booster Bayern ins Leben gerufen, mit dem wir als Staatsregierung un-

tere Förderungen deutlich ausgeweitet haben und auch unsere drei staatlichen Wohnungsbau-Gesellschaften schaffen trotz des herausfordernden Marktumfelds



Staatsminister Christian Bernreiter. Bild: StMB

weiterhin bezahlbaren Wohnraum in ganz Bayern. Ich habe immer und überall betont, dass uns die Mittel förmlich aus der Hand gerissen werden. Allerdings muss jedem klar sein, dass auch das attraktivste Förderprogramm an seine Grenzen kommt.

GZ: Wie viele Mittel standen in den Jahren 2023 und 2024 für diese Programme zur Verfügung – und wie viele Wohnungen konnten damit konkret gefördert bzw. gebaut werden? **Gibt es transparente Zahlen, auch aufgeschlüsselt nach Regionen?** **Bernreiter:** Die Wohnraumförderung hat sich in den vergangenen Jahren klar als Stabilitätsanker für die Wohnungs- und Bauwirtschaft bewährt. Dies wird durch die deutlich gestiegene Nachfrage bestätigt. Mit Bewilligungsmitteln in Höhe von rund 2,2 Milliarden Euro in den letzten zwei Jahren und Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn konnten wir die Bauwirtschaft in der Krise stützen und so zahlreiche Projekte fördern – und das in ganz Bayern. Insgesamt haben wir 2023 und 2024 die Schaffung und den Erhalt von mehr als 22.700 Wohnungen unterstützt.

GZ: Allein im Landkreis Ebersberg drohen über 400 dringend benötigte Wohnungen zu scheitern. Wie gehen Sie mit der Kritik um, dass Kommunen und Bürgermeister mit diesen Projekten politisch bereits gewonnen haben – und nun, ein Jahr vor der Kommunalwahl, möglicherweise ohne Ergebnisse dastehen?

Bernreiter: Es ist absolut nachvollziehbar, dass die Kommunen und auch andere Bauträger mit der Situation nicht zufrieden sind. Ich selbst bin es ja auch nicht. Alles, was möglich war, wurde in Aktion gebracht. Und selbstverständlich werden alle Bewilligungen wie erteilt abfinanziert. Das gilt auch für alle erteilten vorzeitigen Maßnahmenbeginne. Sie werden im Zeitablauf vollumfänglich bewilligt werden, hierauf können sich alle Projektträger verlassen. Das umfasst natürlich insbesondere alle Projekte, die bezugsfertig werden – sie werden selbstverständlich rechtzeitig vor Erstbezug bewilligt.

GZ: Viele Kommunen berichten, dass sie für geplante Projekte keinen vorzeitigen Maßnahmenbeginn bewilligt bekommen – und deshalb nicht bauen dürfen. Können Sie diesen Stillstand nachvollziehen, und sehen Sie Handlungsspielräume für eine Übergangslösung?

Bernreiter: Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn berechtigt zum förderunschädlichen Start der Baumaßnahme, allerdings ohne, dass es eine Förderung garantiert. Wir wollen aber jeden vorzeitigen Maßnahmenbeginn dann auch bewilligen! Daher können wir neue vorzeitige Maßnahmenbeginne nicht einfach so erteilen. Die müssen dann auch bis zur Bezugsfähigkeit finanziert werden können. Daher kann über neue vorzeitige Maßnahmenbeginne erst entschieden werden, wenn konkret feststeht, inwieweit sich die Rahmenbedingungen durch politische Entwicklungen vor allem auf Bundesebene kurzfristig ändern. Sollten sich hier neue Spielräume ergeben, werden wir sie natürlich unverzüglich nutzen.

GZ: Wird es zeitnah eine Entscheidung über die Weiterführung oder Aufstockung der Programme geben? Und was ist nötig, damit Fördermittel und Bedarf künftig besser aufeinander abgestimmt werden – gerade in Wachstumsregionen wie dem Münchner Umland?

Der freifinanzierte Wohnungsbau muss aus der Krise kommen

Bernreiter: Es ist schlichtweg nicht möglich, die großen Wohnraumbedarfe gerade in den Ballungsräumen alleine oder vorwiegend durch staatliche Förderprogramme zu decken. Deshalb muss primär von den politischen Akteuren auf allen Ebenen jetzt alles dafür getan werden, dass der freifinanzierte Wohnungsbau aus der Krise kommt. Das betone ich seit Beginn meiner Amtszeit gebetsmühlenartig. Die Voraussetzungen dafür konnten wir im Koalitionsvertrag verankern. Für den sozialen Wohnungsbau in Bayern kann ich sagen, dass spätestens zu Beginn des kommenden Jahres Neubewilligungen insbesondere in der Mietwohnraumförderung in größerem Maße wieder möglich sein werden. Der Bewilligungsumfang sowie die Auszahlungsmodalitäten und -zeitspannen sind von der Umsetzung der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene sowie der Aufstellung des Doppelhaushalts 2026/2027 in Bayern abhängig.

GZ: Angesichts hoher Baukosten, Fachkräftemangel und regulatorischer Anforderungen – braucht es aus Ihrer Sicht einen politischen Neustart beim Thema Bauen in Bayern? Welche strukturellen oder rechtlichen Reformen halten Sie für realistisch und dringend notwendig?

Bernreiter: Vor allem Bundes- und europarechtliche Rahmenbedingungen müssen jetzt neu gestellt werden, um den Wohnungsziele in ganzer Breite anzuschließen. Das Baugesetzbuch muss dafür schnell novelliert werden und die steuerlichen Rahmendaten via Abschreibungsmodalitäten umgehend von einer neuen Bundesregierung angepackt werden. Mir wurde aus der Branche in den vergangenen Jahren immer wieder signalisiert, dass unsere landespolitischen Maßnahmen aus dem Wohnbau-Booster Bayern wirken und im bundesweiten Vergleich vorbildlich sind. Natürlich loten wir parallel zu den bestehenden Maßnahmen ständig neue Möglichkeiten aus, Bauen wieder bezahlbarer und attraktiver zu machen. Ein Beispiel ist der Gebäudetyp-e, wobei das „e“ für einfach, beziehungsweise experimentell steht. In fast ganz Bayern laufen aktuell Pilotprojekte zur Erprobung neuer Bau- und Wohnformen. Es nehmen Wohnungsbauunternehmen, aber auch Kommunen sowie

der staatliche Hochbau teil. Hoffnung macht mir außerdem, dass die neue Bundesregierung in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit einen Bau-Turbo zünden möchte. Mein Vorschlag: Das kann man auch in Schritte aufteilen, um keine Zeit zu verlieren. Lieber schnelle Verbesserungen in wichtigen Teilbereichen, als die 100-Prozent-Lösung, die nie kommt. In Bayern haben wir das mit den Modernisierungsgesetzen I bis III bereits erfolgreich vorgemacht.

GZ: Herr Minister, die Wohnraumfrage ist nicht nur eine technische oder finanzielle Herausforderung, sondern berührt zentrale Werte unserer Gesellschaft – insbesondere das Ideal von selbstbestimmtem, generationenübergreifendem Wohnen und Eigentum. Viele Menschen sehnen sich danach, im eigenen Haus, in gewachsenen Nachbarschaften und in der Gemeinschaft mit mehreren Generationen leben zu können. Kritiker bemängeln, dass aktuelle wohnungspolitische Ansätze zu sehr auf Regulierung und staatliche Vorgaben setzen und zu wenig auf Eigenverantwortung, Eigenumbildung und Vielfalt der Lebensentwürfe. Wie möchten Sie als CSU-Politiker und Bauminister dafür sorgen, dass gerade Familien und die Mitte der Gesellschaft wieder stärker Chancen auf Eigentum, selbstbestimmtes Wohnen und Gestaltungsspielräume erhalten – auch angesichts wachsender Vorgaben aus Berlin und Brüssel? Und welche Lehren ziehen Sie aus der erfolgreichen Wohnungs- und Eigentumpolitik der Nachkriegszeit für die aktuellen Herausforderungen?

Bernreiter: Der Traum vom Eigenheim ist absolut unterstützenswert. Eine eigene Immobilie ist der beste Vermögensschutz im Alter, den es gibt. Wir in Bayern unterstützen mit unseren Förderungen nicht einseitig den Mietwohnungsbau, sondern auch die Schaffung von Wohneigentum. Fakt ist aber auch hier, dass wir als Freistaat diese Herausforderung nicht alleine lösen können. Auch der frei finanzierte Wohnungsbau muss wieder angeschoben werden. Dafür sind mehrere Sonderabschreibungen geplant. In der Bauministerkonferenz, deren Vorsitzender ich seit vergangem Jahr bin, fordern wir schon lange die Umstellung von reiner Energieeffizienz auf die Betrachtung der Treibhausgasemissionen als zentrale Steuerungsgröße – beispielsweise bei der KfW-Gebäude-Förderung. Das muss jetzt endlich kommen: Für mehr Technologieoffenheit und Zielorientierung bei diesem wichtigen Thema. Um mehr und bezahlbar zu bauen, brauchen wir außerdem eine vollständige Digitalisierung, insbesondere auch bei den Genehmigungen. Ich sehe auch ein großes Potenzial beim seriellen und modularen Bauen. Diese Potenziale muss die neue Bundesregierung nun heben.

GZ: Zum Schluss: Was möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern – den kommunalen Entscheidungsträgern im ganzen Freistaat – mit auf den Weg geben?

Bernreiter: Uns allen in der Staatsregierung ist bewusst, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit ist. Das gilt vor allem für Ballungsräume mit ihren besonderen Herausforderungen, aber auch auf dem flachen Land muss es weiterhin bezahlbaren Wohnraum geben. Wir haben mit kräftigen Maßnahmen vorgelegt und ich hoffe sehr, dass wir bald auch wieder neue Förderzusagen erteilen können. Gleichzeitig bedanke ich mich bei allen Kommunen, Bauträgern und auch privaten Bauherren, die trotz aller aktuellen Herausforderungen weiterhin bezahlbaren Wohnraum schaffen.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

GZ

GZ-PODCAST

GZ

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 6: Verlässlich für Menschen, Heimat und Kommunalpolitik im Einsatz – Bürgermeister Christian Schmid im Gespräch



Für Bürgermeister Christian Schmid aus Vellburg ist klar, was eine Kommune in Krisenzeiten zusammenhält: „Es sind die Menschen“. In dieser Folge von „Das gute Beispiel“ spricht er über echtes Miteinander im Stadtrat, über Ehrenamt, Feuerwehr, Verantwortung – und warum es mehr braucht als Parteiprogramme: Vertrauen, klare Worte und den Mut, neue Wege zu gehen. Alle Folgen unter www.gemeindezeitung.de/podcast. □

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

Zeitgemäße Verwaltung im Visier

Unter dem Motto „Mehr Freiheit, mehr Vertrauen, weniger Bürokratie“ diskutierte der Bayerische Landtag auf Initiative der CSU-Fraktion über notwendige Reformen im Staatswesen. Ziel der Debatte war ein klarer Appell für einen modernen, schlanken und digitalen Staat, der Bürgerinnen und Bürger unterstützt, statt sie durch übermäßige Regulierungen zu behindern.

Nach Auffassung der CSU-Fraktion braucht es ein neues Denken in Verwaltung, Politik und Gesellschaft, um die drängenden Herausforderungen der Bürokratie effektiv anzugehen. Mit Nachdruck setzt sie sich dafür ein, Bürokratie nicht nur zu reduzieren, sondern Verwaltungsstrukturen grundlegend zu überdenken. Walter Nussel, Beauftragter der Staatsregierung für Bürokratieabbau, betonte: „Wir müssen wegkommen von einer Kultur der Kontrolle und Absicherung hin zu einer Kultur des Vertrauens. Der Staat muss wieder vom Bürger her gedacht werden. Wer Verantwortung übernimmt, verdient Wertschätzung und nicht die erste Frage: ‚Wer ist schuld, wenn etwas schiefgeht?‘“

Neue Denkweisen gefordert

Laut Steffen Vogel, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“, „ist die Zeit des Wartens vorbei“. Die Aufgabe ziehe sich über viele politische Ebenen und reiche vom Abbau überflüssiger Aufgaben über Haftungsfragen und digitale Prozesse bis zum Einsatz künstlicher Intelligenz. Konkret forderte Vogel ein Bürokratiemoratorium, ein Anti-Gold-Plating-Gesetz sowie die Überprüfung über das europäische Maß hinausgehender Gesetze. Die Grundbotschaft müsse lauten: „Tu es einfach“, um pauschale Förderungen und einfache Regelungen zu stärken.

Angesichts eines Wertschöpfungsverlusts von 147 Milliarden Euro (laut Ifo-Institut) sehen Unternehmen die Bürokratie als größte Wachstumsbremse. Deutschland gehöre zu den am stärksten regulierten Ländern weltweit. Während früher Deutschland als Silicon Valley der 1950er- bis 1970er-Jahre galt, lägen heute China und die USA bei Innovationen vorne. Ohne entschlossene Entbürokratisierung, so Vogel, werde Deutschland den Wettbewerb um Arbeitsplätze und Wohlstand nicht gewinnen.

Breite Zustimmung unterschiedliche Schwerpunkte

Zustimmung zur Stoßrichtung kam aus vielen Fraktionen, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Kathrin Ebner-Steiner (AfD) kritisierte den Status quo als rückständig. Faxkommunikation und Funklöcher seien Symbole für Bayerns Reformstau. Sie forderte günstige Energie, niedrigere Lohnnebenkos-

ten und weniger Klimavorgaben. Felix Locke (Freie Wähler) sprach von einem „Staat, der sich selbst neu denken muss“ und verwies auf Bayerns Potenzial als Start-up-Hochburg. Mit besseren Rahmenbedingungen könne Bayern sogar dem Silicon Valley Konkurrenz machen.

Johannes Becher (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte den Reformwillen, warnte jedoch vor Symbolpolitik. Schweden sei Deutschland bei der Verwaltungsdigitalisierung 20 Jahre voraus. Er forderte tiefgreifende Änderungen in Gesetzgebung, Behördenkultur und Verwaltungspraxis und lobte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit CSU-Politiker Vogel in der Enquete-Kommission.

Pragmatismus ist gefragt

Katja Weitzel (SPD) bekannte sich zum Ziel eines modernen Staates, mahnte jedoch zur Vorsicht: Bürokratie sei nicht per se schlecht, sondern garantiere Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Gleichbehandlung. Ein allzu radikaler Abbau könnte demokratische Strukturen gefährden: „Wir dürfen den Rechtsstaat nicht der Effizienz opfern.“

Dr. Florian Herrmann, Staatskanzleichef und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, bezeichnete Entbürokratisierung als eine „zentrale Herausforderung unserer Zeit“. Die Forderungen kämen nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch von Ehrenamtlichen und Bürgerinnen und Bürgern. Herrmann lobte die überparteiliche Zusammenarbeit in der Enquete-Kommission, kritisierte jedoch Maßnahmen der Bundesregierung wie das Kohlendioxidkostenaufteilungs-gesetz und das Kindergrundsicherungsgesetz, die zusätzliche Berichtspflichten und Belastungen verursachten.

Die Bayerische Staatsregierung setze dagegen auf pragmatische Lösungen mit Augenmaß und gesundem Menschenverstand. Ziel sei eine Gesetzgebung, die sich auf das Notwendige beschränke: „Wir brauchen einen starken Staat, der für die Schwachen da ist. Deshalb muss er schlank sein. Der Staat muss im Äußeren wie im Inneren für Sicherheit sorgen und die Menschen ansonsten in Ruhe lassen – insbesondere Unternehmer, Mittelständler und die übrige Bevölkerung.“

Herrmann betonte, der Staat müsse dort stark sein, wo Hilfe nötig sei, und ansonsten Freiheit ermöglichen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Luger
Gemeinde Gerzen
am 8.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Eduard Obermeier
Gemeinde Pettendorf
am 7.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Karmann
Markt Buttenheim
am 8.5.

Bürgermeister Karl Rehm
Stadt Rain
am 11.5.

Bürgermeister Stefan Taglang
Gemeinde Medlingen
am 13.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Hemmerich
Markt Reichenberg
am 4.5.

Bürgermeister Alois Fischer
Gemeinde Unterpleichfeld
am 12.5.

Oberbürgermeister Jens Meyer
Stadt Weiden i. d. Opf.
am 12.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Gilg
Gemeinde Langweid a. Lech
am 12.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Maximilian Eichstetter
Stadt Füssen
am 14.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



V.l.: Karl Heinz Gruber, Geschäftsführer Verbund Wasserkraft Bayern; Tobias Windhorst, Bürgermeister Töging; Erwin Schneider, Landrat Altötting; Marcel Huber, Staatsminister a.D.; Max Heimerl, Landrat Mühldorf/Inn; Mathias Pfeil, Generalkonservator Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege; Michael Amerer, Geschäftsführer Verbund Wasserkraft Bayern. Foto: Michael von Hassel – FOTO ART

Historisches Krafthaus wird zum Zukunftsort

Start für das Kompetenzzentrum
VERBUND Wasserkraft Bayern in Töging

Töging am Inn. Mit einem feierlichen Festakt ist der Startschuss für den Umbau des historischen Krafthauses in Töging gefallen. In den kommenden drei Jahren entsteht hier das neue Kompetenzzentrum VERBUND Wasserkraft Bayern – ein innovativer Zukunftsort, an dem Vergangenheit und Moderne auf beispielhafte Weise zusammengeführt werden.

Im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verbundführung wurde das ambitionierte Projekt offiziell vorgestellt. Die Gastgeberin des Tages, Dorothea Misch-Balanjuk, begleitete die Veranstaltung mit Charme und Begeisterung. Für sie war es „ein ganz besonderer Anlass – beruflich und persönlich“.

Denkmal wird Zukunftsort

Das ehemalige Krafthaus vor 2022 mit der Inbetriebnahme des neuen Innkraftwerks Jettenbach-Töging nach über 100 Jahren seinen ursprünglichen Zweck. Nun erhält das denkmalgeschützte Ensemble eine neue Funktion: Bis Ende 2027 entsteht auf rund 6.000 Quadratmetern ein modernes Mehrzweckgebäude mit lichtdurchfluteten Büroflächen, Technikräumen, Werkstätten, Sozialbereichen und Steuerzentralen – künftig Arbeitsort für rund 150 Fachkräfte aus Betrieb und Verwaltung der bayerischen Wasserkraftgesellschaften von VERBUND.

„Wir freuen uns, dass dem architektonischen Juwel und Wahrzeichen der Region neues Leben eingehaucht wird“, so Erwin Schneider, Landrat von Altötting und Mitglied der Architekturjury.

Denkmalgerechte energetische Sanierung

Der Siegerentwurf stammt vom Büro Nagler. Er setzt auf eine denkmalgerechte energetische Sanierung, die Nutzung von Holztragwerken im Sinne zirkulären Bauens, natürliche Quellaftung und die Integration von Abwärme des benachbarten Kraftwerks über Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Für COO Achim Kaspar steht das Projekt exemplarisch für die nachhaltige Strategie des Unternehmens: „Wir leisten einen verantwortungsvollen Beitrag zur Weiterentwicklung unseres Wasserkraft-Know-hows in Bayern. VERBUND investiert in den nächsten drei Jahren über eine Milliarde Euro in den Standort.“

Im Rahmen des Festakts wurde das Projekt in zwei Gesprächsrunden ausführlich vorgestellt. Geschäftsführer Michael Amerer betonte: „Dieses Gebäude wird nicht nur ein Vorzeigeprojekt in puncto Nachhaltigkeit, sondern auch ein Ausdruck unserer Haltung: Wir kombinieren Historie mit Innovation. Altes muss nicht weichen – es kann Grundlage für Neues sein.“

Projektleiter Bernhard Ehrhau-

er, der das Vorhaben seit über einem Jahrzehnt begleitet, zeigte sich bewegt: „Die Umgestaltung dieses Ortes ist mehr als ein Bauprojekt – es ist ein kultureller und emotionaler Transformationsprozess.“ Unter seiner Leitung wurde bereits mit vorbereitenden Maßnahmen begonnen, unter anderem mit der Demontage von 12 der ehemals 15 Maschinen, die einst hier Strom erzeugten – insgesamt über 3.400 Tonnen Altmetall.

Leuchtturmprojekt für die Region

Das Kompetenzzentrum ist nicht nur ein wichtiger Baustein in der Unternehmensstrategie

Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“:

Vorsichtiger Optimismus

Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände

Mit dem (bei Redaktionsschluss noch nicht verabschiedeten) Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ steht das Programm der Bundesregierung für die kommenden Jahre. Laut CSU-Partei-Vorsitzendem und Ministerpräsident Dr. Markus Söder, „liefert der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD die richtigen Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Er ist eine Fitness- und Modernisierungskur für unser Land. Die Prinzipien des Vertrags lauten: Mehr Freiheit durch weniger Bürokratie, mehr Leistung und Kraft für die Wirtschaft durch weniger Steuern, mehr äußere Sicherheit durch eine Stärkung der Bundeswehr und mehr Recht und Ordnung durch die Bekämpfung der illegalen Migration. Investieren, reformieren und konsolidieren – das ist das Deutschland-Paket.“

„Mehr Licht als Schatten“ sieht der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Thomas Karmasin, im Koalitionsvertrag. Darin fänden sich viele Kernforderungen seines Verbandes wieder. Dazu zähle auch das Prinzip „Wer anschafft, der zahlt“. „Endlich sollen diejenigen Ebenen, die neue Leistungen beschließen oder bestehende Leistungen erweitern, auch für deren Finanzierung verantwortlich sein“, so Karmasin. „Bisher hatte insbesondere der Bund neue gesetzliche Aufgaben beschlossen, ohne sich dann an der Finanzierung zu beteiligen. Die Kluft zwischen den vor Ort vorhandenen finanziellen Mitteln und dem, was aufgrund von Bundesbeschlüssen umgesetzt werden soll, ist aktuell immens und unsere kommunalen Haushalte entsprechend völlig überlastet. Wenn Bundesgesetz oder Maßnahmen zu höheren Ausgaben oder geringeren Einnahmen bei den Kommunen führen, müssen die entsprechenden Mittel auch tatsächlich bei den Kommunen ankommen. Dies gilt auch für Verwaltungs- und Personalaufwände. Die konkrete Umsetzung wird allerdings entscheidend sein. Da

von VERBUND, sondern auch ein starkes Signal für die gesamte Region. „Töging ist Wasserkraft – das liegt in unserer DNA“, so Bürgermeister Tobias Windhorst. „Der neue Standort wird zu einem zukunftsweisenden Symbol für nachhaltige Energie, technisches Know-how und hochwertige Arbeitsplätze.“

Innovation auch in historischen Mauern

Auch der Mühldorfer Landrat Max Heimerl unterstrich die Bedeutung für die regionale Entwicklung: „Dieses Projekt zeigt, dass Innovation auch in historischen Mauern gelingen kann. Es schafft Impulse und ist ein Standortfaktor mit Strahlkraft.“

Ausblick: 2028 soll Eröffnung gefeiert werden

Wenn alles nach Plan läuft, wird das Kompetenzzentrum Anfang 2028 eröffnet. Die Beteiligten gaben sich beim Abschlussatz des ersten Podiums selbstbewusst: „Wenn wir uns 2028 wieder hier treffen, dann steht hier ein ökologisch und architektonisch herausragendes Gebäude, das zeigt, wie Wandel mit Verantwortung gelingen kann.“

MH

werden wir dem Bund genau auf die Finger schauen“, machte der Präsident deutlich.

Entlastung der Kommunen

Auch die Entlastung der Kommunen von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards sei Teil des Forderungskatalogs des Landkreistags gewesen, fuhr Karmasin fort. Der Koalitionsvertrag sehe jetzt vor, dass Gesetze und Regelungen, die nicht notwendig sind, nicht erlassen werden sollen. Gesetze, die ihren Zweck nicht mehr erfüllen, sollen gestrichen werden. „Unsere Handlungsfähigkeit hängt entscheidend davon ab, ob wir uns auf unsere Kernaufgaben konzentrieren können. Komplexe und praxisferne Vorschriften führen zu unnötigem Verwaltungsaufwand, der sowohl Bürger als auch Unternehmen belastet. Bereits in der frühen Phase der Gesetzgebung sollen Praxischecks mit kommunaler Beteiligung durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Kommunen berücksichtigt werden. Mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte der Kommunen im Gesetzgebungsverfahren sind

GZ

KOLUMNE
Eva Weber

Liebe Leserinnen
und Leser,

während langsam der Frühling Einzug hält, gehen die Koalitionsverhandlungen in Berlin auf die Zielgerade. Der Koalitionsvertrag ist geschafft, jetzt müssen noch die jeweils zuständigen Parteigremien abstimmen und zustimmen und dann steht im Mai hoffentlich eine handlungsfähige neue Bundesregierung.

Ich war auf den Koalitionsvertrag sehr gespannt. Viele große Themen liegen auf dem Tisch, an vielen Stellen merkt man, dass die Koalitionäre darum gerungen haben, gute Lösungen unter Beachtung der eigenen politischen Vorstellungen zu verhandeln. Am meisten – positiv! – überrascht hat mich, dass die Rolle der Kommunen an vielen Stellen als Partner auf Augenhöhe benannt wird. Auch, dass es künftig keine



vor allem in den Städten und Gemeinden entscheidet. Dass Radikalisierung dort stattfindet, wo die Daseinsvorsorge eben nicht mehr ausreichend funktioniert.

Nun liegt es auch an uns Kommunen, den Koalitionsvertrag mit Leben zu erfüllen. Gerade das Sondervermögen für Infrastruktur gibt uns da ausreichend Ansatzpunkte. Und ja, ich finde, dass das Sondervermögen sinnvoll ist. Denn es geht beim Sondervermögen vor allem um eines: Handlungsfähigkeit. Gerade wir Städte und Gemeinden stehen vor einem enormen Investitionsstau – nicht nur bei Straßen und Brücken, sondern auch bei Sportstätten, Kitas und Schulen. Das betrifft Infrastruktur, die alle Bürgerinnen und Bürger, landauf landab, täglich nutzen. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Marode Infrastruktur sind ebenfalls Schulden, die wir nachfolgenden Generationen nicht zumuten können.

Was aber auch klar sein muss: Wir dürfen uns auf keinem Fall auf dem Sondervermögen und der damit erkaufte Zeit ausruhen. Wir müssen die Zeit auf allen politischen Ebenen nutzen, um darüber zu diskutieren, wie wir unseren Staat zukunftsfähig gestalten – durch klare Standards, eine kritische Überprüfung von Aufgaben und effizientere Prozesse. Am Ende geht es um nichts Geringeres als um die Frage, in welchem Staat wir in Zukunft leben möchten. Deshalb ist es entscheidend, dass Deutschland jetzt schnell handlungsfähig wird, damit wir die großen Herausforderungen – wie den Sanierungsstau – gemeinsam zügig angehen können.

Ihre Eva Weber

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Koalitionsvertrag mit kommunaler Handschrift

Gesetze zu Lasten der Kommunen geben soll und dass Entscheidungen zu Steuern nicht zu Lasten der kommunalen Ebene gehen sollen, habe ich in einer solchen Deutlichkeit in noch keinem Koalitionsvertrag gelesen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Koalitionäre tatsächlich die Papiere der KPV und der kommunalen Spitzenverbände gelesen und deswegen verstanden haben, dass der Fortbestand der Demokratie sich

ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, unterstrich Karmasin.

Als besonders erfreulich erachtet er die angekündigte finanzielle Soforthilfe für die Krankenhäuser aus dem Sondervermögen. Die von den Landkreisen getragenen Krankenhäuser benötigten diese sofortige finanzielle Unterstützung, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Über Jahre seien die laufenden Kostensteigerungen durch Berlin trotz Zuständigkeit nicht ausgeglichen worden. „Wir brauchen jetzt dieses Geld, damit unsere Krankenhäuser nicht unstrukturiert pleitegehen“, hob der Verbandschef hervor.

Kommunale Hilferufe werden ernst genommen

Auch im Bereich der Migration würden die langjährigen Hilferufe der Kommunen endlich ernst genommen. Die geplanten Zurückweisungen an der Grenze, der Wegfall des Bürgergelds für Ukrainer, die Aussetzung des Familiennachzugs, sowie Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan seien echte Signale für die geforderte Wende in der Migrationspolitik.

„Angesichts der dramatischen finanziellen Lage – im Jahr 2024 verzeichneten die bayerischen Kommunen ein Rekorddefizit von 5,4 Milliarden Euro – müssen die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag jetzt schnell umgesetzt werden, um zeitnah spürbare Entlastungen für die Kommunen zu erreichen. Das heißt auch, dass das Geld aus dem Sondervermögen, das die Länder bekommen, bei den Kommunen ankommen muss. 100 Mrd. Euro hat der Bund für die Infrastruktur von Ländern und Kommunen beschlossen. 70 Prozent der Infrastruktur wird von den Kommunen gestemmt, also muss das Geld auch bei uns ankommen. Das ist auch gut für die Wirtschaft, die dadurch kleinteilig überall angekurbelt werden könnte“, stellte Karmasin fest.

Die Verhandlungspartner der zukünftigen Regierungskoalition

scheinen den Ernst der Lage „in Worten“ verstanden zu haben, erklärte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl. „Deutliche Zeichen entnehmen wir dem Koalitionsvertrag mit Blick auf die großen Themen, namentlich der kommunalen Finanzierung, der Migration sowie der Digitalisierung. Überdies nehmen wir zur Kenntnis, dass der Koalitionsvertrag überraschend häufig die kommunale Selbstverwaltung, ihren gesellschaftlichen Wert sowie wie ihre Stärkung adressiert. Wir weisen seit langem darauf hin, dass der Schlüssel zum Schutz unserer Demokratie und unseres Gemeinwesens in der Stärkung unserer Kommunen liegt. Denn dort erleben die Menschen in unserem Land unser Staatswesen am unmittelbarsten. Es ist gut, wenn die neue Bundesregierung dies erkennt.“

Den Worten müssen Taten folgen

Den Worten müssten nun allerdings Taten folgen. Der Koalitionsvertrag sei ein Fahrplan, der unter Finanzierungsvorbehalt steht. Brandl zufolge ist mit den Inhalten sowie der Zielrichtung des Koalitionsvertrages ein erster Aufschlag gemacht. Der Kurs ist richtig gesetzt. Jetzt geht es darum, Fahrt aufzunehmen. Die Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern sind an Bord.“

Aus Sicht des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, biete der Koalitionsvertrag eine Basis zur Lösung der vielen Herausforderungen der Kommunen. „Es werden wichtige Ziele in den Blick genommen, wie beispielsweise eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung im Rahmen eines Zukunftspaktes, Bürokratieabbau oder ein Sondervermögen für Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Nun kommt es auf die rasche und unkomplizierte Umsetzung an.“

Pannermayr zufolge sind die Finanzen der Städte und Gemeinden in einer strukturellen Schieflage, die sie nicht selbst

verursacht haben. Viele Städte und Gemeinden liefern Gefahr, keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen zu können. Dies bekämen Bürgerschaft und regionale Wirtschaft zu spüren. Der Bedarf an Investitionen etwa bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen, Brand- und Katastrophenschutz sei enorm, weshalb eine grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen vonnöten sei, um die Einnahmehausbasis zu stärken und die Ausgabendynamik zu durchbrechen. Das von Union und SPD angestoßene Sondervermögen des Bundes gebe den Kommunen eine Chance zum Investieren in die Infrastruktur.

Für zusätzliche Aufgaben brauchen Kommunen eine auskömmliche Finanzierung

Wenn Bund und Freistaat den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, müssten diese Aufgaben auch auskömmlich finanziert werden. Der Bund dürfe keine Rechtsansprüche schaffen, die nicht für die kommunale Ebene ausfinanziert sind. Dies verschärfe die Haushaltsprobleme der Städte und Gemeinden. Die hohe Dynamik bei den Sozialausgaben müsse gestoppt, Leistungen und Standards sollten konsequent hinterfragt und geprüft werden. Vom Bund beschlossene Mehrbelastungen für Kommunen seien vollständig zu finanzieren. Pannermayr: „Die Versprechungen im Koalitionsvertrag stimmen uns vorsichtig positiv. Die Probleme sind erkannt und formuliert, nun geht es an die Lösung.“

Wichtige Erfolge zur Entlastung

Besonders bei den für die Kommunen relevanten Themen konnten aus Sicht des KPV-Bundesvorsitzenden Christian Haase, MdB, wichtige Erfolge zur Entlastung erreicht werden:

- Mit einem Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Integrationspreis 2025:

Kulturelle Teilhabe als Brücke zum Miteinander

Unter dem Motto „Kunst macht sichtbar – Integration durch Teilhabe am kulturellen Leben“ hat der Bayerische Integrationsrat die Gewinner des Integrationspreises 2025 bekannt gegeben. Aus insgesamt 107 Bewerbungen wählte eine unabhängige Jury drei Projekte aus, die auf besondere Weise das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte durch Kunst und Kultur fördern. Überreicht werden die Preise am 12. Mai im Bayerischen Landtag von Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Innenminister Joachim Herrmann und dem Bayerischen Integrationsbeauftragten Karl Straub.

Mit dem 1. Preis (4.000 Euro) wird KulturBunt Neuperlach e.V., ein seit 1995 bestehender Verein, der sich der Förderung kultureller Vielfalt und des interkulturellen Austauschs im Münchner Stadtteil Neuperlach widmet, ausgezeichnet. Sein Ziel ist es, Menschen unterschiedlicher Kulturen und Altersgruppen zusammenzubringen und verschiedenste Kunstformen zu fördern.

Aufsuchende Kulturarbeit

Im Projektjahr 2023/2024 hat KulturBunt Neuperlach mit rund 30 ehrenamtlich Engagierten aufsuchende Kulturarbeit betrieben – das heißt kulturelle Angebote aktiv zu den Menschen vor Ort gebracht – und anderen kulturellen oder sozialen Institutionen und Bildungseinrichtungen kostenfreie Unterstützung angeboten. So konnten während dieser Zeit verschiedene Veranstaltungen insbesondere für Jugendliche realisiert werden, die co-kreativ von KulturBunt mit lokalen Graffiti-Artists, Rappern sowie Mitarbeitern der Jugendarbeit und

Bavaria ruft ...

(Fortsetzung von Seite 1) tonte die überparteiliche Ausrichtung: „Nur gemeinsam gelingt es, die politische Repräsentanz von Frauen deutlich zu stärken.“

Starke Partner

Auch starke zivilgesellschaftliche Partner wie der Landesfrauenrat, der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) Landesverband Bayern und der Verein FidiP – Frauen in der Politik engagieren sich aktiv. In den kommenden Monaten sind bayernweite Veranstaltungen, Schulungen, Mentoring-Formate sowie eine digitale Kampagne geplant.

„Der Bayerische Landesfrauenrat mit seinen 58 Frauenverbänden unterstützt sehr gerne „Bavaria ruft“, auch die Roadshow werden wir über die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten begleiten“, so Monika Meier-Pojda, Präsidentin des Landesfrauenrats.

„Erleben, lernen, mitmachen, vernetzen – das sind die vier Säulen unserer Bewegung“, erklärt Marlene Greinwald, Altbürgermeisterin von Tutzing und FidiP-Mitglied. „Wir rufen alle interessierten Frauen auf: Traut euch, stellt euch auf – wir stehen hinter euch.“ Und Birgit Kainz, Landesvorsitzende des KDFB Bayern macht deutlich: „Damit Frauen und Männer die gleichen Rechte und Chancen in einer Gesellschaft haben, braucht es endlich gleichberechtigten politischen Einfluss. Mit „Bavaria ruft!“ möchten wir auf dem Weg dorthin einen wichtigen Teil dazu beitragen.“

Zum Abschluss der Veranstaltung stellten sich die Podiumsteilnehmerinnen zahlreichen Fragen – von parteilosen Kandidatinnen über rechtliche Gleichstellung bis hin zu gesetzlichen Quotenregelungen. Klar wurde: „Bavaria ruft!“ ist mehr als ein Weckruf – es ist eine Bewegung für echte Veränderung. **CH**

Streetworkern entwickelt wurden. Seit vielen Jahren bietet KulturBunt Neuperlach e.V. im Südosten der Landeshauptstadt Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten Räume für kreativen Austausch und gemeinsames Erleben.

Raum für verschiedene Ausdrucksformen

Den 2. Preis (3.000 Euro) erhält das Theaterlabor Nürnberg, eine interkulturelle, freie Theatergruppe, die 2002 gegründet wurde und Raum für verschiedene künstlerische Ausdrucks-

Vorsichtiger Optimismus ...

(Fortsetzung von Seite 3) wird die finanzielle Handlungsfähigkeit gestärkt. Die beschlossenen Investitionen in die Infrastruktur werden bei den Kommunen dringend benötigt. Wir kommunal appellieren an die Länder, feste Anteile zur Weiterreichung der Mittel aus dem Infrastrukturpaket an die Kommunen festzulegen.

- Kommunen werden als Partner auf Augenhöhe angesehen. Bei Gesetzen, die die Kommunen betreffen, wird ab sofort die Kommunalverträglichkeit mit Blick auf finanzielle und organisatorische Auswirkungen unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände geprüft. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung effektiven Regierens.

- Wir begrüßen das klare Bekenntnis zur Veranlassungskonexität und dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“.
- Die grundsätzliche und systematische Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen muss vorrangig angegangen werden.

- Die Vorhaben zum Bevölkerungsschutz auf Grundlage des Operationsplans Deutschland begrüßen wir ausdrücklich. Gerade vor dem Hintergrund der sich verändernden sicherheitspolitischen Lage müssen wir unsere Hilfsdienste gut aufstellen.

- Die Kommunen begrüßen den Richtungswechsel in der Migrationspolitik. Die Neuregelungen zur Migration wie die Zurückweisung an den Grenzen und die Aussetzung des Familiennachzugs lässt die Kommunen aufatmen. Hier hat man vor Ort schon lange über dem Limit gearbeitet.

- Die schrittweise Verdoppelung des Finanzvolumens der Städtebauförderung wird den Kommunen in Stadt und Land zugutekommen.

- Wir werden gerne die kommunale Sicht in die Kommission zur Staatsreform einbringen. Wir wollen entbürokratisieren, digitalisieren und modernisieren. Das muss dann auch für jedes Rathaus funktionieren.
- Die Vereinfachung der Förderstrukturen ist dringend geboten und muss zu höherer Effizienz des Mitteleinsatzes führen.

Mit diesen Maßnahmen wird nach Haases Ansicht die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessert. **DK**

formen wie Schauspiel, Film, Musik, Gesang, Malerei und Tanz bietet. Hinter dem Projekt steht ein vielfältiges Ensemble aus professionellen und semi-professionellen Schauspielerinnen und Schauspielern sowie Laien im Alter von 16 bis 80 Jahren, die gemeinsam Theaterstücke zu gesellschaftlich relevanten Themen entwickeln und aufführen.

Interkultureller Dialog

Besonderes Augenmerk liegt auf dem Abbau von Vorurteilen und dem interkulturellen Dialog. Über 40 Personen mit und ohne Fluchterfahrung engagieren sich hier ehrenamtlich. Angeboten werden zum Beispiel wöchentliche, kostenlose Schauspielkurse. Diese ermöglichen es, Theatertechniken zu erlernen, Sprachkenntnisse zu verbessern und neue Kontakte zu knüpfen. Das Theaterlabor Nürnberg bringt in seinem Ensemble die unterschiedlichsten Menschen zusammen, fungiert als sozialer Kitt der Stadtgesellschaft und ist ein bedeutender Akteur in der lokalen Kunstszene.

Über den 3. Preis (2.000 Euro)

Finanzen dominieren ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch der Zuzug von geflüchteten Menschen spielt in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch beim Bürgergeld und bei den Sozialhilfeleistungen eine Rolle.

Krisenbedingte Herausforderungen

Die Besorgnis bei den Stadtspitzen ist hier im Vergleich zum Vorjahr noch einmal erheblich gestiegen. Bei der Frage nach den größten krisenbedingten Herausforderungen nennen dementsprechend 85 % der Stadtspitzen steigende Sozialausgaben als „sehr große“ oder „große“ Herausforderung. Verschärft wird die Situation durch die Erwartung von Steuerausfällen und rückläufigen Steuereinnahmen. Mehr als zwei Drittel der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sehen hierin eine „sehr große“ oder „große“ Herausforderung.

Wichtiger geworden ist aktuell auch das Thema „Stärkung der Wirtschaft“. Hier wirken sich mehr als zwei Jahre stagnierende Wirtschaftsentwicklung aus, die auf der kommunalen Ebene deutlich spürbar wird. Die „Klimathemen“ rücken in ihrer zukünftigen Bedeutung auf der politischen Agenda erneut nach oben, auch vor die Themen Flüchtlingsunterbringung und Wohnungsbau. Sie erreichen jedoch bei weitem nicht mehr die Bedeutung, die sie in vergangenen Befragungen gehabt haben.

Aktuelle Handlungsfelder

Die Einschätzungen bezüglich der „krisenbedingten Herausforderungen“ spiegeln die aktuellen Handlungsfelder in der eigenen Stadt wider. Neben den Herausforderungen durch steigende Sozialausgaben bei gleichzeitig rückläufigen Steuereinnahmen sind es die „Klimathemen“, wie Umsetzung der Wärmewende und Klimaanpassungsmaßnahmen, und der damit verbundene Investitionsbedarf, die ganz oben stehen und von 90 % der OBs als erhebliche krisenbedingte Herausforderung genannt werden. Auch die „Stärkung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“

ro) darf sich Musicians for a better life e.V., München, freuen. Mit dem seit 2018 bestehenden Projekt „Stärkung durch Musik“ bietet der Verein zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen in München Chor- und Instrumentalunterricht sowie die Möglichkeit, an interkulturellen Musiktheaterprojekten teilzunehmen. Das Projekt verschafft diesen Kindern und Jugendlichen eine Plattform für kreativen Ausdruck und ermutigt sie, ihre Fähigkeiten auch in der deutschen Sprache zu zeigen.

Musik stärkt Selbstbewusstsein

Musik als Mittel der Integration stärkt das Selbstbewusstsein und die soziale Teilhabe der zugewanderten jungen Menschen, fördert den interkulturellen Austausch und das Gemeinschaftsgefühl. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit Gemeinschaftsunterkünften, Grund- und Mittelschulen sowie Studierenden der Hochschule für Musik und Theater München, die als Volontäre unterrichten und hierdurch als angehende Musikpädagogen selbst praktische Erfahrung sammeln können. Seit Projektbeginn engagieren sich über 30 Personen ehrenamtlich. Der Verein mit Sitz in München ist zwischenzeitlich auch in weiteren Ländern tätig. **DK**

Tourismusforum Oberbayern 2025:

Für einen zukunftsfähigen Tourismus den Wandel aktiv gestalten

TOM e.V., IHK für München und Oberbayern und DEHOGA Bayern luden zum Branchentreffen mit Perspektive

Die Tourismusbranche Oberbayerns kam zusammen, um sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen: Unter dem Motto „Chancen für einen zukunftsfähigen Tourismus“ versammelten sich Anfang April zahlreiche Fachleute aus Wirtschaft, Politik und Tourismus beim Tourismusforum Oberbayern 2025 in der IHK für München und Oberbayern. Veranstalter waren der Tourismus Oberbayern München (TOM) e.V., die IHK für München und Oberbayern sowie der DEHOGA Bayern e.V.

Das Forum setzte ein starkes Zeichen für Austausch, Vernetzung und strategische Weiterentwicklung des Tourismus. Bereits am Morgen empfangen die

dere bei Gasthöfen und Pensionen zeigte sich ein struktureller Rückgang.

Fachsessions mit Praxisfokus

In parallelen Sessions griffen Fachleute zentrale Themenfelder auf, die den Wandel der Branche prägen:

- Digitalisierung und Personalmanagement
- Yield Management
- Betriebsübergaben
- Zuschüsse und Förderdarlehen

Teilnehmende erhielten praxisnahe Einblicke und Impulse für ihre Betriebe. Besonders anschaulich wurde dies beim Thema Yield Management: Anhand realer Buchungsdaten zeigte das Team der myrate GmbH, wie datenbasierte Preisstrategien Übernachtungserlöse steigerten und zugleich die Ressourcenplanung optimierten – von der Auslastung über Öffnungszeiten bis hin zur Personalplanung.

Auch zur Unternehmensnachfolge gab es praxisnahe Tipps: Rechtsanwalt Dr. Matthias Bender erläuterte anhand von Fallbeispielen, wie Unternehmen rechtlich und strukturell übergeben werden können – etwa durch rechtzeitige Umwandlung in Kapitalgesellschaften oder vertragliche Nachfolgeklauseln.

Ein weiteres Highlight war die Fördermittel-Session. Vertreter der LfA Förderbank Bayern und der Regierung von Oberbayern stellten Förderprogramme für Gründung, Digitalisierung und Energieeffizienz vor. 2024 wurden über 1,7 Mrd. Euro Fördermittel zugesagt, wovon auch der Tourismus erheblich profitierte. Kleine und mittlere Betriebe konnten Kredite mit bis zu 80 Prozent Bürgschaften und Laufzeiten von bis zu 20 Jahren erhalten.

Politik und Branche im Dialog

Am Nachmittag brachte Thomas Holz, MdL und tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, die politische Perspektive ein. Er betonte: „Um den Tourismus nachhaltig zu gestalten, müssen wir die Menschen mitnehmen, unsere Natur schützen und auf Digitalisierung und Innovation setzen.“ Der Tourismus sei nicht nur ein wirtschaftlicher Motor, sondern steigere auch die Lebensqualität für Einheimische und Gäste.

Anschließend diskutierte Holz auf dem Podium mit Angela Inselkammer (DEHOGA Bayern e.V.), Christoph Fleischmann (Münchner Verkehrs- und Tarifverbund) und Prof. Dr. Markus Pillmayer (Hochschule München). Die Diskussion unterstrich die Notwendigkeit enger Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Mit dem Tourismusforum 2025 setzten TOM e.V., IHK und DEHOGA Bayern ein starkes Signal: Der Tourismus der Zukunft braucht gemeinsame Strategien, konstanten Austausch und gezielte Kooperation. Die Branche vernetzt sich, um den Wandel aktiv zu gestalten und die Zukunftsfähigkeit sowie Resilienz des oberbayerischen Tourismus auszubauen. **DK**



Thomas Holz, MdL und tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. Bild: CSU/Landtag

Veranstalter ihre Gäste im Börsencafé mit einem Marktplatz, auf dem innovative Konzepte und Projekte vorgestellt wurden.

Anschließend eröffnete Dr. Manfred Göbl, Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern, das Forum: „Die Tourismusbranche entwickelt sich zum Lichtblick in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage: Mit rund 40,6 Millionen Gästebuchungen erzielte der Tourismus 2024 in Bayern einen Rekord.“ Gleichzeitig verwies er auf vielschichtige Herausforderungen: Schnell wechselnde Kundenanforderungen, steigende Kosten, Personalmangel und fehlende Digitalisierung belasten viele Betriebe. Erfolgreiche Vorreiter fänden dafür Lösungen, für deren Austausch das Forum die ideale Plattform biete.

Den thematischen Auftakt gestaltete Wolfgang Wagner, Bereichsleiter Strategische Entwicklung bei der Bayern Tourismus Marketing GmbH, mit dem Impuls „Tourismus in Bayern – Wo stehen wir und wo kann es hingehen?“ Mit mehr als 102 Millionen Übernachtungen im Jahr 2024 blieb Bayern das führende Reiseziel in Deutschland. Auch knapp ein Viertel aller ausländischen Übernachtungen entfielen auf Bayern. Jedoch profitierten nicht alle Regionen gleichermaßen: 39 von 96 Landkreisen verzeichneten Übernachtungsrückgänge. Insbesondere

weiterhin Unterstützung einfordert. An Bedeutung gewinnen 2025 „Sozial-, Jugend- und Familienpolitik“ (von 27 % 2024 auf 42 % 2025), „Bildungspolitik“ (von 41 auf 48 %) und „Wirtschaftspolitik“ (von 38 auf 44 %). Bei allen anderen Themen wird von den Stadtspitzen ein geringerer Unterstützungsbedarf eingefordert als 2024.

Von den genannten Herausforderungen sind alle Kommunen betroffen, die Einschätzungen und Bewertungen der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zur aktuellen Situation in den Städten unterscheiden sich – wie schon 2024 – kaum zwischen den Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe. **DK**

beschäftigt weiterhin viele Städte. Diese Transformation ist ein langer Prozess. Zum ersten Mal wurde in der diesjährigen OB-Befragung das Thema „Demokratieskepsis und Rechtspopulismus“ als Herausforderung aufgenommen. 84 % der Rathauschefs sehen darin weiter eine „sehr große“ oder „große“ Herausforderung.

Weniger Handlungsdruck bei der Unterbringung von Geflüchteten

Überraschend scheint laut DiFu auf den ersten Blick, dass sich der Handlungsdruck bei der Unterbringung von Geflüchteten im Vergleich zu den Vorjahren etwas abgeschwächt zu haben scheint. „Immer noch knapp 60 % der Stadtspitzen sehen hier eine erhebliche Herausforderung, im Vergleich zu den Vorjahren sind die Zahlen jedoch zurückgegangen (2024: 82 %, 2023: 91 %). Dies mag damit zusammenhängen, dass die Zahl der Asylanträge im Jahr 2024 um fast ein Drittel gegenüber 2023 zurückgegangen ist – und damit die Zahl der nach Deutschland Geflüchteten.“ In der aktuellen Diskussion um Migrationspolitik machen die Kommunen allerdings weiterhin sehr deutlich, dass ihre Finanzmittel nicht annähernd ausreichen werden, um die Herausforderungen der Unterbringung einer großen Zahl von Geflüchteten zu bewältigen, weshalb Unterstützung durch die Bundesebene erforderlich sei.

Bei den Finanzen brennt es am meisten

Auch 2025 ist die Finanzpolitik der Bereich, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern. 81 % nennen diesen Politikbereich, dies sind noch einmal deutlich mehr als 2024. Alle anderen Politikbereiche folgen auch hier mit einem gewissen Abstand. Wichtig bleiben die Wohnungspolitik, die 58 % der OBs nennen, gegenüber 2024 (53 %) also noch einmal ein Bedeutungsgewinn, und die Flüchtlingspolitik, für die die Hälfte der OBs

ORH-Jahresbericht 2025:

Spielräume durch Haushaltsdisziplin

Um finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu sichern, müssen nach Auffassung der Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Heidrun Piwernetz, Staatsaufgaben dringend priorisiert werden. Mit Blick auf die die jüngst beschlossenen Verschuldungsmöglichkeiten im Grundgesetz komme es jetzt entscheidend darauf an, damit verantwortungsbewusst und generationengerecht umzugehen, betonte Piwernetz bei der Vorstellung des ORH-Berichts 2025.

Für das Haushaltsjahr 2023 bestätigte der ORH der Staatsregierung insgesamt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Die bereinigten Einnahmen gingen 2023 um 3,7 auf 70,7 Mrd. Euro (-4,9 Prozent) zurück. Grund hierfür waren insbesondere die niedrigeren Steuereinnahmen sowie die rückläufigen Zuweisungen des Bundes. Die bereinigten Ausgaben sanken um 0,6 auf 70,9 Mrd. Euro (-0,8 Prozent); dies war überwiegend auf die geringeren Ausgaben beim Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuführen.

Da auch Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau immer stärker in den Fokus rückten, machten die Kassenprüfer u.a. darauf aufmerksam, dass die der Einkommensteuer unterliegende Vergütung, die kommunale Mandatsträger für ihr Ehrenamt erhalten, in 58 Prozent der vom ORH geprüften Fälle fehlerhaft besteuert worden seien. Hauptsachen seien die unübersichtlichen Regelungen zu Frei- und Mindestbeträgen, eine mangelhafte Information der Mandatsträger über ihre steuerlichen Pflichten sowie die oft fehlenden und nicht einheitlichen Kontrollmitteilungen der Kommunen.

Fehlerhafte Besteuerung

Nach Einschätzung des ORH beruht die fehlerhafte Besteuerung in aller Regel nicht auf mangelnder Steuerehrlichkeit. Dies werde insbesondere daran deutlich, dass Mandatsträger in fast einem Drittel der fehlerhaft besteuerten Fälle zu viel Gewinn erklärt und versteuert hätten. Der ORH empfiehlt, bis zu den nächsten Kommunalwahlen 2026 Maßnahmen zu ergreifen,

dass ehrenamtliche kommunale Mandatsträger ihren zusätzlichen steuerlichen Pflichten ohne großen Aufwand und möglichst unbürokratisch nachkommen können.

Verbesserungspotenzial

Verbesserungspotenzial sieht der ORH auch bei der Förderung der Pflegestützpunkte. 2023 setzte das Landesamt für Pflege für den Vollzug dieser Förderung 3,9 Vollzeitstellen ein. Dies entsprach jährlichen Personaldurchschnittskosten von über 300.000 Euro bei einem Förderumfang von 600.000 Euro. Damit fiel beim Freistaat für 2 Euro Förderung zusätzlich 1 Euro an Personalkosten an. Trotz dieses hohen Ressourceneinsatzes kam es zu langen Bearbeitungszeiten. Die wesentliche Ursache liegt nach Ansicht des ORH in der übermäßig aufwändigen Gestaltung des Förderverfahrens. Das Gesundheitsministerium sollte alle Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung ausschöpfen, um den hohen Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Bürokratie abzubauen.

Verwaltungsvereinfachung

Defizite sind laut ORH-Bericht zudem bei der Umsetzung des Bayerischen Streuobstpakts festzustellen. Mit dem 2021 geschlossenen Pakt sollen der aktuellen Bestand gesichert und bis 2035 eine Million zusätzliche Streuobstbäume gepflanzt werden. Die Förderung der Pflanzung, der Pflege und des Erhalts von Streuobstbäumen hat bis 2035 ein Volumen von 670 Mio. Euro. Dazu gibt es mittlerweile vier verschiedene Förderprogramme. Im Interesse der Ver-

waltungsvereinfachung empfehlen die Kassenprüfer, die unterschiedlichen Förderprogramme und Zuständigkeiten grundlegend zu vereinheitlichen und bürokratische Hürden abzubauen.

Nachholbedarf bestehe auch beim Staatlichen Bauen, wie das Beispiel Bayerische Staatsgüter zeigt. Dabei handelt es sich um ein Unternehmen für Forschungs- und Bildungsaufgaben im Bereich der Landwirtschaft mit 26 Standorten in Bayern, 500 Gebäuden, 2.800 Hektar landwirtschaftlicher Flächen sowie umfangreichem Tierbestand. Sie wurden bei der Neustrukturierung der Landesanstalt für Landwirtschaft 2020 ausgegliedert.

Ver säumnisse des Landwirtschaftsministeriums

Nach Darstellung des Obersten Rechnungshofs habe das Landwirtschaftsministerium im Gründungsprozess wichtige strukturelle Anpassungen versäumt. Insbesondere habe es den Bayerischen Staatsgütern nicht benötigte Liegenschaften übertragen, die eine erhebliche finanzielle Last für das neue Unternehmen darstellten. Bislang sei das Potenzial, die landwirtschaftlichen Liegenschaften des Freistaates effizienter zu bewirtschaften, noch nicht ausgeschöpft. Der ORH regt an, die erforderliche Aufgabenkritik nachzuholen, auf dieser Basis den Bedarf an Liegenschaften zu ermitteln und den Investitions- und Sanierungsstau zeitnah anzugehen.

Ebenso angeführt werden steigende Baukosten von insgesamt 34 auf 90 Mio. Euro bei drei vom ORH geprüften großen Bauvorhaben an Staatsstraßen. Die Vorhaben wurden 2,2- bis 4,5-fach so teuer wie geplant. Ursachen der Kostensteigerungen waren auch Defizite in Planung und Kostenermittlung sowie fehlende Kostendisziplin. Planungsdefizite und nicht be-

lastbare Kostenberechnungen erschwerten die zutreffende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Bauvorhaben und eine effiziente Steuerung der Ressourcen. Der ORH empfiehlt, die Qualität der Planungen und insbesondere die Belastbarkeit der Kostenberechnungen deutlich zu erhöhen und Kostendisziplin zu gewährleisten.

Kritik am Alpinum

Anlass zur Kritik gibt zudem das Beispiel Alpinum: Im Allgäu sollte dieses Leuchtturmprojekt der 2018 beschlossenen „Natur-offensive Bayern“ entstehen. Die Staatsregierung stellte der Region ein Investitionsvolumen von 15 Mio. Euro sowie jährlich 500.000 Euro für den laufenden Betrieb und 20 Stellen in Aussicht. Die Voraussetzungen für eine zügige Planung und Umsetzung der Neubauten für das Alpinum konnten bis heute nicht geschaffen werden. „Das Umweltministerium sollte deshalb prüfen, ob eine Integration des Alpiniums ohne Neubauten in die zwischenzeitlich gut entwickelte naturtouristische Infrastruktur der Region wirtschaftlicher und zielführender wäre“, urteilt der ORH.

Bayern bezahlt für Bundesaufgaben

Stichwort Grenzpolizei: Der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebiets ist Aufgabe der Bundespolizei. Der Bund forderte 2020/2021 und 2023 Einsatzunterstützungen durch die Bayerische Grenzpolizei an. Eine Kostenerstattung erfolgte hierfür nicht. An den Flughäfen Nürnberg und Memmingen nimmt die Bayerische Grenzpolizei Aufgaben des Bundes wahr. Die Personalkosten hierfür, die sich zwischen 2020 und 2023 auf rechnerisch 42,5 Mio. Euro belaufen, sowie die Sachkosten trägt allein der Freistaat. Um die Haushaltsinteressen des Freistaats zu wahren, sollte das Innenministerium aus Sicht der Kassenprüfer Verhandlungen mit dem Bund über eine Kostenbeteiligung führen.

Innenminister Herrmann bei den 19. Ayringer Ostertagen:

„Die Zukunft der Polizei aktiv gestalten“

Neue Kommunikations- und Speichermöglichkeiten sind Schlüssel für eine erfolgreiche Polizeiarbeit

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die 19. Ayringer Ostertage eröffnet. Vom 14. bis 16. April nahmen unter dem Motto 'Die Zukunft der Polizei aktiv gestalten' im Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei (BPP) in Ayring mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Polizei, Justiz und Politik aus rund 20 Ländern teil.

Der Minister betonte: „Hier finden wir ideale Rahmenbedingungen für den internationalen Austausch zwischen Experten aus der ganzen Welt, der gerade in der aktuellen geopolitischen Lage unverzichtbar ist. Die Ayringer Ostertage boten spannende Vorträge und wertvolle Gespräche über die Herausforderungen unserer Zeit.“

Stabile Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Bayern ist laut Herrmann stabil. Bayern hatte 2024 mit einer Häufigkeitszahl von 4.218 Straftaten pro 100.000 Einwohner die mit Abstand niedrigste Kriminalitätsbelastung im bundesweiten Vergleich. „Bayern ist in Sachen Sicherheit die unangefochtene Nummer 1! Dies ist das Ergebnis einer langfristigen Sicherheitsstrategie und der engagierten Arbeit unserer Bayerischen Polizei.“

Um die Polizei auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten, wurde das Polizeiaufgabengesetz in Bayern angepasst. „Neue Kommunikations-, Speicher- und Recherchemöglich-

keiten sind zukünftig der Schlüssel für eine erfolgreiche Polizeiarbeit. Diese Maßnahmen sind rechtlich zulässig und notwendig, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“

Neue Recherchemöglichkeiten

Wie der Innenminister deutlich machte, zählen dazu auch die biometrische Gesichtserkennung, der Einsatz Künstlicher Intelligenz und die Recherche- und Analyseplattform VeRA (Verfahrensübergreifende Recherche und Analyse). „VeRA ermöglicht es der Bayerischen Polizei in Rekordzeit Informationen aus verschiedenen Datenbanken effizient zu verknüpfen und auszuwerten. Das ist ein Quantensprung in der kriminalistischen Arbeit“, so Herrmann. „Selbstverständlich sind wir uns dabei der datenschutzrechtlichen Herausforderungen bewusst. Übertriebener Datenschutz darf jedoch nicht dazu führen, dass Gefahren nicht abgewehrt werden können. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sie bedingen einander!“

Landrat Schnaudigel zum RGRE-Präsidenten gewählt

Die Hauptversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat den Landrat des Landkreises Karlsruhe, Dr. Christoph Schnaudigel, zum neuen Präsidenten des europäischen Kommunalverbands gewählt. Der Deutsche Landkreistag, der ihn in das internationale Gremium entsandt hat, gratuliert herzlich zu diesem herausragenden Amt.

„Die Wahl von Dr. Schnaudigel ist ein starkes Signal für kommunale Kompetenz und europäische Verankerung“, betonte der Präsident des Deutschen Landkreistags, Landrat Dr. Achim Brötel. „Gerade in einer Zeit großer internationaler Herausforderungen braucht es klare und engagierte Stimmen, um kommunale Interessen auf europäischer Ebene wirkungsvoll zu vertreten, Christoph Schnaudigel ist dafür genau der Richtige.“

Der RGRE ist die deutsche Sektion des europäischen Verbands CEMR (Council of European Municipalities and Regions), die bedeutendste Dachorganisation kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften in Europa. Mit Mitgliedsverbänden aus 41 Ländern vertritt er über 130.000 Städte, Landkreise und Gemeinden. Der RGRE setzt sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für gelebte Demokratie vor Ort und über kommunale Partnerschaften für ein bürgernahes Europa ein.

Dr. Schnaudigel, der dem RGRE bereits als Erster Vizepräsident angehört, äußerte sich nach seiner Wahl dankbar und entschlossen: „Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Delegierten und danke herzlich für die Unterstützung. In Zeiten zunehmender globaler Unsicherheit ist ein starkes, kommunal getragenes Europa wichtiger denn je. Die Kommunen bilden das Fundament der europäischen Idee – nah bei den Menschen, pragmatisch und lösungsorientiert.“

Die Wahl fand im Rahmen der Delegiertenversammlung des RGRE in Jena statt. □

Dem ORH ein Dorn im Auge ist auch die mehr als zehnjährige Überschreitung des ursprünglich vorgesehenen Zeitplans zur Ersterichtung der Integrierten Leitstellen in Bayern.

Bis 2023 wurden für die Ersterichtung 66,6 Mio. Euro und damit 84 Prozent mehr an staatlichen Mitteln benötigt als ursprünglich geplant. Für Folgeanschaffungen wurden in den Jahren 2010 bis 2023 insgesamt 112 Mio. Euro veranschlagt, aber nur 36 Mio. Euro ausgegeben.

Teure Verzögerungen

Verzögerungen bei der anstehenden Einführung einer neuen Einsatzleitsoftware bergen laut ORH Risiken für die Betriebssicherheit und die Funktionsfähigkeit des gesamten Verbundens der Integrierten Leitstellen. Deshalb wird dazu geraten, dass das Innenministerium den Landtag über den Umsetzungsstand der Einführung der neuen Einsatzleitsoftware und die damit verbundenen organisatorischen, funktionellen und finanziellen Auswirkungen unterrichtet.

„An unserer stabilen Finanz-

und Haushaltspolitik werden wir auch künftig weiter festhalten. Der ORH ist uns in diesem Zusammenhang ein wichtiger Ratgeber, wir nehmen seine Hinweise und Anregungen stets ernst und werden diese sorgfältig prüfen und bestmöglich umsetzen“, hob Finanzminister Albert Füracker anlässlich der ORH-Veröffentlichung hervor.

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland erfordert dringend Stabilität und Wachstum, so der Minister. Da kluge Investitionen in die Zukunft das beste Mittel gegen Krisen darstellten, sei Bayerns aktueller Doppelhaushalt von einer starken Investitionsquote von 15 Prozent geprägt. Um der Rezession effektiv zu begegnen, müsse die Wirtschaft aber auch in steuerlichen Fragen deutlich entlastet und insbesondere die Steuerbelastung der Unternehmen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. „Andernfalls droht eine Verschärfung der Rezession in Deutschland und eine Abwanderung der Unternehmen ins Ausland“, machte Füracker deutlich. □

Gesellschaftliches Engagement der 56 bayerischen Sparkassen:

Dießl: Sparkassen bleiben starker Partner für Bayern

Auch im Jahr 2024 haben die 56 bayerischen Sparkassen und ihre 119 Stiftungen ihre Verantwortung für das Gemeinwohl konsequent fortgeführt.

Mit insgesamt 70 Millionen Euro förderten sie Projekte aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Umwelt und Soziales. Damit unterstreichen die Institute einmal mehr ihre Rolle als verlässliche Partner vor Ort und engagierte Mitgestalter gesellschaftlicher Entwicklung. Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, betont: „Gesellschaftliches Engagement gehört untrennbar zur DNA der Sparkassen. Unsere Institute sind tief in ihren Heimatregionen verwurzelt und gestalten überall den Wandel vor Ort aktiv mit.“

Breites Förderspektrum

Die Mittel flossen unter anderem in Bildungsinitiativen, kulturelle Veranstaltungen, Sportförderung und Umweltprojekte. Das breite Engagement verteilte sich wie folgt: 26 Prozent der Mittel flossen in Bildung und Soziales, 23 Prozent in Kultur, 15

Prozent in den Sport. 33 Prozent flossen in Umweltprojekte, Infrastruktur-, Wissenschaftsförderung und sonstige gemeinnützige Maßnahmen.

Nachhaltigkeit aus Verantwortung

Für die bayerischen Sparkassen ist Nachhaltigkeit kein Trend, sondern gelebte Verantwortung – fest verankert im Geschäftsmodell. Nahezu alle Institute bekennen sich mit der unterzeichneten Selbstverpflichtung zu einem klimafreundlichen und nachhaltigen Wirtschaften. Ihr gemeinsames Ziel: Spätestens bis 2035 im eigenen Geschäftsbetrieb CO2-neutral zu wirtschaften. „Unsere Sparkassen sind mehr als Finanzdienstleister – sie sind gestaltende Kraft und zuverlässiger Partner in den Regionen“, so Dießl. „Dieses Engagement werden wir auch künftig mit Nachdruck fortsetzen.“ □

Stadt München:

Darf Ostern noch Ostern heißen?

Rathaus-Antwort zu Sankt-Martins-Umzügen in städtischen Kitas wirft Fragen auf

Sollten städtische Kitas christliche Feste und Feiertage umbenennen, weil auch nicht-christliche Familien mitfeiern? Dieses Thema kam im vergangenen Herbst auf, nachdem Sankt-Martins-Feste in Kitas teilweise als „Lichterfest“ begangen wurden. Die CSU/FW-Fraktion hatte dazu eine Anfrage an die Stadt gestellt, und die nun erfolgte Antwort wirft – insbesondere rund um die Osterzeit – weitere Fragen auf.

Die CSU/FW-Stadtratsfraktion hatte beantragt, Kita-Feste anlässlich des Martinstags in Zukunft wieder als Martinsfeier bzw. Martinsumzug und nicht als „Lichterfest“ o.ä. zu bezeichnen. Auf diesen Antrag antwortete der Stadtschulrat: „In Kindertageseinrichtungen des Städtischen Trägers werden St.-Martins-Umzüge bzw. -Feiern oft nicht direkt an St. Martin, dem 11. November, durchgeführt, da an diesem Tag meist die Umzüge der örtlichen Kirchen stattfinden. Um hier keine Verwirrung in der Namensgebung zu schaffen, aber auch weil die Kinder der jeweiligen Kindertageseinrichtung im Rahmen der Partizipation den Namen des Umzugs selbst mitbestimmen dürfen, kann es sein, dass der Umzug auch Laternenumzug oder Lichterumzug o.ä. genannt wird. Auch erleichtert diese Beteiligungs des Umzugs die Teilnahme von nicht-christlichen Familien an diesem gemeinsamen Fest.“

Wenn diese Begründung ernst gemeint ist, muss man sich fragen, wie künftig mit anderen christlichen Festen wie Ostern oder Weihnachten umgegangen wird. Sieht die Stadt auch hier die Gefahr, dass die Namensgebung die Münchner Eltern verwirrt oder nicht-christliche Familien an der Teilnahme hindert? Zu diesen und ähnlichen Fragen stellt die CSU/FW-Fraktion nochmals eine Anfrage an den Oberbürgermeister.

Fabian Ewald, CSU-Stadtrat: „Es ist gut, wenn Kinder bereits in der Kita lernen, dass es verschiedene Religionen, Traditionen und Feste gibt. Unabhängig von der eigenen Religion macht es Kindern Spaß, diese Anlässe gemeinsam zu feiern – sei es Weihnachten, Sankt Martin oder Zuckerfest. So wird religiöse Vielfalt schon für die Kleinsten zur Selbstverständlichkeit. Die Umbenennung christlicher Feste hingegen ist für uns nicht akzeptabel. Damit gehen Ursprung und Tradition verloren. Die Begründung des Referats wirft einige Fragen auf, die wir heute an den Oberbürgermeister stellen.“ □

Mangel an Unternehmertum im Bundestag

Der Befund alleine nutzt wenig
Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Der Deutsche Bundestag war noch nie ein Parlament der Unternehmer. Aber so wenig Unternehmertum wie aktuell war schon lange nicht mehr im Parlament, womöglich noch nie. Jedenfalls rein quantitativ nach Köpfen. Das hat die Stiftung Familienunternehmen und Politik nachgerechnet. Ihr Befund: In der 19. Wahlperiode (2017-2021) haben immerhin 78 Abgeordnete als Beruf Unternehmer angegeben, in der 20. Wahlperiode (2021-2025) noch 51 Parlamentarier und in der aktuellen, gerade begonnenen 21. Wahlperiode, tun das lediglich 37 Mitglieder des Bundestages. Zudem hat die AfD die – nicht mehr im Bundestag vertretene – FDP als die Fraktion abgelöst, der die größte Zahl von Unternehmern angehört. Auf 17 Abgeordnete kommt sie. Zum Vergleich: Bei der CDU sind es gerade mal 11, bei der SPD fünf und bei den Grünen vier Mandatsträger.

Sicher, bei solchen Erhebungen und den Schlüssen, die daraus gezogen werden können, gilt es immer Vorsicht walten zu lassen. Insofern wäre es zu kurz gesprochen, von einer rückläufigen Zahl an Unternehmern auf die im

Wirtschaftswunder beschwor. Die letzten Regierungsjahre im Bund boten ein erschreckendes Maß an unterkomplexen Lösungen für komplexe wirtschaftspolitische Herausforderungen. Noch bleibt ungewiss, ob es die neue Bundesregierung besser machen wird. Die Unternehmer in Deutschland spüren das. Ist der Hinweis der Stiftung Familienunternehmen und Politik also ein Weckruf und die Forderung nach mehr Unternehmern in Parlament und politischem Betrieb ein Beitrag zur Politikverbesserung?

Spätestens jetzt wird womöglich mancher warnend auf die Entwicklung in den USA zeigen und auf die dort begonnene Wandlung der präsidentialen Demokratie zur Korporatokratie hinweisen. Jenseits des Atlantiks greifen wenige Großunternehmer demokratiegefährdend in Regierung, Verwaltung, Justiz und Medien ein. Gewiss, solche Verhältnisse kann hierzulande keiner wollen. Das ist freilich auch nicht intendiert, wenn es darum geht, dass Unternehmertum und Politik in Deutschland enger zusammenfinden.

Schleichende Distanzierung von der wirtschaftlichen Praxis

Die politischen Entscheider haben sich hierzulande über die Jahre schleichend von der wirtschaftlichen Praxis entfernt. Zu oft wird an dem politisch vorbei gestaltet, was Unternehmer, insbesondere die mittelständischen, die das Rückgrat der Wirtschaft bilden und der Wohlstandsmotor sind, benötigen. Und nur zu oft ist dafür schlichtweg Unwissenheit die Triebfeder. Behoben wird das Defizit nicht

dadurch, dass Politiker, insbesondere in Wahlkampfzeiten, mal eben und im Schnelldurchlauf Betriebe besuchen und Sonntagsreden ohne Handlungskonsequenz halten.

Es braucht Umdenken und Mentalitätswandel an vielen Stellen. Da sind zum einen nachvollziehbar die Parteien gefordert, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen, damit sich Unternehmen mit ihrem Praxiswissen einbringen können und gehört werden. Die AfD schafft das offenkundig. Die Parteien der politischen Mitte konnten das lange sehr gut. Aber irgendwann haben sie es verlernt, den unternehmerischen Puls zu spüren und zu deuten.

Zum anderen bricht auch keinem Politiker ein Zacken aus der Krone, wenn er sich bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen Praxisrat bei denen holt, deren Job es ist, ihren Betrieb erfolgreich im Wettbewerb zu führen und womöglich eine Einord-

nungskompetenz besitzen, die ihm selbst abgeht.

Und schließlich braucht es bei den Unternehmensmanagern ein wachsendes Bewusstsein dafür, das politische Rahmenbedingungen kein Schicksal sind. Sie lassen sich ändern. Indem man aktiv den Kontakt zu politischen Entscheidern sucht und selbstbewusst auf die Gestaltung von Standortfaktoren Einfluss nehmen will. Dauerhaft und als seriöser Ratgeber aus der Praxis, der konkret am Beispiel des eigenen Betriebs zeigen kann, was der deutschen Wirtschaft guttut, und was ihr schadet. Warum nicht auch mit dem Willen ein parlamentarischer Mandat anzustreben? Für mehr Unternehmertum in der Politik.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Deutschen Bundestages vertretene Wirtschaftskompetenz schließen zu wollen. Man muss nicht unternehmerisch tätig (gewesen) sein, um etwas von Wirtschaft zu verstehen. Umgekehrt gilt gleichwohl auch, dass nicht jedermann/jedermann, der/die in Parlament oder Regierung ein Mandat mit Wirtschaftsbezug ausübt, das zwingend mit Kompetenz tut. Und deshalb hat die These wohl Berechtigung, nach der Politiker durch wirtschaftspolitische Narrative mitunter eher verunsichern, denn Orientierung geben. Erinnert sei an den skurrilen Moment, als 2024 Bundeskanzler Scholz ein erneutes deutsches

Sparkasse Schwaben-Bodensee:

Spende für Förderverein Rettungsdienst Günzburg

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee setzt sich seit vielen Jahren für das Wohl der Menschen in der Region ein. Mit einer Spende von 5.000 Euro für den Förderverein Rettungsdienst Günzburg hat sie erneut ihr soziales Engagement unter Beweis gestellt und leistet einen entscheidenden Beitrag zur medizinischen Versorgung im Landkreis Günzburg.

Das gespendete Geld ermöglichte die Anschaffung eines hochmodernen Beatmungsgeräts für einen Hintergrund-Rettungswagen. Durch das neue Gerät, das zur anderen Hälfte vom Förderverein Rettungsdienst Krumbach getragen wurde, können Rettungskräfte noch schneller und effektiver auf Notfälle reagieren und betroffenen Personen die bestmögliche medizinische Versorgung zukommen lassen. Daniel Gastl, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwaben-Bodensee, betont: „Die Gesundheit unserer Mitbürger hat für uns oberste Priorität. Das neue Beatmungsgerät ist eine Investition in das Leben unserer Mitmenschen.“

Dr. Christina Ihle und Leon Jauernig vom Vorstand des Fördervereins Rettungsdienst unterstützen die Bedeutung der Spende: „Wir sind der Sparkasse Schwaben-Bodensee zutiefst

dankbar für diese großzügige Unterstützung. Das neue Beatmungsgerät ist eine wertvolle Ergänzung unserer Ausrüstung und wird uns in Zukunft noch besser in die Lage versetzen, Menschenleben zu retten.“

Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig hebt den wichtigen Beitrag des Fördervereins Rettungsdienst zur Stärkung des regionalen Gesundheitswesens hervor und sagt: „Seit seiner Gründung 1997 setzt sich der Verein erfolgreich für die Verbesserung und Unterstützung des örtlichen Rettungsdienstes ein und trägt wesentlich zur Sicherstellung einer effektiven und effizienten Notfallversorgung bei.“ Der Verein sammelt Spenden und Fördermittel, um die Ausstattung des Rettungsdienstes wie beispielsweise Einsatzfahrzeuge, medizinische Geräte und Schutzkleidung zu verbessern. □



V.l.: Martin Jenewein, Oliver Haecker, Daniel Gastl, Sandra Peetz-Rauch, Stefan Bosse, Gerhard Jauernig, Dr. Hans Reichhart.

Bild: Marcus Hupfauer, ssk

Sparkassen-Bezirksverband Schwaben:

Rückblick auf solides Geschäftsjahr 2024

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Sparkassen-Bezirksverbandes Schwaben präsentierte der Vorsitzende Stefan Bosse (Oberbürgermeister Kaufbeuren) zusammen mit Bezirksobfrau Sandra Peetz-Rauch (Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse Augsburg) die vorläufigen Bilanzzahlen für das Geschäftsjahr 2024.

„Trotz globaler Herausforderungen haben die schwäbischen Sparkassen im Jahr 2024 erneut ihre Rolle als verlässlicher Finanzpartner in der Region unter Beweis gestellt. Der Sparkassen-Bezirksverband Schwaben zieht eine positive Bilanz und blickt zugleich optimistisch in die Zukunft“, resümierte der Bezirksvorsitzende Stefan Bosse.

Bosse unterstrich das Engagement der schwäbischen Sparkassen, die als kommunale Institute – gerade in schwierigen Zeiten – durch Spenden, Sponsoring und ein hohes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Menschen und Kommunen vor Ort stark unterstützen.

Geschäftsentwicklung

„Stabiles Wachstum in bewegten Zeiten“, so lautet das Statement der Bezirksobfrau der schwäbischen Sparkassen Sandra Peetz-Rauch. „Unsere Kunden haben unsere Angebote im Einlagen-, Kredit-, und Dienstleistungsgeschäft stark nachgefragt – und das trotz der gegebenen Rahmenbedingungen.“

„Die Normalisierung der Geschäfts- und Ertragslage hat zwar begonnen, doch der Margendruck besteht trotz der Renaissance der Zinsen fort. Als Multi-Kanal-Anbieter begleiten wir die

Kunden auf vielfältigsten digitalen Wegen, verzahnt mit der gewohnten persönlichen Nähe“, so Peetz-Rauch.

Die sieben schwäbischen Sparkassen (Stand 31.12.2024) verzeichneten 2024 eine erfreuliche Entwicklung: Die Bilanzsumme konnte erneut auf insgesamt 37,4 Mrd. Euro gesteigert werden und liegt damit um rund 1,0 Mrd. Euro über dem Vorjahr (+ 2,9 Prozent). Das Kreditvolumen stieg um 1,8 Prozent auf 24,6 Milliarden Euro. Die Kundeneinlagen erhöhten sich deutlich um 3,8 Prozent auf 29,3 Milliarden Euro. Der Zinsüberschuss konnte leicht um 0,7 Prozent gesteigert werden.

Auch der Betriebserfolg vor Bewertung blieb mit 430 Millionen Euro (1,24 Prozent der DBS) auf hohem Niveau. Dementsprechend hat sich auch die Cost-Income-Ratio der schwäbischen Sparkassen stabil bei rund 52 Prozent gehalten.

Die Sparkassen führten 124,8 Millionen Euro an gewinnabhängigen Steuern ab und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben in der Region.

„Wir setzen auf smarte Services, die den Alltag unserer Kundinnen und Kunden erleichtern, gepaart mit persönlicher Beratung vor Ort“, erklärt Vorsitzen-

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Wirtschaftsstandort stärken

Die Entscheidung der EZB, die Leitzinsen erneut zu senken, ist aus Sicht von Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), „nachvollziehbar und richtig“. Die in den vergangenen Wochen entfachten Zollkonflikte zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern hätten neue Belastungen für die Weltwirtschaft erzeugt. In dieser Lage wolle die EZB offenkundig zur Stabilisierung beitragen.

Gleichzeitig macht der DSGV deutlich, wo die Geldpolitik an ihre Grenzen stößt: „Für nachhaltige wirtschaftliche Stabilität sind vor allem verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen nötig. Entscheidungen über Investitionen hängen nicht allein vom Zinsniveau ab, sondern vor allem von Planungs- und Rechtssicherheit. Der Aufwand, bürokratische Hemmnisse zu überwinden, ist für viele Unternehmen eine erhebliche Belastung“, so Reuter. Nun sei die Politik insbesondere in Deutschland gefordert, kurzfristig alles Nötige zu tun, um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu stärken.

Der jüngste Zinsschritt schaffe eine geldpolitische Leitplanke. Er sei für den Euroraum vertretbar, weil sich die Preisentwicklung gemessen an den übrigen Einflussfaktoren weiterhin in Richtung des EZB-Ziels von zwei Prozent bewegt. Deutlich angespannter stelle sich dagegen die Lage in den USA dar, wo laut Reuter die hohen Importzölle auf jeden Fall stark preistreibend wirken und die Federal Reserve deshalb keinen weiteren Spielraum für Zinssenkungen mehr haben dürfte.

Unterstützt wird vom DSGV auch das Ziel, digitales Bezahlen weiter zu verbreiten – allerdings warnt der Verband davor, Barzahlung unter Generalverdacht zu stellen. „Die Entscheidung, ob jemand bar oder digital bezahlt, darf nicht zur Vertrauensfrage werden“, stellte Reuter klar. „Bargeld ist gesetzliches Zahlungsmittel und gehört zur gelebten Finanzkultur in Deutschland. Es pauschal mit Steuerhinterziehung in Verbindung zu bringen, lehnen wir ab.“

Hintergrund sind aktuelle Stimmen aus Politik und Verwaltung, die in digitalen Zahlverfahren ein Mittel sehen, um Steuerhinterziehung in bargeldintensiven Branchen einzudämmen – teils verbunden mit der Annahme, Barzahlungen seien besonders missbrauchsanfällig. Aus Reuters Sicht handle die große Mehrheit der Unternehmen jedoch verantwortungsvoll: „Vertrauen ist keine Einbahnstraße. Wer Bürokratie abbauen will, sollte Bürgerinnen, Bürgern und Betrieben vertrauen, ihren Pflichten nachzukommen – nicht sie vorsorglich unter Verdacht stellen.“

Bargeld und digitale Zahlverfahren seien keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer verlässlichen Zahlungsinfrastruktur. Die Sparkassen-Finanzgruppe stehe für beides: für das Bargeld als bewährtes Zahlungsmittel und für faire, sichere digitale Alternativen wie die Girocard oder Wero.

Entscheidend sei, dass die Wahl

bei den Menschen bleibt und die Bedingungen für alle Beteiligten stimmen: „Wenn digitale Zahlverfahren akzeptiert werden sollen, müssen sie fair, günstig und gewollt sein – von Handel und Kundschaft“, ergänzte Dr. Joachim Schmalzl, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGV. „Die Girocard ist dafür ein gutes Beispiel: Sie ist zuverlässig, kostengünstig, flächendeckend akzeptiert – und wird von Verbraucherinnen und Verbrauchern geschätzt. Für viele Händler ist sie das bevorzugte Zahlverfahren, weil sie planbar und wirtschaftlich ist.“

Zugleich verwies Schmalzl auf die Weiterentwicklung des europäischen Zahlungsverkehrs: „Mit Wero entsteht eine neue Zahlungslösung aus Europa für Europa mit dem Ziel, ein faires, wettbewerbsfähiges und datenschutzfreundliches Verfahren aufzubauen. Wir wollen damit eine europäische Antwort auf außereuropäische Plattformanbieter geben – mit einem offenen Zugang für Händler, Banken und Verbraucher. Die Sparkassen-Finanzgruppe steht hinter dieser Initiative. Denn wer digitale Souveränität will, braucht tragfähige europäische Alternativen im Zahlungsverkehr.“

Ruf nach Erneuerungsagenda

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag von Union und SPD forderte Reuter „eine mutige Erneuerungsagenda, damit die beschlossenen öffentlichen Sonderkredite auch kraftvolle private Investitionen nach sich ziehen und so baldmöglichst ihre volle Wirksamkeit entfalten können“. Grundlagen dafür seien im Vertrag erkennbar. „Was aber wirklich zählt, ist Taten folgen zu lassen, bürokratische Hemmnisse für Investitionen abzubauen und damit eine neue wirtschaftliche Dynamik zu entwickeln“, hob der DSGV-Präsident hervor. Dafür benötige Deutschland einen leistungsfähigen Finanzsektor.

Der DSGV begrüßt daher ausdrücklich, dass im Koalitionsvertrag die Rolle eines vielfältigen und stabilen Finanzmarkts für Deutschland und Europa gewürdigt wird. Reuter: „Die drei Säulen – Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken – bilden mit ihren bewährten und verlässlichen Strukturen und ihren vertrauensbildenden Sicherungssystemen das Fundament der Finanzierungskraft in unserem Land. Ohne sie lassen sich Investitionen in die Zukunft nicht realisieren.“

Die Institute der Sparkassen-Finanzgruppe seien bereit, die Erneuerung Deutschlands wesentlich zu unterstützen und mitzufinanzieren. **DK**

der Stefan Bosse. Der consequente Ausbau digitaler Angebote trug 2024 maßgeblich zur Kundenzufriedenheit bei.

Nachhaltigkeit im Visier

Zugleich steht das Thema Nachhaltigkeit weit oben auf der Agenda: gezielte Investitionen und die Unterstützung zukunftsfähiger Projekte sollen die lebenswerte Region aktiv mitgestalten.

Im vergangenen Jahr haben die schwäbischen Sparkassen erneut ihr starkes gesellschaftliches Engagement unter Beweis gestellt. Über 6,5 Millionen Euro wurden in Spenden, Sponsoring und ge-

meinnützige Projekte investiert – von der Augsburger Puppenkiste bis zum Allgäu-Schwäbischen Musikbund. Dabei geht es stets um mehr als Geld: Die Förderung von Kultur, Sport, Bildung und sozialem Zusammenhalt steht im Mittelpunkt.

Für 2025 setzt der Sparkassen-Bezirksverband auf Verantwortung, Innovation und Nähe. Neue digitale Angebote, eine moderne Kundenansprache und die konsequente Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen werden die Agenda bestimmen. Zudem bleibt das Engagement für die Menschen in der Region ein zentrales Anliegen. □

Kommunale Kassenlage 2024:

Bayerische Kommunen mit Rekorddefizit

Wie aus dem Informationsbrief des Bayerischen Städtetags hervorgeht, haben Bayerns Kommunen das Jahr 2024 mit einem Rekorddefizit in Höhe von 5,3 Milliarden Euro abgeschlossen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung seien vor allem die „unverändert hohe Dynamik auf der Ausgabenseite“ sowie „gestiegene Bauausgaben“ gewesen. Die kommunalen Haushalte gerieten zunehmend in eine strukturelle Schieflage, weil der Ausgleich in den Verwaltungshaushalten vielerorts nicht mehr gelingt. Hinzu komme ein deutlicher Anstieg bei der Verschuldung.

In der Gesamtschau resultiert das Finanzierungsdefizit aus der Investitionstätigkeit (Kapitalrechnung). Hier überstiegen die investiven Ausgaben die Einnahmen um insgesamt 8,9 Milliarden Euro, während in der laufenden Verwaltungstätigkeit die Einnahmenseite um 3,5 Milliarden Euro überwog. Dabei handelt es sich aber um Gesamtsalden.

Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik stiegen die kassenmäßigen Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen im vergangenen Jahr um 1,3 Prozent auf 25,6 Milliarden Euro. Im Jahresschlussquartal deutlich zurückgegangen sind nach einem kräftigen dritten Quartal (+7,2 Prozent) die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (-11,8 Prozent).

Dennoch ergibt sich für das Gesamtjahr 2024 noch ein leichter Aufwuchs in Höhe von 1,7 Prozent. Der starke Rückgang im letzten Quartal 2024 ist vor allem auf die Entwicklung bei den kreisfreien Städten zurückzuführen. Hier betrug das Minus 23,7 Prozent,

weshalb auch das Jahresaufkommen unter den Vorjahressteuereinnahmen lag (-3,3 Prozent).

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mussten im letzten Quartal ihren ersten Quartalsverlust im Jahresverlauf hinnehmen, der aber insgesamt noch moderat ausfiel (-1,4 Prozent). Das Gesamtjahresaufkommen lag im kreisangehörigen Raum noch deutlich im Plus (+5,9 Prozent).

Ausgaben insgesamt um 4,4 Prozent gestiegen

Der gemeindliche Anteil an der Einkommensteuer stieg um 2,8 Prozent auf 10,1 Milliarden Euro. Dagegen lag der gemeindliche Umsatzsteueranteil nur geringfügig über dem Vorjahresaufkommen (+0,4 Prozent). Die Ausgaben der bayerischen Kommunen sind 2024 insgesamt um 4,4 Prozent gestiegen. Hier dominieren vor allem die Personalausgaben (+8,1 Prozent) und Sozialausgaben (+12,6 Prozent). Bei den Sozialausgaben stiegen die Ausgaben für Leistungen der

Sozialhilfe um knapp 14 Prozent.

Korrespondierend mit den höheren Sozialausgaben haben die Umlagebelastungen der Städte und Gemeinden im Jahr 2024 deutlich zugenommen. Der Zuwachs um 7,5 Prozent ließ die Kreisumlagen auf mehr als 7 Milliarden Euro steigen. Auch die kreisfreien Städte (+2,3 Prozent) und die Landkreise (+3,5 Prozent) mussten mehr für die Bezirksumlagen bereitstellen. Die Ausgaben für Bauinvestitionen stiegen 2024 um 6,6 Prozent auf 9,2 Milliarden Euro. Damit setzt sich das Wachstum bei der Investitionstätigkeit aus dem Vorjahr (+12,7 Prozent) fort.

Kassenmäßige Verschuldung: 18,2 Mrd. Euro

Die angespannte Situation in den Verwaltungshaushalten, aufgebrauchte Rücklagenbestände und höhere Investitionsausgaben haben die kommunalen Schulden steigen lassen. Bereits im Jahr 2023 ist die kassenmäßige Verschuldung der bayerischen Kommunen um 14 Prozent gewachsen. Im Jahr 2024 hat sich der Aufwuchs bei den Schulden sogar noch beschleunigt. Mit einem deutlichen Plus von rund 20 Prozent belief sich die kassenmäßige Verschuldung zum Stichtag 31.12.2024 auf 18,2 Milliarden Euro.

Laut Bayerischem Gemeinde-

tag wurde das Defizit der bayerischen Kommunen in Höhe von 5,2 Mrd. Euro nur von Nordrhein-Westfalen überboten. „Im Jahr 2023 lag das Defizit der bayerischen Kommunen bereits bei knapp 2,5 Mrd. Euro. Dies war bereits ein trauriger Rekord, der im Jahr 2024 nunmehr noch einmal mehr als verdoppelt wurde. Auch für das laufende Jahr erwarten wir eine noch weitere Verschlechterung.“

Ursächlich in Bayern wie bundesweit sei die Entkopplung der Ausgaben- von der Einnahmementwicklung. Der Anstieg der Ausgaben in Höhe von 8,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr übersteige das moderate Einnahmepplus von 3,5 Prozent deutlich. Ausgabentreiber seien bundesweit vor allem Ausgaben für soziale Leistungen (+11,7 Prozent auf 84,5 Mrd. Euro) gewesen. So stiegen beispielsweise die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe auf 18,3 Mrd. Euro, was ein Plus +17,1 Prozent bedeute.

Aus Sicht von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl stellen finanziell bewegungslose Kommunen eine Gefahr für die Demokratie dar, „denn vor Ort erleben die Menschen einen funktionierenden oder dysfunktionalen Staat“. Der Bayerische Gemeindetag fordert eine Neuausrichtung der Politik im Bereich von Leistungen und Standards. Bund und Land müssten erkennen, dass die einfachen monetären Lösungen der letzten Jahre nicht mehr tragfähig sind. „Ohne eine ehrliche und sofortige Diskussion über Eigenverantwortung sowie die Leistungsfähigkeit unseres Staates laufen wir Gefahr, unser Gemeinwesen nachhaltig zu beschädigen - auch und gerade auf Kosten der nächsten Generation“, urteilte Brandl abschließend. DK

Ein Grundstein für die Ewigkeit

Die Hospiz-Gruppe Albatros begleitet seit vielen Jahren schwerstkranken Menschen und deren Angehörige in ihrer letzten Lebensphase. Durch ehrenamtliches Engagement und professionelle Beratung trägt die Organisation dazu bei, ein würdevolles Lebensende zu ermöglichen. Dabei schafft eine wertschätzende und individuelle Zuwendung Vertrauen, Entlastung und Lebensqualität für Betroffene und deren Familien.

Mit der Errichtung der Hospizstiftung Albatros in der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg wurde nun ein entscheidender Schritt in Richtung Zukunftssicherung gemacht. Die Stiftung soll nicht nur die bestehende ambulante Hospizarbeit unterstützen, sondern auch den Aufbau und Betrieb eines stationären oder teilstationären hospizlich-palliativen Bereichs ermöglichen.

Langfristige Absicherung durch Zuwendungen und Spenden

„Wir hoffen darauf, unsere Arbeit dauerhaft - quasi für die Ewigkeit - zu erhalten. Dafür bauen wir einen finanziellen Grundstock auf, der uns Planungssicherheit und finanziellen Spielraum gibt. Durch Zuwendungen ins Stiftungsvermögen, sei es zu Lebzeiten oder durch testamentarische Verfügungen, können Menschen und Organisationen dazu beitragen, unsere Arbeit in die Zukunft zu tragen“, betont Renate Flach, erste Vorsitzende der Hospiz-Gruppe Albatros.

Auch Spenden sind weiterhin erforderlich, um die tägliche hospizliche Versorgung zu gewährleisten. Ein schöner Erfolg konnte bereits mit der Teilnahme an der Weihnachtsspendenaktion der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft erzielt werden: Dabei wurden über 10.000 Euro gesammelt und direkt für die hospizliche Fürsorge verwendet.

Bleibende Unterstützung

Wer die Arbeit der Hospiz-Gruppe Albatros nachhaltig unterstützen möchte, kann sich über verschiedene Möglichkeiten wie Spenden, Zustiftungen oder testamentarische Verfügungen informieren. Die Stiftungsberaterinnen der Stadtparkasse Augsburg, Susanne Stippler und Cornelia Böhm, stehen für eine persönliche Beratung bereit.

Weitere Informationen: www.haus-der-stifter-augsburg.de. □

„Lernprogramm Einkommensteuer 2025“ für Schulen

Neue BdSt-Broschüre - Verbandsinitiative für finanzwirtschaftliche Bildung

Um Schülerinnen und Schülern ein Grundwissen im Steuerrecht zu vermitteln und Diskussionen über das Thema anzuregen, hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) das kostenfreie „Lernprogramm Einkommensteuer 2025“ entwickelt – eine Bildungsinitiative des Verbands!

Was geschieht mit den Steuern, die wir zahlen? Warum drängen Eltern jedes Jahr darauf, ihre Einkommensteuererklärung abzugeben? Um junge Menschen für diese Fragen zu sensibilisieren und ihnen finanzwirtschaftliche Bildung zu ermöglichen, wurde dieses Lernprogramm speziell für Schulen, Lehrkräfte sowie ihre Schülerinnen und Schüler konzipiert. „Bildung fängt in den Schulen an und geht bis in die Universtitäten. Die Menschen benötigen ein grundlegendes wirtschaftliches Verständnis, um ihren Alltag selbstständig gestalten zu können. Wer weiß, wie unser Steuersystem funktioniert und Einblicke ins Steuerrecht bekommt, kann für sich selbst sinnvolle Entscheidungen treffen und die Steuerpolitik kritisch hinterfragen“, erklärt

BdSt-Präsident Reiner Holznagel die Motivation hinter dieser Initiative.

Steuern im Alltag erleben

Das Interesse am Thema Steuern wächst oft erst dann, wenn Schülerinnen und Schüler erkennen, dass sie beim Kauf von Alltagsgegenständen wie Make-up, Zeitschriften oder Sneakers bereits Umsatzsteuer zahlen. Spätestens mit der ersten Lohnabrechnung wird das Thema Steuern für viele greifbar. Ein Tag ohne Berührungspunkte mit Steuern ist in Deutschland kaum vorstellbar. Aus diesem Grund hat der BdSt das „Lernprogramm Einkommensteuer“ entwickelt. Es vermittelt nicht nur Grundwissen zum Thema Steuern, sondern regt auch

zur Diskussion über die Steuerpolitik und das Steuersystem an.

„Die Schüler begleiten fiktive Familien durch ihren Alltag und erfahren mehr über Funktion und Umfang von Steuern. An praktischen Beispielen erleben sie, dass Steuerrecht etwas ganz Lebendiges ist“, betont Daniela Karbe Geßler, Leiterin der BdSt-Abteilung Steuerrecht und Steuerpolitik, die das Projekt bereits an Schulen vorgestellt hat.

Das Lernmaterial richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse und ist besonders für Berufsschüler geeignet, die bereits erste praktische Erfahrungen mit der Lohnsteuer gemacht haben. Es kann in den Fächern Wirtschaftslehre, Politik, Gemeinschaftskunde und im sozialwissenschaftlichen Unterricht eingesetzt werden. Karbe-Geßler empfiehlt: „Am Ende des Lernprogramms könnte das Anfertigen der ersten eigenen Steuererklärung als Projekt stehen. Es ist gut zu wissen, wie eine Steuererklärung funktioniert, weil man durch eine freiwillige Abgabe Steuern zurückbekommen kann.“

Das Unterrichtsmaterial besteht aus einem Schüler- sowie einem Lehrerarbeitsheft. Neben allgemeinen Informationen, Übersichten und Grafiken sind die Schüler aufgefordert, selbst aktiv zu werden. Aufgaben, Übungen und Wiederholungsfragen runden den Lernstoff ab.

Das Unterrichtsmaterial führt die Schüler in fünf Kapiteln durch das allgemeine Steuerrecht – vor allem durch das Einkommensteuerrecht. Im sechsten Teil bietet das Programm Anregungen für ein Projekt zum Anfertigen der ersten eigenen Steuererklärung. Je Kapitel sollte mindestens eine Doppelunterrichtsstunde eingeplant werden. Für das Projekt ist ein höherer Zeitaufwand erforderlich.

Die Broschüren (Schüler-/Lehrerheft) gibt es kostenfrei unter info@steuerzahler.de. □

Nachtragshaushalt 2025 im Landtag beschlossen

„Mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 haben wir bereits ein starkes Fundament für das Jahr 2025 gelegt. Der Nachtragshaushalt 2025 ist ein weiteres kraftvolles Bekenntnis zu unserer verantwortungsvollen Haushaltspolitik und signalisiert Stabilität und Fortschritt in herausfordernden Zeiten“, unterstrich Finanzminister Albert Füracker.

Seinen Angaben zufolge umfasst das Gesamtvolumen Haushalt 2025 76,7 Mrd. Euro, die Spitzeninvestitionsquote liegt bei über 15 Prozent. Zudem fließen fast 30 Prozent des Haushalts an die Kommunen.

„Unser Ziel ist klar: Durch Ausgabendisziplin und kluge Prioritätensetzung sichern wir die finanziellen Ressourcen unseres Freistaats nachhaltig und nutzen sie optimal“, unterstrich der Minister. „Der Nachtragshaushalt 2025 ist unsere Antwort auf

die gegenwärtigen Herausforderungen – wir handeln schnell, zielgerichtet und mit Weitblick. Mit diesem Nachtragshaushalt setzen wir ein starkes Zeichen für die Zukunft Bayerns – mit einem klaren Fokus auf nachhaltige Investitionen und verantwortungsvolle Finanzpolitik. So verfolgen wir den Weg einer zukunftsorientierten und stabilen Haushaltsführung, die den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht wird“, machte Füracker deutlich. □



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.



BVK Bayerische Versorgungskammer Zusatzversorgung

Jetzt anmelden!
UNSER NEWSLETTER
www.bvk-zv.de/Newsletter

Jetzt lesen!
UNSER MAGAZIN
www.bestens-abgesichert.de

Folgen Sie uns!
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS
[bvksatzversorgung](https://www.bvksatzversorgung.de)

Jahresbilanz der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken:

Solides Wachstum bei Firmen- und Privatkunden

Die genossenschaftlichen Institute in Bayern konnten auch im vergangenen Jahr mit starken Ergebnissen überzeugen. Wie Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), bei der Bilanzpressekonferenz der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in München erläuterte, seien sowohl das Privat- als auch das Geschäftskundensegment bei Kundengeldern und Krediten gewachsen. Insgesamt verdienten die Genossenschaftsbanken 1,8 Milliarden Euro vor Steuern, die Bilanzsumme stieg um 3,1 Prozent auf 210,3 Milliarden Euro an.

Die Gesamt-Ausleihungen der Institute stiegen um 2,7 Prozent auf 142,3 Milliarden Euro. Bei Firmenkunden wuchs das Kreditvolumen um 3,2 Prozent – ein Plus von rund 2,4 Milliarden Euro. „Dieses Wachstum belegt das Vertrauen des bayerischen Mittelstands in die regionalen, genossenschaftlichen Hausbanken“, betonte Müller.

Wohnungsbauförderung bleibt auf der Agenda

Die Kredite an Privatkunden legten um 1,7 Prozent (eine Milliarde Euro) auf 61,5 Milliarden Euro zu. Ein deutlicher Aufschwung ist vor allem im Bereich der Wohnimmobilienkredite festzustellen: So belief sich das Neugeschäft im Wohnungsbau auf ca. 13,3 Milliarden Euro – ein Zuwachs von rund 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Somit dürfte bei Wohnungsbaukrediten die Talsohle durchschritten sein, erklärte Alexander Leißl, Mitglied des GVB-Vorstands, wies aber auch darauf hin, dass das Neugeschäft immer noch deutlich hinter dem Wachstum der Jahre mit Niedrigzinsen zurückbleibe: „Das Thema Wohnungsbauförderung bleibt weiter auf der Agenda. Wir brauchen mehr Dynamik im Wohnungsbau. Sonderabschreibungen, eine Senkung der Grunderwerbsteuer und der Abbau bürokratischer Hürden im Baugewerbe sind dringend notwendig, um die in Deutschland benötigten neuen Wohnungen zu verwirklichen.“

Zuwächse gab es bei den bilanziellen Kundengeldern der Institute, die um 3,5 Prozent auf 161,2 Milliarden Euro zulegten. Die Umschichtung von Sicht- in Termineinlagen setzte sich auch Anfang 2024 noch fort. Inzwischen ist diese Entwicklung Leißl zufolge so gut wie zum Erliegen gekommen.

Eine Steigerung um 8,1 Prozent auf 123,1 Milliarden Euro

weisen die bei Verbundpartnern angelegten Kundengelder auf. Der Trend zu Wertpapieranlagen hält laut Müller an. Im vergangenen Jahr wurden rund 126.000 Wertpapierdepots bei

hier Vorreiter mit seiner Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Rente.

Das Vorsteuerergebnis der 180 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken nach Bewertung lag mit 1,8 Milliarden Euro etwas unter dem Vorjahreswert (2,1 Milliarden Euro). Das ist darauf zurückzuführen, dass die Kreditinstitute mit Blick auf die Wirtschaftslage und die Konjunkturaussichten ihre Risikoversorge im Kreditgeschäft erhöht haben. Zur Rettung der BayWa hätten die Banken Überbrückungshil-



V.r.: GVB-Präsident Stefan Müller und Vorstandsmittglied Alexander Leißl. Bild: CH

fen von über einer Milliarde Euro bereitgestellt. Laut GVB-Präsident Stefan Müller sei deren Stabilität jedoch nicht gefährdet. Auch Vorstandsmittglied Alexander Leißl bewertete die Belastungen infolge der BayWa-Sanierung für die Finanzgruppe als „sehr verkraftbar“.

Solide Basis für weiteres Wachstum

Das operative Betriebsergebnis der Banken lag leicht über Vorjahresniveau. „Die Volks- und Raiffeisenbanken haben eine solide Basis für weiteres Wachstum“, machte Leißl deutlich. Der Zinsüberschuss der Genossenschaftsbanken im Freistaat betrug 2024 3,5 Milliarden Euro und blieb damit auf Vorjahresniveau. Die Provisionserträge stiegen um 3,4 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro. Die Aufwand-Ertrags-Relation (CIR) lag bei 59,8 Prozent und damit erneut niedriger als im Vorjahr (60,3 Prozent). Dank des guten Ergebnisses konnten die Banken ihre Eigenkapitalausstattung 2024 weiter ausbauen. Das harte Kernkapital beläuft sich mittlerweile auf 20,9 Milliarden Euro, ein Plus von 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die harte Kernkapitalquote nahm von 16,3 auf 17,2 Prozent zu.

Mit Blick auf einzelne Fälle von Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland, die in den vergangenen Monaten in Schwierigkeiten geraten waren, plädierte Müller für eine differenzierte Betrachtung: „Ja, es gibt einzelne Problemfälle innerhalb unserer Gruppe. Diese gilt es aufzuarbeiten und daraus zu lernen. Die aktuellen Fälle zeigen aber auch: Wir haben ein funktionierendes Sicherungssystem. Die Genossenschaftliche Finanz-

Gruppe ist stark und solide. Sie kann und wird ihre Problemfälle selbst lösen. Das können nicht alle Banken in Deutschland und Europa von sich behaupten.“

Mit dem neu gewählten Bundestag verbindet Stefan Müller die Hoffnung auf einen wirtschaftspolitischen Neustart, warnte allerdings vor vorzeitiger Euphorie: „Der anstehende Regierungswechsel bringt frischen Wind, doch die bisherigen wirtschaftspolitischen Probleme haben sich nicht erledigt. Um die anhaltende Konjunkturschwäche zu überwinden, braucht der Mittelstand verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Bürokratie und Genehmigungsverfahren kosten nach wie vor zu viel Zeit und Kraft. Wertschöpfung erzielt man durch Innovation und Unternehmertum, nicht durch Verwaltung.“

Plädoyer für große Strukturreform

Es werde nicht ausreichen, an einzelnen Stellschrauben zu drehen und Einzelmaßnahmen umzusetzen, bekräftigte Müller. Nur mit großen Strukturreformen werde die deutsche Volkswirtschaft zu alter Stärke zurückkehren können. Im Zuge eines notwendigen politischen Neuanfangs gelte es, gute Rahmenbedingungen für alle, statt Subventionen für Einzelne zu schaffen. Die Schwäche der deutschen Wirtschaft habe strukturelle Ursachen. Staatliche Subventionen für einzelne Branchen oder gar Unternehmen führten somit nicht aus der Krise. E-Auto-Prämie, Millionenkredite für Batteriehersteller oder Milliardensubventionen für Chiphersteller verpufften, wenn die strukturellen Bedingungen für alle Unternehmen in den Wertschöpfungsketten nicht verbessert würden. Die Wirtschaftspolitik müsse weg von dirigistischen Einzelmaßnahmen und vorrangig vor allem die Wettbewerbsfähigkeit des tragenden Mittelstands verbessern.

Bürokratie abbauen

Darüber hinaus müsse die Arbeitsproduktivität steigen, vor allem durch den Abbau von Bürokratie. Nur so könnten gerade Basisgüter und -dienstleistungen wie Energie, Lebensmittel, Wohnen und Finanzdienstleistungen günstiger werden. Schaffe es Deutschland, durch strukturelle Maßnahmen die Angebotsituation in diesen Grundversorgungsthemen zu verbessern, wirke sich das positiv auf die gesamte Wirtschaft aus. Statt diese mit immer weiteren Berichtspflichten und Vorschriften zu belasten, sollte das Produktionspotenzial durch den Abbau regulatorischer Hürden entfesselt werden.

Optimistisch zeigte sich der GVB-Präsident für das laufende Geschäftsjahr bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern: „Sie werden ihren Erfolgskurs fortsetzen. Sie sind gut aufgestellt und können, trotz steigender Kosten, auch im laufenden Jahr ein gutes Ergebnis erwirtschaften.“

Internationales Jahr der Genossenschaften

Abschließend wies Stefan Müller darauf hin, dass die Vereinten Nationen 2025 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen haben. Das Motto: „Genossenschaften schaffen eine bessere Welt“. Deutlich im Mittelpunkt soll stehen, wie das Genossenschaftsmodell eine wesentliche Lösung zur Bewältigung vieler globaler Herausforderungen darstellen kann – in der Vergangenheit und vor allem auch in Zukunft. Auch Bayern ist Genossen-

LfA-Förderbilanz 2024 mit den Genossenschaftsbanken:

Über eine halbe Mrd. Euro an Förderkrediten

Im Jahr 2024 haben die bayerischen Genossenschaftsbanken Förderkredite der LfA Förderbank Bayern in Höhe von knapp 510 Millionen Euro zugesagt. Mit mehr als 2.000 Zusagen für Mittelstand und Selbstständige in Bayern haben sie im vergangenen Jahr wieder mehr als die Hälfte der insgesamt bewilligten LfA-Programmkredite vergeben.

„Fördermittel der LfA lohnen sich – egal ob es um Investitionen in Innovation und Wachstum oder Energieeffizienz geht. Das Gleiche gilt auch für die Finanzierung von Unternehmensnachfolgen oder Betriebsmittelbedarf. Durch unsere erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsbanken helfen wir gemeinsam dabei, den Wirtschaftsstandort Bayern langfristig zu stärken. Damit künftig noch mehr bayerische Betriebe von den Vorteilen passgenauer Finanzierung zu attraktiven Konditionen profitieren können, bauen wir unser Förderangebot in diesem Jahr weiter aus“, erklärt Dr. Bernhard

Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA.

Bewährte Kooperation

Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ergänzt: „Die Volks- und Raiffeisenbanken kennen als Hausbanken vieler Mittelständler deren Finanzierungsbedürfnisse und beraten sie zielgerichtet zu Förderkrediten. Damit stellen die Institute sicher, dass die Fördermittel der LfA dort ankommen, wo sie benötigt werden. So sorgt die bewährte Kooperation mit der LfA für Innovation und Beschäftigung im Freistaat.“

Immobilienfinanzierung:

MünchenerHyp startet erste vollautomatische Bonitätsprüfung

Die Münchener Hypothekbank hebt den Kreditprozess in der privaten Immobilienfinanzierung auf ein neues Niveau. Ganz ohne Vorlage von Bonitätsunterlagen und mit einem Minimum an Unterlagen zur Immobilie erhalten die Kundinnen und Kunden innerhalb kürzester Zeit eine verbindliche Kreditentscheidung.

Präzises Verfahren

Kern des neuen Prozesses MHB RAPID ist die erste vollautomatische Bonitätsprüfung in der Immobilienfinanzierung in Deutschland. Das Verfahren ermittelt die Kundenbonität bereits vor Einreichung des Kreditantrags präzise und abschließend aus den Kontoumsätzen. Damit entfällt jeglicher nachgelagerter Prüfaufwand durch die Bank.

„Um dies zu gewährleisten, wurde MHB RAPID jahrelangen Tests unterworfen“, sagt Dr. Peter Knorr, Bereichsleiter Privatkunden der Münchener Hypothekbank. „Dabei hat uns die Interhyp maßgeblich unterstützt.“

Die Münchener Hypothekbank wird MHB RAPID schrittweise auf weitere Kooperationspartner ausweiten. Sie treibt insbesondere die Nutzung des Verfahrens für ihr Kerngeschäft mit den Banken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe voran. □

Sparkassen als starker Partner:

Mehr als 460 Mio. Euro an LfA-Förderkrediten

Die bayerischen Sparkassen haben im Jahr 2024 mehr als 460 Millionen Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern vergeben. Mit über 1.400 zugesagten Krediten für Existenzgründungen und mittelständische Unternehmen trugen sie maßgeblich dazu bei, Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft in Bayern zu ermöglichen.

„Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten sind verlässliche Finanzierungen essenziell. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Sparkassen und der LfA ermöglicht es, Unternehmen in Bayern genau die Unterstützung bereitzustellen, die sie für die Realisierung ihrer Zukunftspläne brauchen. Sei es für die Digitalisierung, die Modernisierung von Produktionsprozessen, die Finanzierung von Unternehmensnachfolgen oder für die Umstellung auf nachhaltige Produktionsprozesse. Um den Mittelstand in Bayern künftig noch kraftvoller zu unterstützen, bauen wir unser Förderangebot dieses Jahr deutlich aus“, sagt Dr. Bernhard

Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA.

Wertvolles Instrument

Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, unterstreicht die Rolle der Sparkassen: „Als Partner des Mittelstands kennen wir Sparkassen die Herausforderungen und Chancen, vor denen Betriebe und Gründer in Bayern stehen. Die flexiblen Förderkredite der LfA sind für uns ein wichtiges Instrument, um Unternehmen auf ihrem Weg in eine erfolgreiche Zukunft zu begleiten – von der ersten Geschäftsidee bis zur langfristigen Wachstumsfinanzierung.“

schaftsland: Zu den 1.200 Mitgliedern des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) zählen 184 Volksbanken und Raiffeisenbanken (davon 29 Banken mit Warengeschäft) sowie 1.016 Unternehmen aus Branchen wie

Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,8 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. **DK**

Barbara Schick mit Finanz- und Heimatmedaille ausgezeichnet

Außergewöhnliche Verdienste für Finanzsektor, Kommunen, Kirchen, Krankenhäuser sowie Kultur und Gesellschaft

Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Konzerns Versicherungskammer Barbara Schick, zugleich verantwortlich für die Schaden- und Unfallversicherung, wurde von Staatsminister Albert Füracker und Staatssekretär Martin Schöffel mit der Finanz- und Heimatmedaille des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat geehrt.

Neue Maßstäbe gesetzt

„Ihre herausragenden Verdienste um die deutsche Versicherungswirtschaft und das Gemeinwohl sind wahrlich bemerkenswert: Seit 1991 prägt sie die Versicherungskammer Bayern und hat als erste Frau im Vorstand sowie als stellvertretende Vorstandsvorsitzende neue Maßstäbe gesetzt“, betonte Füracker. Ihr unermüdlicher Einsatz für Kommunen, Kirchen und Krankenhäuser – insbesondere während der herausfordernden Zeiten der Corona-Pandemie – habe vielen Menschen in Not geholfen. Darüber hinaus engagiere sie sich mit Leidenschaft im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich.

Füracker und Schöffel dankten Barbara Schick „für Ihre beeindruckende Lebensleistung“ und wünschten ihr alles Gute für ihren bevorstehenden Ruhestand. Zum Nachfolger für die Schaden- und Unfallversicherung wurde Dr. Markus Juppe bestimmt. Er leitet zuletzt die Unternehmensentwicklung und war Vorstandsmitglied des Digitalversicherers Bavaria Direkt. □

LfA Förderbank Bayern weitet Förderung aus

Rückblick auf ein Jahr zwischen Krisenmodus und Zukunftsinvestitionen

Trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten und gedämpfter Investitionsbereitschaft blickt die LfA Förderbank Bayern auf ein solides Förderjahr 2024 zurück und kündigt umfassende Erweiterungen ihrer Förderangebote an. Bei der Bilanzpressekonferenz Mitte April betonten Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und das Vorstandsteam der Bank die Schlüsselrolle der LfA für den Wirtschaftsstandort Bayern – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Gründungen und zukunftsweisende Branchen.

Ein Jahr der Zurückhaltung und gezielter Impulse

Das Gesamtfördervolumen der LfA ist 2024 um rund 25 Prozent zurückgegangen. Wie der

stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dr. Hans-Peter Göttler erläuterte, lagen die Gründe in „politischen und strukturellen Unsicherheiten“ – insbesondere rund um die Zinsentwicklung,

internationale Handelskonflikte sowie ausstehende Förderentscheidungen auf Bundesebene. Trotz dieses Rückgangs konnten über 3.600 Unternehmen gefördert, rund 93.000 Arbeitsplätze gesichert und 4.600 neue Stellen geschaffen werden. Besonders dynamisch entwickelten sich die Bereiche Digitalisierung (+8 Prozent) sowie die Unterstützung junger Unternehmen, wo Darlehen im Volumen von 472 Millionen Euro vergeben wurden.

Konzern Versicherungskammer liegt klar auf Kurs:

Trotz großer Herausforderungen ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2024

Der Konzern Versicherungskammer ist seit seiner Privatisierung vor 30 Jahren ein Erfolgsmodell und hat sich fest in den Top 10 der deutschen Assekuranz etabliert. Seit 1995 konnte der Konzern die Beitragslinie nahezu verdreifachen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2024 lag diese bei über 9 Mrd. (VJ: 8,7) Euro. Bei den laufenden Bruttobeiträgen erzielte der größte öffentliche Versicherer im Jahr 2024 einen Zuwachs über Markt von 5,2 Prozent.

„In einem wahrlich nicht einfachen Marktumfeld mit zugleich großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen haben wir diszipliniert und erfolgreich gearbeitet. Wir sind klar auf Kurs“, erläutert der Vorsitzende des Vorstands, Prof. Dr. Frank Walthes. „Dass wir seit Jahren ein stetiges und überdurchschnittliches Wachstum schaffen zeigt, dass wir mit unserer strategischen Ausrichtung richtig liegen.“ Das sichere langfristige Erfolg und Profitabilität, so Walthes weiter.

Kompositversicherer

In der Schaden- und Unfallversicherung stiegen die Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Geschäft um 9,2 Prozent auf 3,49 (VJ: 3,20) Mrd. Euro. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus der positiven Entwicklung im Versicherungszweig Verbundene Wohngebäudeversicherung, in der Kraftfahrtversicherung sowie bei der Industriellen und Gewerblichen Sachversicherung.

Insgesamt fielen rund 380 Mio. Euro Schadenaufwand aus Naturereignissen an. „Als Regionalversicherer mit exponierter Marktstellung in unseren Geschäftsgebieten haben uns diese extremen Wetterereignisse besonders gefordert“, resümiert Walthes. Dennoch konnte die Combined Ratio (brutto, nach GDV-Definition) im selbst abgeschlossenen Geschäft (ohne Reiseversicherung) aufgrund des erfreulichen Beitragsplus und eines etwas geringer gestiegenen Gesamtschadensaufwands auf 102,5 (VJ: 106,2) Prozent gesenkt werden. Die um die überdurchschnittliche Kumulschadenbelastung bereinigte Combined Ratio beträgt im Jahr 2024 98,4 (VJ: 100,0) Prozent. „Unser aktiv gemanagtes Rückversicherungsprogramm hat die Schadenwirkung auf das Jahresergebnis deutlich abgefedert“, so Walthes weiter.

In der Kraftfahrtversicherung konnten die aktuellen Verkaufstarife trotz inflationsbedingter Preisanpassungen sehr gut reüssieren. In Summe erhöhte sich der Vertragsbestand um rund 9,3 Prozent.

Gesundheits- und Pflegeversicherer

Die beiden Gesundheits- und Pflegeversicherer, die Bayerische Beamtenkrankenkasse (BK) und die bundesweit tätige Union Krankenversicherung (UKV) steigerten die Bruttobeiträge um 3,8 Prozent auf 3,13 (VJ: 3,01) Mrd.

Euro. Dazu trugen sowohl ein sehr erfreulicher Anstieg im Neugeschäft von plus 24 Prozent als auch notwendige Beitragserhöhungen bei.

Neben den Zuwächsen in der Vollversicherung und Pflegezusatzversicherung merkt Walthes an: „Insbesondere unsere betriebliche Krankenversicherung entwickelt sich weiter sehr positiv. Wir sind stark im Markt und sehen konstant zweistellige Zuwachsraten.“ So stieg die Anzahl der im Rahmen der betrieblichen Krankenversicherung versicherten Personen seit 2020 um mehr als 50 Prozent. Ende 2024 kamen mehr als 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über den Konzern Versicherungskammer in den Genuss dieses wichtigen Ergänzungsbausteins zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Auf der Leistungsseite ist marktweit erneut ein starker Anstieg bei den Ausgaben für Gesundheit zu beobachten – sowohl in der Privaten Krankenversicherung (PKV) als auch in der GKV. Gründe hierfür sind u. a. die Auswirkungen der Hochinflationsphase auf den Gesundheits- und Pflegektor, aber auch die demografische Entwicklung der Bevölkerung. Nach den bislang bekannten Marktzahlen liegt der Ausgabenanstieg im gesamten PKV-Markt deutlich über dem Anstieg bei BK und UKV von 6,5 Prozent.

Lebensversicherer

Die Bruttobeitragseinnahmen in der Lebensversicherung erreichten marktkonforme 2,28 (VJ: 2,36) Mrd. Euro. Im Neugeschäft mit Einmalbeiträgen konnte die Position unter den größten Lebensversicherern im deutschen Markt erneut gesichert werden.

Durch Effizienzmaßnahmen konnten die Kostenquoten 2024 gesenkt werden. Die Ertragslage zeigt sich im Rohüberschuss, der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung und im Jahresüberschuss mit 75 Mio. Euro äußerst positiv. Dabei wird mit 61 Mio. Euro der größte Teil im Unternehmen als Gewinnrücklage verbleiben und als zusätzliches Risikokapital zur Ertragsoptimierung zur Verfügung stehen.

Aufgrund des seit 2022 wieder deutlich höheren Zinsniveaus und der damit verbundenen verbesserten Ertragslage konnte die Überschussdeklaration 2024 auf ein Gesamtverzinsungsniveau (inkl. Schlussüberschussanteilen) auf bis zu 3,45 Prozent angehoben werden. □

Reduktion des CO2-Beitrags in der Kapitalanlage

Die verwalteten Kapitalanlagen einschließlich Drittgeschäft stiegen – nach Buchwerten – um 2,4 Prozent auf 75,87 (VJ: 74,12) Mrd. Euro. Dabei sind rund 62,58 Mrd. Euro dem klassischen Bestand, rund 5,4 Mrd. Euro dem Bestand auf Rechnung und Risiko der Versicherungsnehmer in der Lebensversicherung und rund 7,85 Mrd. dem Drittgeschäft zuzuordnen.

2024 entwickelten sich die Kapitalmärkte insgesamt positiv, Ausnahmen sind die allgemeinen Wertentwicklungen im Immobilienbereich und der Anstieg bei den Insolvenzen. Das Nettoergebnis aus klassischem Kapitalanlagebestand belief sich auf 1,53 (VJ: 1,41) Mrd. Euro, die Nettoverzinsung auf 2,4 (VJ: 2,3) Prozent.

Mit Ausgründung der Versicherungskammer Real Estate im April 2024 verfügt der Konzern nun über eine hochqualifizierte Einheit, die von Ankauf über Projektentwicklung, Investment-, Property- und Asset-Management bis zum Portfoliomanagement den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie abbilden kann. „Gerade bei der Projektentwicklung und im Portfoliomanagement sind wir sowohl technisch als auch kaufmännisch sehr gut aufgestellt“, erklärt Chief Financial Officer Andreas Kolb. Mit dem Immobilienportfolio in Höhe von rund 8 Mrd. Euro sei er sehr zufrieden, von der aktuellen Marktentwicklung sei dieses weniger stark betroffen als andere Marktteilnehmer.

„Seit dem Beitritt zur Net-Zero Asset Owner Alliance (NZAOA) im Jahr 2021 haben wir uns verpflichtet, bis 2050 die Kapitalanlage klimaneutral zu gestalten. Neues Teilziel dabei ist, bis 2030 den CO2-Beitrag um 50 Prozent zu reduzieren. Auf dem Weg dorthin haben wir bereits 41,3 Prozent geschafft“, zeigt sich Walthes zufrieden.

Erneut positiv hat sich das Jahresergebnis des Konzerns Versicherungskammer vor Steuern mit 432 (VJ: 386) Mio. Euro entwickelt. Der Konzernjahresüberschuss erreicht damit ein Allzeithoch und liegt bei rund 354 (VJ: 341) Mio. Euro.

Für das laufende Jahr erwartet der Konzern Versicherungskammer ein Wachstum über Marktniveau. Zwar müsse man die Regierungsbildung und die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen abwarten, gibt Walthes zu bedenken. „Doch gehen wir davon aus, dass Deutschland die rasante Zinsentwicklung und die Inflation in den Griff bekommt. Von der neuen Regierung erwarten wir einen Abbau des vielseitigen Reformstaus und positive Impulse für unsere Volkswirtschaft.“ □

Zukunftsfelder im Blick: von Start-ups bis Wärmenetze

Die LfA will künftig noch entschlossener in Wachstums- und Transformationsbranchen investieren. Minister Aiwanger nannte neben Digitalisierung und Energieeffizienz auch sicherheits- und verteidigungsnahe Technologien als prioritäre Felder: „45.000 Arbeitsplätze hängen in Bayern an dieser Branche – Tendenz steigend. Hier dürfen wir nicht zögern.“ Auch bei der kommunalen Wärmewende sieht Aiwanger die LfA in der Pflicht: „Die Kommunen brauchen passgenaue Konzepte für ihre Wärmeplanung. Die LfA erkennt diese Zukunftsthemen und handelt.“

Mehr Geld für Innovation, Klimaschutz und Risikoteilung

Auf seine Initiative hin, so Aiwanger, wurden neue Mittel für die LfA bereitgestellt. Vorstand Dr. Bernhard Schwab kündigte daraufhin massive Aufstockungen in mehreren Förderbereichen an:

- Wachstums- und Betriebsmittelkredite
- Digitalisierung und Innovation
- Klimaschutzkredite

Hinzu kommt ein deutlich erweiterter Eigenkapitalbereich. So wird der Innovationsfonds Bayern Kapital ausgebaut, und der Wachstums- und Scale-up-Fonds erhält ein Plus von 500 Mio. Euro. Ein neuer Dachfonds mit 150 Mio. Euro soll noch vor der Sommerpause einsatzbereit sein.

Starke Bank, starke Basis

Trotz rückläufiger Gesamtsumme zeigt sich die LfA wirt-



V.l.: Dr. Bernhard Schwab (Vorsitzender des Vorstands), Hubert Aiwanger (Bayerischer Wirtschaftsminister), Hans Peter Göttler (Stv. Vorsitzender des Vorstands). Bild: Michael von Hassel – FOTO ART

schaftlich stabil: Die Bilanzsumme ist zwar leicht gesunken, aber das Kernkapital wurde gestärkt (Kernkapitalquote von 20,3 Prozent), der Zinsüberschuss stieg um 13 Prozent auf 122 Mio. Euro, und der Jahresüberschuss lag bei knapp 20 Mio. Euro. Rund 15 Mio. Euro davon fließen direkt an den Freistaat Bayern.

Appell an Berlin: Rahmenbedingungen schaffen

Sowohl Minister Aiwanger als auch die LfA-Vorstände machten deutlich, dass viele bayerische Unternehmen aktuell „zwischen Hoffen und Bangen“ stehen. Investitionen würden oft

verschoben, da Klarheit aus Berlin fehle – ob bei der E-Auto-Förderung, den Zöllen im US-Handel oder der Start-up-Förderung. „Wenn der Bund liefert, kann Bayern eigenes Geld sparen“, so Aiwanger.

2025: vorsichtiger Optimismus

Der Start ins neue Jahr sei vielversprechend, hieß es zum Abschluss. Bereits im ersten Quartal 2025 seien die Kreditzusagen wieder gestiegen – mit Aussicht auf weitere Impulse durch eine erwartete EU-Zinssenkung. Dr. Göttler formulierte es pragmatisch: „Nicht der Gewinn der Bank zählt, sondern der Gewinn für die bayerische Wirtschaft.“ MH

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da
Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur Fortschrittsfinanzierung – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunalkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen.
Interessiert? bayernlb.de/oeffentliche_hand

Bayern LB
Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

Branchentreffen der Wasserwirtschaft in Gunzenhausen:

Klimawandel im Fokus

Rund 120 Teilnehmende kamen auf Einladung des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) Ende März nach Gunzenhausen. Die Sicherstellung einer zuverlässigen Wasserversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Der Klimawandel bringt nicht nur extreme Wetterereignisse und längere Trockenperioden mit sich, sondern stellt auch unsere bestehende Wasserversorgung auf die Probe. Auf diese Entwicklungen müssen die Wasserwirtschaft vor Ort sowie die politischen Entscheidungsträger mit vorausschauendem Handeln sowie innovativen Lösungen reagieren.

In diesem Kontext gewinnt die Weiterentwicklung der Wasserinfrastruktur zunehmend an Bedeutung. Ob es um die Anpassung der lokalen Strukturen, den Ausbau des regionalen wie

bei darf die Vielfalt der Interessen und Perspektiven nicht aus den Augen verloren werden. „Wasserversorgungsunternehmen, Politik und Behörden müssen ihre Zusammenar-



Die Politik zu Gast bei der Fachtagung Wasser 2025 des VBEW: Thorsten Glauber (Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Mitte), Markus Rau, (VBEW-Vorstandsmitglied und Verbandsdirektor Fernwasserversorgung Oberfranken, rechts) und Marian Rappl (Hauptgeschäftsführer VBEW, links).

Bild: VBEW/Julia Braun

überregionalen Leitungsnetzes, die Modernisierung bestehender Anlagen oder die Förderung neuer Technologien geht – die Anpassung an zukünftige Anforderungen ist unverzichtbar. Da-

beit intensivieren, um langfristige Strategien zu entwickeln und die Wasserversorgung auch für kommende Generationen zu sichern“, betonte Marian Rappl, Hauptgeschäftsführer

des VBEW. Die vier Gastgeber der mittlerweile elften Fachtagung Wasserung, die Stadtwerke Gunzenhausen, Treuchtlingen und Weißenburg sowie der Zweckverband zur Wasserversorgung der Reckenberg-Gruppe zeigten dabei, dass interkommunale Zusammenarbeit über regionale Verbände ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Wasserversorgung ist.

Schutz für die kostbarste Ressource

Bayerns Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, betonte in seiner Keynote-Ansprache zur Eröffnung der Tagung: „Eine gesicherte Wasserversorgung gehört zu den größten Zukunftsaufgaben. Unsere kostbarste Ressource muss geschützt werden. Klar ist: Wassermanagement geht nur gemeinsam. Kommunen, Verbände, Wissenschaft, Industrie und Verwaltung arbeiten dafür Hand in Hand. Das jährliche Expertentreffen des VBEW bringt alle wichtigen Vertreter der Wasser- und Energiebranche zusammen. Das ist ein bedeutender Baustein für eine nachhaltige Versorgung Bayerns mit Wasser und Energie.“

Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Die Dringlichkeit der Anpassung an die Folgen des Klimawandels verdeutlichte Dr. Monika Kratzer, Präsidentin des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, in Ihrem Vortrag. So zeigt die prognostizierte Klimaent-

wicklung bis 2100, dass es zu häufigeren und längeren Trockenperioden kommt, die verstärkt von Starkregenereignissen unterbrochen werden. Dies führt zu deutlich weniger Eis- und Frosttage und kürzeren Frostperioden. Der Winter wird dabei niederschlagsreicher mit weniger Schnee und mehr Regen und der Sommer niederschlagsärmer und somit trockener.

Konflikte um Schutz der Wasserressourcen

Am zweiten Tag standen konkrete Problemstellungen und deren Lösungen im Fokus des Programms. Unter anderem die Konflikte um den Schutz der Wasserressourcen bei der Errichtung von erneuerbaren Energieanlagen und deren juristische Beurteilung. Auch die Umsetzung der Energiewende ist unerlässlich im Kampf gegen den Klimawandel, deshalb ist für den VBEW klar, dass es auch hier nur gemeinsam gehen kann. Energie- und Wasserwirtschaft arbeiten Hand in Hand. Der akute Wachstums- und Fachkräftemangel betrifft auch die Wasserwirtschaft. Aus gegebenem Anlass rundete deshalb das Thema Wachstumsgewinnung in der Wasserwirtschaft die Tagung ab. Nach zwei Tagen im Dialog

VKU zum Koalitionsvertrag:

Impulse für die Wasserwirtschaft

„Wichtige Akzente“ setzt der Koalitionsvertrag laut VKU unter anderem für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. „Vor der Wahl haben wir verlässliche, realistische und bezahlbare politische Rahmenbedingungen gefordert. Aus Sicht der kommunalen Unternehmen ist der nun vorliegende Koalitionsvertrag eine gute Arbeitsgrundlage“, hob VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing hervor.

Die neue Bundesregierung müsse jetzt mit Tempo in die Umsetzung kommen. „Noch vor der parlamentarischen Sommerpause brauchen wir Gesetzesentwürfe zu zentralen Investitions- und Planungsvorhaben.“

Liebing zufolge werden für die Wasserwirtschaft notwendige Impulse von der Förderung der Infrastruktur bis zur Umsetzung der nationalen Wasserstrategie gesetzt. Auch die Klimaanpassung und der bessere Zugang zu Förderprogrammen seien positiv. Problematisch sei die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung (Düngerecht) sowie das zögerliche Vorgehen bei der Regulierung von PFAS. „Hier hätten wir uns von den Koalitionären mehr Mut erhofft“, stellte Liebing fest.

Investitionsbedarf in die Infrastrukturen

Nach seinen Worten erkennt die neue Bundesregierung den Investitionsbedarf in die Infrastrukturen der Wasser- und Abwasserwirtschaft an, will sie fördern und langfristig preisstabil gestalten. Dies greife sehr konkret die Ergebnisse und Forderungen aus einer aktuellen Studie von Becker Büttner Held Rechtsanwälte Steuerberater Unternehmensberater PartGmbH im Auftrag des VKU auf. Danach muss die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland in den nächsten 20 Jahren 800 Milliarden Euro investieren, um die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der gewohnten Qualität und Sicherheit am Laufen zu halten. Das Gutachten hat den Investitionsbedarf anhand einer volkswirtschaftlichen Modellrechnung ermittelt und mittels einer Expertenbefragung unter rund 100 Unternehmen der kommunalen Wasserwirtschaft abgesichert.

Bereits heute investiert die Branche jährlich 10 Milliarden Euro, um ihre Netze und Anlagen zu erhalten und an den Klimawandel anzupassen. Die Stu-

Führungswechsel bei Etschel Brunnenservice GmbH

Bei der Etschel Brunnenservice GmbH mit Ihrer Betriebsstätte in Hof steht ein Führungswechsel an. Gerhard Etschel geht im Mai in Ruhestand und übergibt die Geschäftsleitung an seinen Sohn Leonard Etschel. „Den täglichen Gang ins Büro wird es nicht mehr geben“ so Etschel sen., der sich auf die neu gewonnene Freiheit freut.



Mit der selbst entwickelten und patentierten JET Master® Technologie für rein mechanische Brunnenregenerierungen und Brunnenentwicklungen ist das Familienunternehmen Etschel heute der Marktführer in Deutschland. Diese Technologie wird zunehmend auch weltweit vermarktet mit Partnern in Europa, USA, Asien und Lateinamerika.

Der Blick über den Tellerrand hinaus war Etschel immer wichtig. So war er Mitinitiator zusammen mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium für die Gründung des Umweltcluster Bayern, des Netzwerkes Technologietransfer Wasser am LFU in Hof und mit der Stadt Hof des Kompetenzzentrum Wasser Hof. Auf seine Initiative hin wurde auch die zweijährlich stattfindende Wassermesse in Hof etabliert. Auch die Verbandsarbeit beim DVGW und anderen Ausschüssen kam bei Etschel nicht zu kurz. □

mit fachlichem Input und neuen Denkanstößen resümierte Marian Rappl: „Die Wasserwirtschaft im VBEW geht voran und stellt sich den Herausforderungen des Klimawandels mit Engagement, innovativen Ide-

en und verstärkter Zusammenarbeit. Die VBEW-Fachtagung Wasser ist dabei eine wichtige Plattform für den unerlässlichen Austausch von Unternehmen, Politik, Behörden und Wissenschaft.“ □

Bayerisches Umweltministerium:

Verbesserte Schutzstrategien für Gewässer

Die Gewässerqualität des Altmühlsees soll nach Angaben von Umweltminister Thorsten Glauber mit einer noch umfassenderen Strategie weiter verbessert werden. Ziel sei es, das Gewässer zu schützen und optimale Bedingungen für Freizeitaktivitäten und Tourismus zu schaffen.

Wie Glauber in München erläuterte, „werden wir die Seen nicht den Blaualgen und den Graugänsen überlassen. Unsere Strategie zum Schutz des Altmühlsees und seiner Freizeitnutzung bauen wir noch einmal deutlich aus. Intensiviertes Ausbaggern des Sees, der Einsatz unseres Mähbootes und die gezielte Bejagung der Graugänse gehören zu den Maßnahmen, mit denen wir den Altmühlsee für die kommende Badesaison fit machen wollen. Dazu arbeiten alle Beteiligten, insbesondere Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus eng zusammen.“

Aktuell werde ein neues Gutachten in Auftrag gegeben, um vor Ort den Vogelbestand und vor allem die Zahl der Gänse zu erfassen. „Die Informationen werden Grundlage einer Gesamtbewertung der Situation und der Prüfung möglicher weiterer Maßnahmen sein.“

Nach Angaben des Umweltministeriums führt das Wasserwirtschaftsamt Ansbach seit vielen Jahren Maßnahmen zum Rückhalt der Nährstoffe im Einzugsgebiet und zur Reduzierung der Nährstoffe im Altmühlsee durch. Insbesondere kommt ein spezielles Mähboot zum Einsatz, das extra für die Bedürfnisse im Fränkischen Seenland konstruiert wurde. Zusätzlich wurden Kläranlagen im Einzugsgebiet mit einer Phosphatfällung ausgerüstet. Förderprogramme veranlassen die Landwirtschaft, Mulchsaat und Zwischenfruchtanbau zu praktizieren sowie Uferstreifen als Puffer zum Gewässer zu belassen. Zudem dienen regelmäßige Sanierungsbefischungen und Sedimententnahmen der Reduzierung der Nährstoffgehalte im Altmühlsee.

Die Sanierungsmaßnahmen haben bisher dazu geführt, dass sich grundsätzlich die Sichttiefe des Altmühlsees verbessert hat, das Algenaufkommen reduziert wurde und sich andere Wasserpflanzen angesiedelt haben. Die wiederholte Blaualgenblüte veranlasste jedoch dazu, nach weiteren Lösungen zu suchen, die Teil eines integralen Gesamtkonzepts sein sollen. Dazu soll der Nährstoffeintrag im Einzugs-

gebiet des Altmühlsees weiter verringert werden, gleichzeitig sollen die Auswirkungen einer möglichen Algenblüte auf die Besucher der Seen so gering wie möglich gehalten werden. Die Zeiträume mit Blaualgenblüte und Badeverbot sollen so kurz wie möglich sein.

Laut Ministerium werden in Schwaben zudem zwei neue Hochwasserschutzprojekte auf den Weg gebracht: Das Hochwasserrückhaltebecken Siefenwang geht in Bau und für die Maßnahme am Kulturgraben im Aichacher Ortsteil Griesbeckerzell werden Fördergelder zugesagt. Beim Startschuss für die beiden Projekte verwies Thorsten Glauber darauf, dass jede einzelne Maßnahme für einen deutlichen Gewinn an Sicherheit Sorge. „Unser Ziel ist klar: Weniger Bürokratie, mehr Bagger. Deshalb wollen wir neben der finanziellen Situation auch die Rechtslage beim Hochwasserschutz verbessern. Dazu soll der Hochwasserschutz als besonderes öffentliches Interesse eingestuft werden.“

Um konkrete Maßnahmen schneller umzusetzen, ist heuer eine Aufstockung des Gewässer-Aktionsprogramms um 40 Millionen Euro geplant. Zusätzliche 40 Millionen Euro sind im Nachtragshaushalt als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt und geben somit Planungssicherheit für längerfristige Projekte.

Das Gesamtvorhaben zum Hochwasserschutz in Aichach-Griesbeckerzell umfasst insgesamt vier Bauabschnitte, darunter den Bau von zwei Hochwasserrückhaltebecken und zwei Bauabschnitte zum Ausbau des Kulturgrabens. Ziel ist der Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasser plus 15 Prozent Klimazuschlag. Die geschätzten Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 7,3 Millionen Euro. Der Freistaat fördert den ersten Bauabschnitt mit rund 1,3 Millionen Euro.

Das Hochwasserrückhaltebecken Siefenwang verfügt über rund 1,2 Millionen Kubikmeter Stauraum und wird damit deutlich mehr Sicherheit für die Unterlieger bringen. An den insgesamt rund 9,5 Millionen Euro Kosten für die Herstellung beteiligen sich die Marktgemeinden Dinkelscherben und Zusmarshausen zusammen mit mehr als einem Drittel. Freistaat und EU stellen die weiteren Mittel bereit. Das Hochwasserrückhaltebecken soll in knapp zwei Jahren fertiggestellt sein. DK

PFAS-Verbot anbelangt. „Angesichts neuer Grenzwerte braucht es klare Vorgaben und immer da einen schnellen Ausstieg aus PFAS, wo es Alternativen gibt“, so Liebing. Kritisch betrachtet der VKU zudem die im Koalitionsvertrag geplante Abschaffung der Stoffstrombilanz. Die avisierte Entlastung einzelner landwirtschaftlicher Betriebe darf aus Verbandssicht nicht zu Lasten des Gewässerschutzes erfolgen. DK

Antrag von CSU/FW:

Schwimmen im Laster möglich machen

Die Anschaffung von Schwimmbad-LKWs fordert die CSU/FW-Stadtratsfraktion im Münchner Rathaus erneut in einem Antrag. Zu mobilen Schwimmbädern umgebaute Sattelzüge und Schwimm-Container sollen bedarfsgerechten Schwimmunterricht für Kinder unabhängig von festen Schwimmbadbauten ermöglichen.

Anlass ist der neue Koalitionsvertrag, der eine Milliarde Euro für Sportinfrastruktur vorsieht, sowie die Schließung des Stäbli-Bades in Forstenried. Mobile Anlagen könnten flexibel auf freien Flächen eingesetzt werden und etwa als Ersatz für das geschlossene Bad dienen. Zwar wurde ein ähnlicher Antrag 2023 abgelehnt, angesichts der Verdopplung der Zahl der Nichtschwimmer im Grundschulalter gewinnt er neue Aktualität. Ziel ist es, Wasserzeiten auszubauen und die Schwimmbildung zu sichern.

Zusätzliches Angebot

Fraktionsvorsitzender Manuel Pretzl betont: „Hallenbäder sind für eine erfolgreiche Schwimmbildung unverzichtbar. Wir wissen aber, dass Wasserzeit in München knapp ist. Schwimmen zu können ist eine grundlegende Fähigkeit und verhindert Unfälle. Mit mobilen Schwimmbädern wollen wir ein zusätzliches Angebot schaffen – besonders, wenn ein Bad wie das Stäbli-Bad über Jahre geschlossen bleibt.“ □

„Der Klimawandel ist auch im Wasser spürbar“

Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer feierte 20-jähriges Bestehen

Die Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer sei „beispielhaft für ganz Bayern, ein Leuchtturmprojekt.“ Dies sprach der Oberpfälzer Regierungspräsident Walter Jonas anlässlich des 20-jährigen Jubiläums dieser Vereinigung. Im Burgsaal der Stadt Parsberg stand beim Festakt der Rückblick auf diese Erfolgsgeschichte auf dem Programm und natürlich auch die aktuellen Herausforderungen.

Über viele Gäste aus der Politik (Regierung, Landkreise, Kommunen), der Wasserwirtschaft, von Landwirtschaft und Forsten und von Ingenieurbüros freute sich der 1. Vorsitzende Franz Herrler. Auch einige Gründungsmitglieder, Vertreter der derzeit elf Wasserversorger und mehrere langjährige Wegbegleiter bzw. Wasserexperten hieß er willkommen.

Neues Zeitalter

Ein Experte, Prof. Dr.-Ing. Martin Grambow, früher Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft und Bodenschutz im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und aktuell Mitglied des Lenkungs Ausschusses beim Institute for Earth System Preservation, referierte zum Thema „Veränderungen bei Wasser und Boden – welche Verantwortung tragen wir?“

Als einen dramatisch sich ändernden Aspekt nannte Grambow die Grundwasserneubildung. Aber auch die Entwicklung der Ökosysteme, das Artensterben, den Waldverlust und neue Schadstoffe führte er an. „Wir müssen begreifen, dass wir in einem neuen Zeitalter leben“, machte Grambow deutlich. Nicht wenige Ergebnisse heute seien menschengemacht, etwa die Umwandlung von Moore in Nutzland oder Versiegelungen – alles verbunden mit Wassermangel und weiteren katastrophalen Folgen. „Eine Handvoll fruchtbaren Ackerbodens enthält Milliarden von Lebewesen. 90 Prozent der Biomasse

lebt im Boden“, stellte der Wissenschaftler fest. Daher empfahl er, den Boden in Frieden zu lassen, das Wasser wie auch den Boden und Wald als „Wasser-Generatoren“ im Blick zu haben. Die Kooperation Trinkwasserschutz sei hier von Beginn an Vorreiter. Denn wo der Boden kein Wasser mehr speichert, da fehle die Versorgung der Pflanzen, die Kühlleistung und Verdunstungsfunktion. „Sie machen es toll“, lobte Grambow und gab als Vision an, „eine aktiv resiliente Landschaft gegen den Klimawandel zu bauen. Nur dann haben wir die Chance, mit den Herausforderungen des Klimawandels zurechtzukommen.“

Gemeinsam für Wasserschutz

„Grundwasserschutz geht nur gemeinsam“, betonte Regierungspräsident Walter Jonas in seinem Grußwort. Er freute sich über die Präsenz aller in diesem Feld tätigen Einrichtungen. „Es ist unser ureigenstes Interesse, das vorhandene Wasser zu schützen – gemeinsam“, machte er deutlich. Auch die jüngsten Entwicklungen sprach er an. „Der Klimawandel ist auch im Wasser spürbar“, stellte er fest. Die Bildung neuen Grundwassers gehe langfristig zurück, auch wenn sich die Situation im letzten Jahr etwas erholt habe. Jonas sagte für die Zukunft die Unterstützung der Regierung und der zuständigen Behörden zu, um auch weiterhin eine gute Trinkwasserqualität zu gewährleisten.

Für die fünf in der Kooperation vertretenen Landkreise sprach

die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger Worte der Anerkennung – vor allem an den Vorsitzenden Franz Herrler, den sie als „Pionier“ und „Macher“ bezeichnete. Besonders hob sie die Überschreitung von Landkreis- und Regierungsbezirksgrenzen und die Zusammenarbeit mit Landwirten hervor. Somit sei die Kooperation auch ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit.

Rückblick

Die Entwicklungen in den 20 Jahren zeigte Vorsitzender Herrler auf. So gab es Mitte der 1990er Jahre – angesichts von Aspekten wie Atrazin und Klärschlamm – erste Versuche der Zusammenarbeit der Wasserversorger zur Kooperation zusammen. Aufgabe ist es, die Einzugs- und Schutzgebiete zu betreuen und die Herausforderungen bzw. Probleme zu bewältigen.

Als einen zentralen Aspekt nannte Herrler die Ausgleichs- und Prämienzahlungen für Landwirte, über vier Millionen Euro waren es in den letzten zehn Jahren. „Die Böden trocknen immer mehr aus, die Gewässer entropieren, die Wasserkreisläufe sind gestört“, analysierte er. Starkregen und Hochwasser sowie Trockenheit wirken sich auf die Wasserhaltefähigkeit der Böden aus. „Daher sind Bodenschutz und der Waldumbau – wegen der Kühleffekte – zwingend erforderlich“, mahnte Herrler an. Mit der eher politischen Forderung, das Wassergeld am besten zweckgebunden wieder zurück in die Fläche zu bringen, schloss Herrler seinen Rückblick. □

besitzer eingeschränkt und den Eigentümerwillen zu wenig berücksichtigt.“ Die Kommunen bekennen sich zwar ausdrücklich zum Green Deal der EU, mahnen jedoch mehr Handlungsspielraum für lokal angepasste Lösungen an. „Gerade der Kommunalwald ist durch die Vielfalt örtlicher Gegebenheiten und unterschiedlichste Erwartungen an Ökosystemleistungen geprägt – von der Naherholung in Ballungsräumen bis zur Holzproduktion im ländlichen Raum“, so Petry. Der Forstausschuss fordert deshalb eine Rückbesinnung auf bewährte Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung. Die Bundespolitik solle verlässliche Rahmenbedingungen setzen, den Rest aber den Kommunen überlassen – zum Wohle von Natur, Klima und Bürgerbeteiligung.

Mit etwa 2,3 Millionen Hektar machen die kommunalen Wälder rund 20 Prozent der deutschen Waldfläche aus. Sie dienen nicht nur der nachhaltigen Holznutzung, sondern auch dem Erhalt von Biodiversität, Naturschutz, Erholung und Bildung. Doch klimabedingte Schäden durch Trockenheit, Stürme und Borkenkäfer stellen Städte und Gemeinden vor enorme Herausforderungen. Die Umwandlung in klimastabile Mischwälder ist kosten- und arbeitsintensiv.

Hier versteht sich der Gemeinsame Forstausschuss als unverzichtbare Stimme der kommunalen Waldbesitzer auf Bundesebene. Als Zusammenschluss von Deutschem Städte- und Gemeindebund, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städtetag bringt er die Belange des Kommunalwaldes gebündelt in politische Entscheidungsprozesse ein.

DK



Die Teilnehmer der Festveranstaltung, in der ersten Reihe die Referenten und Grußwortredner
Bild und Text: Markus Bauer

Bayerische Bäderzweckverbände:

Vorsichtiger Optimismus trotz hoher Defizite

Die fünf niederbayerischen Heil- und Thermalbäder in Bad Füssing, Bad Birnbach, Bad Griesbach, Bad Abbach und Bad Gögging stehen weiterhin vor großen Herausforderungen – und doch herrscht in den Gremien der Bäderzweckverbände verhaltener Optimismus. Zwar wird für das Jahr 2024 ein Gesamtdefizit von 11,3 Millionen Euro erwartet, doch sehen die Verantwortlichen Fortschritte bei der Neuausrichtung der Einrichtungen.

Ein zentrales Thema in den Sitzungen der Zweckverbände war der Umgang mit gestiegenen Kosten – insbesondere bei Energie und Personal. „Allein durch Sparen lässt sich kein ausgeglichener Haushalt erzielen“, betonte Franz Altmannspurger, Geschäftsführer der Niederbayerischen Thermen-Gemeinschaft. Stattdessen habe man auf eine strategische Neuausrichtung gesetzt, die bereits 2020 angestoßen wurde und nun erste Erfolge zeige.

So wurden für jeden Standort individuelle Maßnahmenpläne erarbeitet und konsequent umgesetzt. Ein gemeinsames Vermarktungskonzept soll zusätzlich dazu beitragen, die Gästezahlen zu erhöhen. 2024 konnten rund

21.000 Behandlungen mehr als im Vorjahr registriert werden. Dennoch liegt das Niveau noch unter dem von 2019. „Seit 2022 steigen die Zahlen kontinuierlich – das ist ein gutes Zeichen“, erklärte Altmannspurger.

Nachhaltigkeit im Blick

Neben wirtschaftlichen Aspekten rückte auch das Thema Nachhaltigkeit in den Fokus. Die Energiekrise infolge des Ukraine-Krieges habe den Wandel hin zu mehr ökologischer Verantwortung beschleunigt, unterstrich Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident und Vorsitzender der Zweckverbände. Ziel sei es, regenerative Energiequellen stärker zu nut-

zen und die Energieeffizienz der Thermen weiter zu verbessern.

Derzeit prüfen die Einrichtungen verschiedene Optionen, darunter die Nutzung von abgedamtem Thermalwasser, Grundwasserwärme, Solarstrom sowie lokale Nahwärmenetze. In Bad Birnbach wurde bereits ein solches Nahwärmenetz beschlossen – mit der Rottal Terme als größtem Abnehmer. „Wir denken nicht nur an die finanziellen Bilanzen, sondern auch an unseren CO₂-Fußabdruck“, stellte Heinrich fest. Ökologische und ökonomische Ziele müssten gleichrangig verfolgt werden.

Auch der geplante Verkauf der Kaiser-Therme in Bad Abbach war Thema der Sitzungen. Laut Katrin Landes, Geschäftsleiterin des Zweckverbands Kurmittelhaus Bad Abbach, verlaufe das Projekt planmäßig. Die Koordination der Maßnahmen sei komplex, aber das Team arbeite eng abgestimmt und man liege im Zeitplan. DK

Bundestagung in Augsburg:

Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“

Auf Einladung von Oberbürgermeisterin Eva Weber traf sich in der Fuggerstadt das Gremium der kommunalen Waldbesitzer, der Gemeinsame Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“, zu seiner Bundestagung. Im Zentrum der Beratungen standen die Herausforderungen des Klimawandels, die Rolle des Kommunalwaldes in der Forstpolitik sowie konkrete Erwartungen an die neue Bundesregierung.

Moritz Petry, Vorsitzender des Forstausschusses und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz, brachte die zentrale Botschaft auf den Punkt: „Kommunen können Wald- und Forstwirtschaft. Deshalb fordern wir eine intensive Beteiligung an der Neuausrichtung der künftigen Wald- und Forstpolitik und bieten unsere aktive Mitwirkung an.“

Die zentralen Forderungen der waldbesitzenden Kommunen an die Bundespolitik wurden in einem Positionspapier mit dem Titel „Erwartungen waldbesitzender Kommunen an eine neue Bundesregierung“ formuliert:

1. Vertrauen und Subsidiarität stärken: Kommunale Entscheidungskompetenz vor Ort respektieren und stärken – statt zentralistischer Steuerung aus Bund oder EU.
2. Klimaangepassten Waldumbau fördern: Finanzielle und organisatorische Unterstützung beim Übergang zu stabilen, artenreichen Mischwäldern.

3. Holznutzung und -verwendung stärken: Nachhaltige Holznutzung als Klimaschutzinstrument fördern – inklusive regionaler Wertschöpfungsketten und Holzbaufensive.

4. Zuständigkeiten für Wald und Forstwirtschaft bündeln: Klarere Verantwortungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene, um widersprüchliche Regelungen zu vermeiden.

5. Forschung und Entwicklung forcieren: Förderung praxisnaher Forschung zu Klimaresilienz, Baumartenwahl, Digitalisierung und Biodiversitätsmanagement.

6. Strategien und rechtliche Vorschriften anpassen: Forst-, Umwelt- und Naturschutzrecht harmonisieren, um Zielkonflikte zu vermeiden und die Umsetzbarkeit zu verbessern.

7. Grüne Infrastruktur in Kommunen ausbauen: Kommunale Wälder als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge stärken – insbesondere im Bereich Gesundheit, Stadtklima und Bildung.

8. Ökosystemleistungen angemessen honorieren: Monetäre Anerkennung der nicht-marktwirtschaftlichen Leistungen des Waldes, etwa durch neue Finanzierungsinstrumente und Förderprogramme.

Petry kritisierte die zunehmenden Regulierungen auf nationaler und europäischer Ebene: „Viele Maßnahmen haben die Handlungsmöglichkeiten der Wald-

DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER





* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 70/80/100/130 & Unitrac 112/122 LD Drive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

Bucher Municipal auf der ASTRAD 2025:

Innovative Lösung für den anspruchsvollen Winterdienstesinsatz!

Bucher Municipal präsentiert auf der ASTRAD 2025 wegweisende Technologien für den modernen Winterdienst. Am 14. und 15. Mai in Wels/Österreich werden leistungsstarke Lösungen vorgestellt, welche den Winterdienst auf ein neues Niveau heben.

Ein besonderes Messehighlight: der Unimog U327 mit Flügelschieber-Schneepflug WingX LN2636t sowie dem Streuauto-

men. Dieser Schneepflug kann auch zum Schneeräumen in städtischen Gebieten eingesetzt werden, da die beiden Flügel als Aus-



Unimog WingX

Bild: Bucher

maten Yeti W27 mit VarioMax und wechselbarem Streuteil. Bucher Wingx wurde mit dem Ziel entwickelt, die Bedürfnisse von Kunden zu erfüllen, die insbesondere auf öffentlichen Plätzen und Parkplätzen bzw. allgemein auf großen Flächen arbeiten und einen vielseitigen und zuverlässigen Schneepflug benötigen, der in der Lage ist, große Mengen Schnee in kürzester Zeit zu räu-

wurfsperre dienen. Seine patentierte Neopren-Räumleiste sorgt für oberflächenschonendes, geräuscharmes Räumen mit hoher Standzeit. Zum Räumen von Eis und festgefahrenen Schnee verfügt der Wingx über ein optionales Doppelmehlsystem, mit dem es möglich ist, während des Einsatzes eine Stahlleiste hydraulisch zuzuschalten. Außerdem ist der Schneepflug mit ei-

nem mechanischen Niveaustrommelsystem ausgestattet, mit dem er sich optimal an die Fahrbahn anpasst.

Der Yeti W27

Der Yeti W27 Streuautomat mit Doppelförderschnecken-System und optionalem VarioMax-System sowie einem abnehmbaren Streuteil bietet ein Trockenstoffvolumen von 2,7 m³ und ein Solevolumen von 1.280L. Durch den VarioMax Behälter lässt sich der Streuautomat innerhalb kürzester Zeit von einem FS30 zu einem reinen Solestreuer (FS100) umrüsten. Dadurch wird das Solevolumen von 1.280L auf 3.130L erhöht. Die Ausbringung der Sole erfolgt über den Streuteller bis zu einer Breite von 8m. Mit der ECO Feuchtsalztechnologie von Bucher Municipal wird die Wirtschaftlichkeit gesteigert, indem Trockenstoff eingespart und die Liegedauer des ausgebrachten Materials erhöht wird.

Eine Ganzjahreslösung

Im Sommer kann das abnehmbare Streuteil durch eine Schlauchhaspel ersetzt werden, um Gieß- oder Reinigungsarbeiten durchzuführen. Seitentanks und VarioMax-Behälter dienen dabei als Wasserspender. Damit ist der Unimog mit Anbaugeräten eine vielseitige Lösung für den Ganzjahreseinsatz. □

Insgesamt 3.000 Besucher:

BayWa Winterdienst-Vorfahrtage ein voller Erfolg

Im März 2025 fanden die BayWa Winterdienst-Vorfahrtage statt, Technik Live-Vorfahrungen mit langer Tradition: Zwei Wochen, fünf Stationen, 80 Maschinen, 3.000 Besucher und jede Menge Experten.

Die Anforderungen steigen: Der Ganzjahreseinsatz zählt

Winterdiensttechnik muss leistungsfähig sein. Zusätzlich sind drei Aspekte für die Anwender wichtig: Funktionalität der Maschine in jedem Anwendungsgebiet, vielseitige Einsatzmöglichkeiten und eine ganzjährig hohe Auslastung der Fahrzeuge.

Live-Maschinenshow

Davon konnten sich die Besucher bei den BayWa Winterdienst-Vorfahrtagen überzeugen. Rund 80 verschiedene Fahrzeuge wurden dem Fachpublikum, das aus Vertretern von Kommunen, Autobahnmeistereien und Dienstleistern bestand, in einer Live-Maschinenshow präsentiert.

Im Winterdienst müssen beispielsweise Städte und Gemeinden ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen und auch enge Straßen, Geh- und Radwe-

ge von Schnee und Eis befreien. Dafür sind wendige Traktoren mit kleinem Räumchild und passendem Streuer bestens geeignet. Bei Straßenbauämtern und Autobahndirektionen sind dagegen große, leistungsstarke Maschinen mit schlagkräftigen Anbaugeräten gefragt.

Gleichzeitig sollen die Maschinen aber auch im Ganzjahreseinsatz punkten und alle Arbeitsschritte ausführen können. Für die Gehölzpflege bedeutet dies, dass mit nur einem Fahrzeug geschnitten, gesägt, transportiert und gehäckselt werden kann. Durch den Austausch von Anbaugeräten können mit dem gleichen Fahrzeug auch Reinigungs-, Mäh- und Erdarbeiten durchgeführt werden.

Lösungen für die Kommunaltechnik

Die Winter werden milder, aber die Wetterextreme nehmen zu. Schneefall und Eisglätte erfordern weiterhin leistungsfähige

Technik, aber auch nachhaltige Lösungen sind gefragt. Aus Umwelt- und Kostengründen setzen viele Kommunen auch auf Sole statt Salz. Sole hat eine geringere Salzkonzentration bei gleicher Wirkung, sie bleibt dort, wo sie hinsoll und wird beispielsweise nicht vom Wind verfrachtet. Sie kann auch präventiv ausgebracht werden. Zum Mischen und Ausbringen der Sole werden Anlagen und Tanks benötigt. Die BayWa bietet auch Zusatzgeräte mit automatischer Streudatenerfassung und GPS-Tracking an, um der Dokumentationspflicht nachzukommen.

Im Sommer geht der Trend zur Bewässerung. Die Nachfrage nach Anbaulösungen für Wassertanks und spezieller Gießtechnik für Grünflächen und Parks steigt. Chancen bieten sich auch im Bereich der Elektromobilität. Viele Kommunen haben das Ziel, Lärm- und Abgasemissionen zu reduzieren. Gleichzeitig soll selbst erzeugter Strom gezielt genutzt werden, um die Betriebskosten zu senken. Hier sind elektrisch betriebene Transportfahrzeuge und Maschinen gefragt.



BayWa Winterdienst-Vorfahrtage.

Bild: BayWa AG



Bauma bei Nacht

Bild: Michael von Hassel – FOTO ART

Bauma 2025 bei Nacht:

Technik, die beeindruckt

München im April 2025: Gigantische Krane, emissionsfreie Bagger und smarte Steuerungssysteme: Die Bauma 2025 – Weltleitmesse für Bau- und Kommunaltechnik – zeigte sich in diesem Jahr nicht nur tagsüber von ihrer besten Seite. Am Vorabend der offiziellen Eröffnung bot die Messeleitung erstmals eine exklusive Nachtführung über das Außengelände – fernab des Messetrubels und ideal für einen konzentrierten Blick auf Technik und Innovation.

Highlights mit Praxisbezug für Kommunen:

- Tadano: Kranlösungen mit bis zu 250 m Höhe – ideal für anspruchsvolle kommunale Infrastrukturprojekte.
- John Deere/Wirtgen: Maschinen für Straßen- und Erdbau, effizient

Die Highlights der Roadshow

Mit Spannung erwartet wurden die absoluten Highlights der Roadshow: Leistungsstarke Kommunaltechnik von Fendt, Sauerburger und MAN.

- Die absolute Neuheit: Der Fendt e100 Vario, der erste serienreife vollelektrische Schmalspurtraktor. Wendig und kompakt ist er das ideale Arbeitsgerät für den kommunalen Ganzjahreseinsatz. Leise und abgasfrei kehrt, räumt oder streut er in besonders lärmsensiblen Bereichen. Zudem können vorhandene Anbaugeräte weiter genutzt werden, um auch in Grünanlagen, Parks und Gewächshäusern emissionsfrei zu arbeiten.

- Die Traktorenklassiker: Die 600er Vario-Baureihe von Fendt bietet kompakte, leistungsstarke und wendige Maschinen mit hoher Achslast. Sie sind im Winterdienst gefragt und ermöglichen eine hohe Zuladung von Streutgut sowie den kraftvollen Einsatz von Schneefräse und Räumchild. Gleichzeitig sind sie auch im Ganzjahreseinsatz bei der Gehölzpflege und bei Mäharbeiten unschlagbar.

- Für steiles Gelände: Die Sauerburger Hangschlepper GRIP eignen sich durch ihre mittig angeordnete Kabine mit hoher Sitzposition und optimaler Rundumsicht besonders für Mäharbeiten in Hanglagen, an Lärm- und Sichtschutzwänden. Sie werden gerne von Straßen-, Fluss- und Autobahnmeistereien, aber auch von Kommunen eingesetzt. Im Winterdienstesinsatz sind sie mit Schneepflug und Streuer bestens ausgerüstet.

- Einfaches Flottenmanagement: Die MAN System-Lkw der BayWa sind gefragt, denn mit ihrem Wechselsystem lassen sich die unterschiedlichsten An- und Aufbaugeräte für Winterdienst, Gehölzpflege oder Transportarbeiten schnell, einfach und flexibel austauschen. So steht dem ganzjährigen Einsatz des Lkw nichts im Wege. Der Wechsel am Trägerfahrzeug erfolgt ohne Werkzeug in wenigen Minuten durch den Fahrer selbst. Als Generalunternehmer fügt die BayWa alle Komponenten ihrer starken Partner MAN, Ressenig, Kugelmann, Hydrac und Palfinger zu einem individuellen System zusammen. □

und robust – passend für kommunale Bauhöfe.

- Doka: Schalungssysteme mit Robotik-Einsatz für schnelleren Baufortschritt bei Brücken- und Hochbauprojekten.
- Liebherr: Über 70 Exponate, darunter das ferngesteuerte „LiRe-Con“-System für mehr Sicherheit

Landesgartenschau in Furth im Wald:

Sagenhaft viel erleben

Unter dem Motto „Sagenhaft viel erleben“ feiert Furth im Wald ein 137 Tage währendes sommerliches Gartenfest. Vom 22. Mai bis zum 5. Oktober verwandelt sich die im Landkreis Cham gelegene Drachenstadt in eine blühende Oase und bietet auf einer Fläche von zehn Hektar ein vielfältiges Programm rund um Natur, Nachhaltigkeit, Kultur und Gemeinschaft.

Thematisch wird an die bestehenden Qualitäten und Potenziale des Ortes angeknüpft, vor allem an das Wasser, einen besonders wichtigen Baustein in der Stadtgeschichte. Vom Chamb flankiert und der Kalten Pastritz durchwunden, ist Wasser ein prägendes Element im Stadtbild.

Um dieses zu stärken, werden beide Flüsse ökologisch aufgewertet und punktuell renaturiert. Der Bereich entlang der Kalten Pastritz wird umfassend neugestaltet und weitere wichtige innerstädtische Flächen werden deutlich und dauerhaft verbessert. Im Süden der Stadt erhält die Chamb-Aue langfristig mehr Qualität: Eine bislang unzugängliche Industriebrache wird zur Grünfläche umgestaltet.

Neuheiten im Park

Vom bisherigen Park am Tagungszentrum über die Chamb-Aue bis zum Cave Gladium und noch weiter Richtung Norden in die freie Landschaft des Weierdamms reicht der dauerhaft aufgewertete Bereich, auf dem die Landesgartenschau stattfinden wird. Der existierende Park wurde umgestaltet und erhielt ausgedehnte Liegewiesen, einen Schattengarten und ein neues Wegekonzept. Der Teich wurde saniert und durch eine Plattform am Wasser ergänzt. Gestalterischer Höhepunkt ist der Brücken-Loop als Ausgangspunkt des Drachentwegs, einer modernen Steganlage mit extravaganter Lamellenanlage, die die Inseln zwischen Chamb, Mühlbach und Kalter Pastritz erschließt.

An der Stelle der alten Festhalle entsteht die Park-Arena, die sowohl für Drachenvorfahrungen als auch für Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel während der Landesgartenschau und danach genutzt wird. Die Festwiese als Teil des neu gestalteten

auf innerstädtischen Baustellen sowie der neue batteriebetriebene Raupenbagger R 920 G8-E – emissionsfrei, leistungsstark, förderfähig.

- Wacker Neuson: Große Bandbreite an E-Baumaschinen – von kompakten Radladern bis zu handgeführten Geräten – ideal für lärmsensible Einsätze in Wohngebieten. Neu: TÜV-zertifizierter „Certified Battery Check“ zur Bewertung gebrauchter Akkumaschinen.

Wer investieren will – in moderne, leise und umweltfreundliche Technik – fand auf der Bauma 2025 vielfältige Lösungen. Der nächtliche Rundgang machte eines deutlich: Die Zukunft der Baumaschinen ist elektrisch, digital und flexibel steuerbar – und beginnt nicht erst morgen. MH

Parks ist nun eine grüne befahrbare Rasenfläche mit Bäumen.

Auf der Dracheninsel schält sich aus einem überdimensionalen Drachenei nun ein attraktiver Abenteuerspielplatz, die Zugänge zum Wasser wurden neu geordnet, unter anderem mit einem Wassergarten und Trittsteinen in der Flutmulde. Sitzbänke laden zum Verweilen ein und die Fußwege erhielten einen (fast) drachenblutroten Belag.

Die von der Kalten Pastritz umspülte Hofer-Insel verwandelte sich in eine Parkanlage mit Wasserspiel, Sitzgelegenheiten, Wiesen- und Rasenflächen und Pflanzbeeten. Spielgeräte für kleinere Kinder bilden nicht im klassischen Sinne eine Einheit, sondern sind über die Insel verteilt. Drei neue Brücken erschließen die Grundstücke der Anlieger wie auch das neu geplante „Modellwohnen“ auf dem ehemaligen Späth-Bräu-Gelände. Kurzfristig wird das Gelände für die Landesgartenschau im Ausstellungsjahr genutzt. Hier sollen Themen gespielt werden, die zur Historie des Areals passen, wie ein Hopfengarten oder alte Handwerkskunst.

Investition für Generationen

„Die Landesgartenschau wird ein Riesen-Gewinn für die Stadt“, ist Umweltminister Thorsten Glauber überzeugt. „Ein solches Projekt mobilisiert die Menschen. Sie ist ein stadtentwickelndes Element und wirkt mit hochwertiger Erholungs- und Erlebnisflächen weit über die 137 Veranstaltungstage hinaus.“ Auch Stadtoberhaupt Sandro Bauer äußert sich optimistisch: „Furth wird nachhaltig schöner und attraktiver. Die Landesgartenschau ist eine Investition für Generationen. Nach der Landesgartenschau werden wir sicher sagen: Es war ein Glücksfall für unsere Stadt. Ein Bündel von Problemen ist damit gelöst.“ DK

Ein Unimog für den Friedhofsdienst

Beuthauser übergibt saftgrünen U 430 an Bestattungen Aumer

Als kompakter Geräteträger ist der Unimog für eine Vielzahl von Aufgaben geeignet – auch im Friedhofsdienst kann er eine wichtige Stütze sein. Diese Erfahrung hat das Bestattungsunternehmen Rudolf Aumer aus Würth in den vergangenen Jahren immer wieder gesammelt. Die beste Voraussetzung für Geschäftsführer Rudolf Aumer, um seiner „Unimog-Liebe“ treu zu bleiben. Beuthauser in Hagelstadt hatte kürzlich die Ehre, ein echtes Schmuckstück zu übergeben: einen saftgrünen U 430 mit Folierung und Agrarausstattung.

Bei dem Neuzugang handelt es sich bereits um den vierten Unimog für Bestattungen Aumer. Zwei sind aktuell im Einsatz. Mit einer Motorleistung von 299 PS, einem Radstand von 3.150 Millimetern, einem Wendekreis von 14,3 Metern und einer hohen

Transportgeschwindigkeit von bis zu 89 km/h erfüllt der U 430 die Anforderung nach einem kraftvollen und dabei kompakten Begleiter. Gerade die Wendigkeit war für Rudolf Aumer entscheidend, da viele Friedhöfe enge Zufahrtswege und Gassen haben.

Die Ausstattung im Detail

Spezielle Ausstattungselemente machen das Gesamtpaket rund. Der U 430 verfügt über einen Heckkraftheber, einen hydrostatischen Fahrtrieb und eine Komfortlenkung. Das automatisierte Schalten mit AutomaticShift (EAS) sorgt für spürbar kürzere Schaltunterbrechungen, reduzierten Kupplungsverschleiß und eine Entlastung des Fahrers.

Darüber hinaus verfügt der U 430 als Alternative zur Arbeitshydraulik über Leistungshydraulik, die für Anbaugeräte mit hoher Leistung benötigt wird. Als hilfreich im täglichen Einsatz erweist sich zudem die Reifendruckanlage, mit der die Luft in den Reifen unkompliziert an den jeweiligen Untergrund angepasst werden kann.

Einsatzgebiete

Eingesetzt wird der saftgrüne Geräteträger in erster Linie für Transportaufgaben in Kombination mit einem Tiefladeranhänger und einer Pritsche. Muss beispielsweise ein Grab ausgehoben werden, kann das Team des Bestattungsunternehmens Bagger und Dumper zum benötigten Platz bringen. Auch für andere klassische Friedhofsarbeiten wird oftmals schweres Gerät benötigt, das sich mit dem Unimog transportieren lässt. Einen wichtigen Vorteil nennt Rudolf Aumer abschließend: „Im Unimog können drei Personen mitfahren. So ist in einer Fahrt alles dabei – vom Personal bis hin zu den Gerätschaften.“

Würzburg erhöht 2025 die Klimaförderung:

Mehr Geld für Solar, Grünflächen und Entsiegelung

In den vergangenen Jahren haben bereits viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Würzburg von Förderungen für nachhaltige Projekte profitiert. Die Förderprogramme der Stadt sind mit einer hohen Nachfrage und vollen Ausschöpfung in den letzten Jahren ein voller Erfolg. Deshalb setzt die Stadt Würzburg auch 2025 auf finanzielle Unterstützung für die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten. Für das Jahr 2025 wird das erfolgreiche städtische Förderprogramm für erneuerbare Energien, Begrünung, Zisternen und Entsiegelung wieder geöffnet. Die Fördertöpfe für die verschiedenen Maßnahmen wurden im Vergleich zum Vorjahr nochmal deutlich aufgestockt. Ziel ist es, mehr Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu bringen, Fassaden und Höfe zu begrünen und versiegelte Flächen in Grünräume zu verwandeln.

„Wir müssen als Stadt resilient werden. Begrünte Dächer, Fassaden und entsiegelte Flächen helfen, das Stadtklima zu verbessern – und Photovoltaikanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende“, begründet Bürgermeister Martin Heilig.

Das Förderprogramm der Klimastadt Würzburg richtet sich an alle, die aktiv zur klimafreundlichen Umgestaltung der Stadt beitragen wollen. Im Mittelpunkt stehen Zuschüsse für Photovoltaikanlagen auf privaten Gebäuden sowie finanzielle Anreize für Begrünungsprojekte.

So gibt es für Solaranlagen auf Dächern, an Fassaden oder in Kombination mit Dachgrün bis zu 2.000 Euro Zuschuss. Auch denkmalgeschützte Gebäude werden berücksichtigt: Wer dort innovative Solaranlagen installiert, kann eine Förderung bis zu 2.500 Euro erhalten. Dr. Christian Göpfert, Leiter der Stabsstelle Klima und Nachhaltigkeit ergänzt: „Ein wichtiger und in den letzten Jahren sehr erfolgreicher Baustein sind die Balkonmodule. Hier können auch Menschen, die zur Miete wohnen, eine Förderung erhalten und eigenen Strom zuhause erzeugen.“ Balkonmodule werden mit bis zu 200 Euro gefördert. Darüber hinaus können Mieterstrommodelle in Mehrfamilienhäusern mit bis zu 6.000 Euro gefördert werden.

Begrünung gefördert

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Klimaanpassung mit Begrünungsmaßnahmen, Entsiegelung und Zisternen. Fassadenbegrünungen werden mit bis zu 10.000 Euro unterstützt, für Dachbegrünungen gibt es 30 Euro pro Quadratmeter, ebenfalls bis zu einer Obergrenze von 10.000 Euro. Wer versiegelte Flächen entsiegelt, kann 75 Euro pro Quadratmeter erhalten. Der Einbau einer Zisterne wird mit bis zu 500 Euro unterstützt. Baumpflanzungen werden mit bis zu 3.000 Euro bezuschusst und Gemeinschaftsgärten mit bis zu 1.000 Euro gefördert.

Bedingungen

Start der neuen Förderperiode ist der 1. April 2025. Wichtig ist, dass vor Beginn einer Maßnahme der Antrag gestellt werden muss und erst mit Erhalt des Förderbescheids mit der Umsetzung

begonnen werden darf. Die Förderung durch die Stadt ist freiwillig und nur solange abrufbar, wie Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen und detaillierte Förderbedingungen sind auf den städtischen Webseiten unter www.wuerzburg.de/klimaforderung zu finden.

Erster Goupil-Tag von Beuthauser:

Mit E-Mobilität durchstarten – aber wie genau?

Im März lud Beuthauser auf dem Gelände des Bauhofs im niederbayerischen Schöllnach zum ersten Goupil-Tag ein. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, welches Potenzial elektrische Nutzfahrzeuge haben. Experten des Herstellers und das Beuthauser-Team informierten Vertreter aus Städten, Kommunen, Industrie, Handel und Gewerbe über die verschiedenen Goupil-Modelle und ihre Einsatzmöglichkeiten.

Besonderes Augenmerk lag auf der Modellreihe G6, die kürzlich ein Facelift erhalten hatte. Neben dem G2 und G4 wurde sie vor Ort umfassend vorgestellt. Durch den Vorfühzug mit verschiedenen Fahrzeugen und Aufbauten wurde deutlich, dass sich die kompakten, vollelektrischen Transporter sowohl für den innerstädtischen als auch für den Indoor-Bereich eignen. Zudem ermöglichen die verschiedenen Aufbaumöglichkeiten eine breite Palette an Anwendungen für

eine energieeffiziente Kommunalwirtschaft.

Ein weiteres wichtiges Thema waren Fördermöglichkeiten für E-Nutzfahrzeuge. Je nach Region und Anwendungszweck stehen unterschiedliche Zuschüsse und steuerliche Vorteile zur Verfügung, die die Anschaffungskosten reduzieren können.

Weitere Informationen – auch zu Probefahrten – sind zu finden unter: <https://www.beuthauser.de/produkte/detail/elektrofahrzeuge-eswingo-200>.



Goupil G6.

Bild: Beuthauser



Auslieferung an die Familie Aumer am Standort Hengersberg.

Bild: Beuthauser

Wärmstes Jahr weltweit:

Ohne Bäume keine Abkühlung

Anlässlich der Messung des wärmsten Jahres in Deutschland und der Welt fordert der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. einen raschen grünen Stadtbau zur Klimawandelanpassung

Zur Meldung des Deutschen Wetterdienstes (DWD), dass 2024 in Deutschland und der Welt das wärmste Jahr war, mahnt der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. die schnelle Anpflanzung von Bäumen in den Städten an, um diese an den Klimawandel anzupassen.

Nettoverlust im Baumbestand

„Seit Jahren reden wir von biobasierten Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel. Trotz aller Programme des Bundes sehen wir in vielen Städten einen Nettoverlust im Baumbestand. Hier brauchen wir schnell eine

Trendumkehr.“, äußert der Hauptgeschäftsführer des BdB, Markus Guhl. „Ein Baumpflanzprogramm des Bundes und der Länder in einer Größenordnung von bis zu 5 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren ist dringend erforderlich.“ Insbesondere da neu gepflanzte Jungbäume einige Zeit benötigen, um groß genug zu wachsen, damit sie ihre biologische Funktion voll erfüllen können, dürfe man keine Zeit verlieren. „Wir brauchen jetzt eine Baumpflanzoffensive, damit wir in zehn und zwanzig Jahren eine Überschattung des Stadtraums mit groß gewachsenen Bäumen

sicherstellen können.“, so Guhl.

Dabei gehe es auch um eine geschickte und zukunftsfähige Auswahl an Bäumen. „Gerade weil sich die Niederschläge vom Sommer in den Winter verschieben, benötigen wir ein Baumsortiment, das diesen Veränderungen Rechnung trägt. Nicht alle heimischen Bäume können mit trockenen Sommern umgehen. Daher müssen auch sogenannte Zukunftsbäume im Umgang mit dem Klimawandel gepflanzt werden, die nicht heimisch sind.“ Baumschulen seien verlässliche Partner der öffentlichen, aber auch der privaten Pflanzenverwender.

„Die Baumschulen wollen und können den öffentlichen und den privaten Raum auch künftig mit klimaresilienten Gehölzen versorgen. Jetzt muss der Staat rasch handeln und ein Baumpflanzprogramm aufsetzen“, resümiert Markus Guhl.



Mehr Informationen online unter: special.mercedes-benz-trucks.com/unimog-bediensystem
Ihren Unimog Händler oder Servicepartner in der Nähe finden Sie unter: special.mercedes-benz-trucks.com/partnersuche

EINFACH SUPER. UND SUPER EINFACH.

UNI-TOUCH®, das neue Bediensystem des Unimog Geräteträgers.

Reduziert und intuitiv. Dank cleverer Schaltelemente, konfigurierbarer Abläufe und eines optionalen ergonomischen Bedienhebels geht der Alltag leicht von der Hand. Alle Elemente sind ergonomisch und platzsparend angeordnet. Noch nie war arbeiten mit dem Unimog einfacher.



DER UNIMOG AUF DER DEMOPARK 2025

VOM 22. - 24. JUNI 2025 FINDEN SIE UNS IN EISENACH AUF STAND D-243

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de
Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, www.henne-unimog.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, E-Mail: info@kurt-herold.de, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, E-Mail: verkauf@klmv.de, www.klmv.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Stadt Memmingen, 46.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Im März 2023, hauptamtlich. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Unternehmensberater mit Schwerpunkt Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mich reizt die Chance, ganz konkret die eigene Heimat mitgestalten zu können und aktiv eine zukunftsfähige Ausrichtung der Stadt zu prägen.

Jan Rothenbacher

Oberbürgermeister der Stadt Memmingen



Bild: Stadt Memmingen

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Kommunikation, Transparenz und viele, viele Diskussionen. Man muss sich den Menschen im Diskurs stellen. Egal ob im persönlichen Gespräch, im Stadtrat, online oder bei Gesprächen vor Ort. Der Austausch muss immer nah am Thema und vor Ort geführt werden!

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sehr viel. Es erweitert den verfügbaren Werkzeugkasten und wird auch von einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger eingefordert. Hier muss man im Sinne eines guten Service auch liefern und die eigenen Prozesse darauf einstellen. Wichtig ist, die Strukturen hierbei kritisch neu zu denken und nicht dieselbe Arbeit dann mit neuer Technik zu machen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ein bestimmtes Lebensmotto habe ich nicht. Ich ziehe aber viel Inspiration aus den antiken Philosophen, vor allem den „jüngeren“ Stoikern wie Seneca, Epiktetos oder Mark Aurel. Sie haben viele zeitlose Weisheiten, die sich auch gut in unsere moderne Zeit übertragen lassen. Beispielsweise von Mark Aurel: „Wenn Sie morgens aufstehen, denken Sie daran, was für ein wertvolles Privileg es ist, am Leben zu sein – zu atmen, zu denken, zu genießen, zu lieben.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als ein engagierter und aufrichtiger Gestalter. Ein OB, der die Menschen und die Stadt in den Mittelpunkt stellt, aber auch Rückgrat bei schwierigen Entscheidungen zeigt.

Kommunen mit Finanzen, was sich direkt auf Themen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheit und Soziales auswirkt.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich zähle ja selbst noch zu den jungen Kollegen Ich würde sagen, es gilt eine Mischung aus eigenen Ansätzen (Lösungen der Vergangenheit bringen einen nicht weiter) und einem gemeinsamen Vorgehen mit Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land (sprich: Das Rad nicht neu erfinden) zu pflegen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe mich nicht aktiv vorbereitet ein kommunales Amt zu übernehmen; Die Kenntnisse und Erfahrungen aus meiner beruflichen Laufbahn und dem jahrelangen ehrenamtlichen Engagement sind aber sehr hilfreich für die tägliche Arbeit im Rathaus.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Einerseits galt es inhaltlich wie strukturell eine Modernisierung der ganzen Stadtverwaltung auf den Weg zu bringen, andererseits galt es vom ersten Tag an die notwendigen Konsolidierungen der kommunalen Finanzen anzugehen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Der umfangreiche Strukturwandel in der Stadt, der Stadtverwaltung und auch der gesamten Gesellschaft. Kurz: Wie stellen wir uns auf, um auch zukünftig leistungsfähig, attraktiv und lebenswert zu sein.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Mit der ganzen Bandbreite: Demographischer Wandel, moderne Stadtplanung, Wandel in der Wirtschaftsstruktur, Wohnungsnot und vor allem mit der unzureichenden Ausstattung der

KPV Oberfranken ist gut aufgestellt

Bürokratie-Irrsinn erdrückt Gemeinden

Himmelkron. Im idyllischen „Fichtelgebirgshof“ trafen sich die Delegierten der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Oberfranken zur Bezirksversammlung. Neuwahlen bestätigten die erfolgreiche Verbandsführung mit gleichzeitigen Veränderungen bei der Stellvertreterriege. Der Stellvertretende Bezirksvorsitzende der CSU Oberfranken, MdB Thomas Silberhorn berichtete aktuell von den Koalitionsverhandlungen in Berlin. Er bekommt einen neuen Fraktionskollegen mit tiefen kommunalen Wurzeln.

Bundestagsabgeordneter bleibt verbunden

Heiko Hain (43), bisheriger Bürgermeister der Gemeinde Weißdorf, gelang bei der Bundestagswahl eindrucksvoll der Einzug in den deutschen Bundestag. Er wird damit auch direkter Nachfolger im Wahlkreis Hof vom ehemaligen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich. Seit etlichen Jahren arbeitet Heiko Hain im Bezirksvorstand der KPV Oberfranken aktiv mit, ist Vertreter im Haupt-

ausschuss der KPV Bayern. Mit freudiger Anerkennung wurde von seinen Kolleginnen und Kollegen aufgenommen, dass Hain trotz seines Bundestagsmandats weiter im heimatischen Kommunalverband mitarbeitet, auch den Kreisvorsitz in Hof fortführt. Heiko Hain bekennt sich zur Kommunalpolitik, fühlt sich im Bezirksverband gut aufgehoben. Von KPV-Bezirksvorsitzenden Karl Philipp Ehrler wurde er prompt als wichtiger Verbündeter in Berlin gefeiert.

Der Bericht des Bezirksvor-

sitzenden Ehrler erstreckte sich auf die letzten beiden Jahre. Mit fachlich ausgerichteten Veranstaltungen wurden wichtige Themen bearbeitet, die den christsozialen Kommunalpolitikern auf dem Herzen liegen, z. B. zum umstrittenen Heizungsgesetz.

Regelmäßiger Erfahrungsaustausch

Regelmäßig traf man sich zum Erfahrungsaustausch und zur Europawahl initiierte die KPV eine gemeinsame Veranstaltung mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaften der CSU. An die beiden Bundestagsabgeordneten im Raum richtete Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler die dringende Bitte, sich für einen mutigen Bürokratieabbau einzusetzen. Die Gemeinden, Städte und



Ein Teil des neuen Bezirksvorstands der KPV Oberfranken (v.l.): Stefan Heinlein, Wolfgang Förtsch, Hans-Walter Hofmann, Ingrid Heinritz-Martin, Dr. Stefan Specht, Martin Walz, Ehrenbezirksvorsitzender Manfred Thümmel, Edmund Ulm, Bezirksvorsitzender Karl-Philipp Ehrler, Stefan Förtsch, Stephanie Kollmer, Franz-Peter Wild, Heiko Hain.

Bild: Tristan Förtsch

Landkreis Dachau:

„Sport verbindet“

Staffellauf von Dachau nach Oświęcim/Auschwitz

Ein außergewöhnliches Projekt setzt ein starkes Zeichen für Frieden, Erinnerung und Völkerverständigung: Unter dem Motto „Sport verbindet“ machen sich 40 Sportlerinnen und Sportler aus Deutschland und Polen gemeinsam auf den Weg von Dachau nach Oświęcim/Auschwitz. Vom 1. bis 10. Mai 2025 legen sie mit dem Staffellauf des Gedenkens und der Versöhnung mehr als 1.000 Kilometer zurück. Ziel dieses Staffellaufs ist es, an die Befreiung der Konzentrationslager Auschwitz und Dachau sowie das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren zu erinnern.

Ein symbolischer Lauf durch die Geschichte

„Diese 80 Jahre Frieden zwischen Polen und Deutschland sind ein wertvolles Gut – aber leider keine Selbstverständlichkeit mehr. In Zeiten globaler Spannungen ist es umso wichtiger, Dankbarkeit und Gedenken mit einem entschiedenen Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Menschenwürde zu verbinden. Die Landkreise Dachau und Oświęcim/Auschwitz, einst Zeugen der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Aus dieser Verantwortung ist bereits vor 10 Jahren eine sehr lebendige Landkreispartnerschaft entstanden.“ erklärt Stefan Löwl, Landrat aus Dachau.

„Wir wissen, wohin Hass, Menschenfeindlichkeit und Intoleranz führen können. Freiheit, Demokratie und Frieden – für diese Werte gibt es keine Alternative. Es liegt an uns, sie im Sinne der Botschaft ‚Nie wieder!‘ zu schützen,“ betont auch Andrzej Skrzypiński, Landrat aus Oświęcim.



Das Organisationsteam in Dachau für den Staffellauf des Gedenkens und der Versöhnung: Michael Rauch, Dr. Bernadetta Czech-Sailer und Wolfgang Moll.

Bild: Landratsamt Dachau, Veronika Plajer

Landkreise könnten die zermürbenden und gefühlt oft absurden Anforderungen nicht mehr leisten. Immer neue und immer mehr Vorschriften aus den höheren politischen Ebenen kosten Kräfte und Gelder, die viel nützlicher eingesetzt werden könnten. Einige Bürgermeister sprangen ihm spontan mit Beispielen aus ihrer Praxis bei, die für Kopfschütteln sorgten. KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler hob in seiner Bilanz die vorzügliche Zusammenarbeit im Bezirksvorstand hervor. Die Oberfranken seien im Landesverband einen sehr geschätzten. Trotzdem sie einen weiten Weg in die Hauptstadt hätten, wären sie bei den Zusammenkünften der KPV Bayern immer vertreten.

Große Herausforderungen; schwierige Bedingungen

MdB Thomas Silberhorn berichtete von den Koalitionsverhandlungen der CDU/CSU mit der SPD in Berlin. Diese würden ja nicht von den Bundestagsfraktionen geführt, sondern von den Vertretern der Parteien. Er gewährte auch einige Blicke durchs Schlüsselloch. Zudem vermeldete der Bamberger Abgeordnete einen gewaltigen Investitionsbedarf bei der Infrastruktur, Verteidigung, Bildung, Forschung. Für die Sanierung alleine der Schulen habe man einen Bedarf von 140 Mrd. Euro errechnet. Der Stellvertretende Bezirksvorsitzende der CSU Oberfranken zeigte auf, es könne keineswegs jetzt Geld mit vollen Händen ausgegeben

werden. Breche man die Zahlen herunter, die vom Bund auf die Länder und dort weiterverteilt werden müssen, bekomme man übersichtliche Beträge. Bei dem großen Streitthema „Migration“ könne man aber nun mit spürbaren Maßnahmen rechnen. Silberhorn beschrieb das brisante politische Umfeld, welches sich national und international aufgebaut habe. Bei den nächsten Kommunalwahlen werde man dies auch zu spüren bekommen. Um die Vorschriftenflut zu stoppen, plädierte er für klare Vorgaben der Politik an die Administration, die sich auf die Durchsetzung von Zielen und Entscheidungen zu fokussieren habe.

Neuwahlen

Bei den Neuwahlen wurden KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler (Stammbach) und sein bisheriger Stellvertreter Wolfgang Förtsch (Wilhelmsthal) ein weiteres Mal bestätigt. Neu als Stellvertretende Bezirksvorsitzende bestimmt wurden Martin Walz (Neunkirchen a. B.) und Nicolas Lahovnik (Wunsiedel). In den Bezirksvorstand gewählt wurden Peter Berek, Stefan Förtsch, Heiko Hain, Stefan Heinlein, Ingrid Heinritz-Martin, Hans-Walter Hofmann, Jens Korn, Patrick Meyer, Sonja Rammig, Bernd Rebhan, Dr. Stefan Specht, Anita Swiduruk, Edmund Ulm, Franz-Peter Wild und Stephanie Kollmer. Vertreter im Hauptausschuss bleiben Heiko Hain, Jens Korn und Bernd Rebhan.

Tristan Förtsch

nen und Läufer zu finden und für Verpflegung sowie Unterkunft zu sorgen. Die Teilnahme am Lauf ist kostenlos.

Wolfgang Moll, Kreisrat und 1. Vorsitzender des TSV Dachau, leitet das ambitionierte Projekt: „80 Jahre kein Krieg ist ein Segen: Wenn wir es jetzt – zum Jahrestag – nicht auf die Beine stellen, dann macht es niemand mehr. Ich war sofort bereit, dieses Erlebnis organisatorisch zu begleiten. Die Begeisterung, die ich an jedem Ort erfahre, an dem wir Halt machen werden, motiviert mich jeden Tag aufs Neue. Ich bin überzeugt, dass wir hier ein einmaliges Event gestalten, an das wir uns noch in vielen Jahren erinnern werden. Auch das Engagement unserer Helfer aus dem Dachauer Landkreis ist sensationell.“

Die Route führt von Dachau über Bad Abbach, Weiden, Hof, Stollberg, Dresden und Görlitz nach Polen. Dort geht es weiter über Kreisau, Oppeln, Gleiwitz bis zum Ziel: Oświęcim/Auschwitz.

Interessierte sind herzlich eingeladen, die Laufgruppe auf einem Teilstück oder auch mehrere Tage zu begleiten. Auch Unternehmen können das Projekt unterstützen. Weitere Infos unter <https://www.tsvdachau1865.de/staffellauf-des-gedenkens-und-der-versoehnung-etappen>.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Bernhard Pötter (Table Media), Martin Geilhufe (Landesbeauftragter des BUND Naturschutz Bayern), Joachim Herrmann (Bayerischer Staatsminister des Inneren), Sophia Göppel Kraft (Familie Göppel); Prof. Dr. Maja Göpel (Politikökonomin und Transformationsforscherin), Barbara Metz (Bundesgeschäftsführerin Deutsche Umwelthilfe), Dr. Martin Held (Transformateure), Anja Weisgerber (MdB CSU), Ludwig Horn (Bürgermeister der Stadt Tutzing).

Bild: Dorothea Grass/Evangelische Akademie Tutzing

Josef-Göppel-Symposium 2025:

Aufbruch und Perspektivwechsel

Mit einem Appell zum gemeinsamen Handeln in Zeiten ökologischer und gesellschaftlicher Krisen endete das 3. Josef-Göppel-Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing. Unter dem Titel „Aufbruch!“ diskutierten rund 180 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kirche und Zivilgesellschaft zwei Tage lang über Wege aus der ökologischen und gesellschaftlichen Krise. Veranstaltet wurde das Symposium u.a. von der Evangelischen Akademie Tutzing, Familie Göppel, dem Bund Naturschutz in Bayern und der Heinz Sielmann Stiftung – unterstützt von Partnern wie dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL), der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung.

Von der kommunalen Ebene bis hin zur EU-Politik – die Zusammensetzung der Teilnehmer spiegelt die Breite des gesellschaftlichen Dialogs wider, der ganz im Sinne des 2022 verstorbenen CSU-Politikers Josef Göppel stand: offen, kontrovers und konstruktiv. Der Förster und Bundestagsabgeordnete galt als das „grüne Gewissen der CSU“. Sein Name steht für wertereorientierte, parteiübergreifende Umweltpolitik. Das nach ihm benannte Symposium hat sich zu einer bundesweit einzigartigen Plattform für konstruktiven Dialog mit dem Ziel entwickelt, konkrete Impulse für eine nachhaltige Politik zu setzen.

In ihrem Impulsvortrag machte die Transformationsforscherin Prof. Dr. Maja Göpel deutlich, wie dringlich der Wandel ist. „Wir stehen gefährlich nah an den Kippunkten der Ökosysteme“, warnte sie. Nur eine mutige, gesellschaftsübergreifende Kooperation könne die Weichen in Richtung Zukunft stellen.

Auch Innenminister Joachim Herrmann betonte als Schirmherr des Symposiums die Relevanz des Formats: „Umweltschutz darf nicht in den Hintergrund treten – Klimaschutz ist ein erweiterter Sicherheitsbegriff.“ Er würdigte seinen verstorbenen Parteikollegen als „Brückenbauer und Pontifex Maximus für die Umweltpolitik“ und zeigte sich erfreut über die offene Debatte.

Klimawandel ist keine Nebensache

Wie Herrmann weiter ausführte, habe die Dürre im März in großen Teilen Deutschlands erneut verdeutlicht, wie wichtig Maßnahmen im Klimaschutz sind. „Wir dürfen den Klimawandel nicht als Nebensache betrachten, denn er betrifft unser sicheres Zusammenleben.“ Die Bayerische Staatsregierung habe sich das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Über hundert Maßnahmen, darunter der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien und die Renaturierung von Moorflächen, seien Teil dieser Strategie.

„Wir müssen unsere Verantwortung für die Natur ernst nehmen und das Bewusstsein für den unermesslichen Reichtum unserer bayerischen Natur an die nächsten Generationen weitergeben“, erklärte der Innenminister. Im Freistaat befinden sich von den Alpen im Berchtesgadener Land über das Nördlinger Ries

bis hin zu den Naturschutzgebieten Schwarze Berge einzigartige Naturgebiete. „Bayern hat die größte Fläche an Schutzgebieten aller Bundesländer. Diese gilt es zu bewahren und unserer Verantwortung beim Umweltschutz gerecht zu werden“, bekräftigte der Minister.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke plädierte ihrerseits dafür, „unsere gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln, um den Schutz unserer Ökosysteme zu gewährleisten – besonders in einer Zeit, in der die Stabilität unserer Gesellschaft von verschiedenen Seiten bedroht wird“. Sie lobte die Initiative der Familie Göppel, mit dem Symposium einen überparteilichen Gesprächsraum zu schaffen. Neben prominenten Politike-

Klimaanpassungs-Netzwerk Oberland:

Hitze und Starkregen gemeinsam begegnen

Das Klimaanpassungs-Netzwerk Oberland, initiiert durch die Energiewende Oberland, hat sich Ende März in Iffeldorf zu seinem zweiten Netzwerktreffen versammelt. Im Fokus stand das drängende Thema „Hitze in Kommunen“. 23 Kommunalvertreterinnen und -vertreter, Expertinnen und Experten diskutierten mit dem Projektteam von KARE (Klimawandelanpassung auf regionaler Ebene) intensiv über die zunehmenden Herausforderungen durch Hitzeereignisse – und den doppelten Nutzen einer wassersensiblen Siedlungsentwicklung.

Ein zentrales Ergebnis des Treffens war die Erkenntnis, dass Hitzeanpassung und Starkregenrisikomanagement eng miteinander verbunden sind und im planerischen Kontext gemeinsam betrachtet werden sollten. „Für unsere Kommune ist Hitze bisher kein wichtiges Thema gewesen. Wir haben uns bei der Klimaanpassung hauptsächlich mit Starkregenrisikomanagement beschäftigt. Bisher habe ich immer gedacht: Hauptsache, das Wasser wird weggeleitet – aber, dass die vor-Ort Speicherung von Wasser gleichzeitig einen kühlenden Effekt bei Hitzeereignissen bringt, war mir nicht so bewusst. Wenn man beide Themen verschneiden kann, ist es umso besser!“, so eine Teilnehmerin. Diese Aussa-

ge spiegelt den Tenor vieler Anwesenden wider, die erkannten, dass integrierte Lösungsansätze nicht nur effektiver, sondern auch nachhaltiger sind.

Die Veranstaltung umfasste Fachvorträge, Diskussionsrunden und regionale Praxisbeispiele. Dr. Anne von Streit (LMU München) verdeutlichte, dass im Oberland mit steigenden Durchschnittstemperaturen, mehr Sommertagen und tropischen Nächten zu rechnen ist, was verstärkte Hitzeanpassungsmaßnahmen erfordert. Heidi Lahne (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) präsentierte kommunale Angebote zur Hitzeanpassung, wie z.B. die Erstellung von Hitzeaktionsplänen. Brian Böker und Stephan Eberle



Mitglieder im Anpassungs-Netzwerk sind Kommunen aus dem ganzen Oberland mit unterschiedlichen Größen, Voraussetzungen und Erfahrungen: Iffeldorf, Polling und Großweil, Hausham und Wolfratshausen, sowie die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau. Ziel ist es, die Ergebnisse zur Anpassung an den Klimawandel zukünftig für die ganze Region nutzbar zu machen. Bild: Energiewende Oberland

GZ PINOS WELT

„Heute in einer Woche haben die Deutschen wieder einen gewählten Kanzler. Und ich füge hinzu: Hoffentlich. Denn in dem Tollhaus, in das die Welt sich seit Anfang des Jahres verwandelt hat, erscheint es mir sehr wichtig, dass dieses Land über eine legitimierte, handlungsfähige Regierung verfügt und über eine Person an der Spitze, die die Interessen der Republik deutlich und durchsetzungsstark international vertreten kann.“

Ich weiß nicht, welche Lektüre Friedrich Merz in jenen Tagen zur Hand genommen hat, in denen die SPD uns mit ihrem Mitgliederentscheid basisdemokratische Leidenschaft demonstrierte – einer Inszenierung, bei der es beinahe zum guten Ton gehörte, täglich neue inhaltliche Forderungen in den Raum zu stellen und die Regierungsarbeit bereits vor der Verteidigung mit ambitionierten sozialpolitischen Visionen aufzuladen.

Kanzlerwahl 2025: Wer tief startet, kann nur hoch hinaus

Vielleicht hat er sich die letztes Jahr erschienene Autobiographie des zweiten Bundeskanzlers, Ludwig Erhard, zu Gemüte geführt. „Erfahrungen für die Zukunft“, so der Titel, ist eigentlich nur eine Reflektion der Kanzlerjahre dieses großen Mannes und deshalb, bei aller Vorsicht, mit der Eigendarstellungen von aus dem Amt geschiedenen Politikern zu betrachten sind, ein interessantes Stück Zeitgeschichte. Das Buch liest sich flott, dank des eingängigen Stils seines Ghostwriters, des gelehrten Journalisten Hans J. Klein.

Ludwig Erhard und Friedrich Merz könnten fast Antipoden sein: Hier der schon im Amt des Wirtschaftsministers hoch verehrte Vater des deutschen Wirtschaftswunders (wobei Erhard den Begriff des Wunders immer wieder zurückwies), fast messianisch in das Amt des Bundeskanzlers gewöhnt und nach wenigen Jahren trotz eines fulminanten Wahlerfolgs an sich (?), seiner Partei (?), den Verhältnissen der Zeit (?) gescheitert.

Dort der zwar mit einem soliden demokratischen Regierungsauftrag ausgestattete, von den Wählern noch am wenigsten gezauste Sieger der Bundestagswahl 2025, der aber schon vor seiner



Amtsübernahme von den Medien mit vernichtenden Attributen überzogen wird: Unglaublich, unerfahren, unbeliebt.

Gut, das Ganze kann für Friedrich Merz auch etwas Gutes haben. Bemäße sich die Fallhöhe Ludwig Erhards als er ins Kanzleramt einzog ungefähr auf dem Niveau des Olympiaturms, dürfte sich die Fallhöhe von Friedrich Merz

aktuell auf dem Niveau eines Filzuntersetzers befinden. Heißt aber auch, eigentlich kann unser neuer Kanzler nur positiv überraschen.

Jetzt wird ja viel geschrieben, warum Friedrich Merz so einen schlechten Start hat. Da bringen die einen das Geld ins Spiel, konkret die Lockerung der Schuldenbremse für die Verteidigung. Hätte etwas Notweniges unterlassen werden sollen, nur um einer Wahlkampfaussage wegen? Sehr deutsch gedacht, aber im Widerspruch zur Maxime Konrad Adenauers, wonach niemand gehindert werden sollte, jeden Tag klüger zu werden. Der Umgang mit der AfD? Hier ist es dringend nötig, dass die Empörungsmaschine mal Pause macht, denn außer, dass die AfD über 25 Prozent und die Linke über 10 Prozent in den Umfragen kommt, hat die Hysterie bisher nix gebracht.

Im Grunde leiden die Unionsparteien an etwas, was schon Ludwig Erhard für seine Zeit feststellte: Es gelingt nicht mehr, Begriffe zu prägen. Sprache und Begrifflichkeiten werden damals wie heute vom linken Rand geprägt, heute aber leider auch vom rechten. Die Bürgerlichen befinden sich in der permanenten Defensive, was bewirkt, dass heute von der Partei „Die Linke“ ganz selbstverständlich als demokratische Partei gesprochen wird, während die Unionsparteien – eigentlich die typischen Vertreter von Maß und Mitte in ihren politischen Vorstellungen – unwidersprochen als Rechtsparteien eingeordnet werden. Wir sollten auch nicht mehr hinneigen, es als rassistisch oder gar faschistisch zu bezeichnen, wenn man Ausländerkriminalität thematisiert oder stärkere Integrationsleistungen anmahnt, bevor die deutsche Staatsbürgerschaft vergeben wird.

Hoffen wir, dass Friedrich Merz ein Optimist im Sinne Winston Churchills ist: „Optimisten sehen die Chance in jedem Problem – anders als Pessimisten, die auf das Problem schauen, das in jeder Chance steckt.“

Ihr Pino



Bürgermeister Dr. Andreas Bukowski, Stadt Haar, und Romy Stangl. Bild: Stadt Haar

Ausstellung in der Rathaus Galerie, Stadt Haar:

„Alles unter einen Hut!“

Lebensrealitäten von Frauen im Wandel

Mit der Ausstellung „Alles unter einen Hut!“ wurden in der Haarer Rathaus-Galerie Lebensfragen und Lebenslagen von Frauen zwischen Schulzeit und Alter, zwischen Mutterschaft und Minijob, Care-Aufgaben und Karriere anhand von Lebensläufen aufgezeigt und grundsätzlich auf Probleme und Herausforderungen hinzuweisen.

Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Haar, Romy Stangl, hatte die Ausstellung nach Haar geholt. „Rein rechtlich haben Frauen in Deutschland heute alle Möglichkeiten“, so Stangl. Ziel der Ausstellung war es, der Frage nachzugehen, ob das im realen Leben auch wirklich funktioniert.

Denn Frauen tragen ein ungleich größeres Risiko ihren Lebensunterhalt nicht erarbeiten und für Krankheit und Alter nicht vorsorgen zu können. Armutsfallen sind Scheidung oder Trennung mit Kindern sowie Arbeit in schlecht bezahlten „Frauenberufen“, Teilzeitstellen

oder sogenannten Minijobs. Die Ausstellung soll gerade jungen Menschen bewußt machen, dass vor allem Frauen häufiger in prekäre Lebenssituationen kommen. Die Situation der Frauen ist eine Verteilungsfrage: Frauen übernehmen einen Großteil der unbezahlten Pflegeaufgaben, Kinderbetreuung und Hausarbeit. Männer arbeiten überwiegend bezahlt und besser entlohnt. Für deren Alter ist meist besser vorgesorgt.

Mutterschaft und materielle Existenz unter einen Hut zu bringen, blieb schwierig. Darüber sollte diskutiert werden und dazu lud diese Ausstellung ein. □

75 Jahre Gemeindegründung und 55 Jahre Stadterhebung Geretsried:

Wie aus der Not Zukunft entstehen kann

Am 1. April 1950 wurde die Gemeinde Geretsried gegründet. 20 Jahre später, am 27. Juni 1970, erfolgte die Stadterhebung. Zwei Ereignisse, die schon 2020 gebührend gewürdigt werden sollten, doch die Corona-Pandemie verhinderte dies. Heuer nun werden die Feierlichkeiten nachgeholt. Anfang April fand anlässlich der Gemeindegründung Geretsrieds bereits ein Festakt statt, und zur Feier der Stadterhebung geht am 27. Juni 2025 ein großes Bürgerfest über die Bühne. Hinzu kommen zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Stadtgebiet wie ein Streetfoodfestival, Tage der Vielfalt und Integration, Mobilitätstage & Fahrradfest, eine Historische Stadtratssitzung sowie ein Straßenkunstfestival.

Geretsried, einst Zufluchtsort für Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg, blickt auf eine außergewöhnliche Entstehungsgeschichte zurück. Am 1. April 1950 wurde die Gemeinde offiziell gegründet – aus einer Siedlung, die auf dem Gelände zweier Rüstungsbetriebe des Dritten Reiches entstanden war. Zum Ersten Bürgermeister wurde Karl Lederer aus Graslitz gewählt.

Pioniergeist und Neuanfang

Menschen aus Schlesien, Sudetenland und anderen ehemaligen deutschen Ostgebieten fanden in Geretsried nach dem Krieg ein neues Zuhause. Aus dieser ungewöhnlichen Ausgangslage entwickelte sich die Kommune von Bayerns jüngster Gemein-

de im Jahr 1950 zur modernen Stadt mit heute 26.000 Einwohnern. Ein einzigartiges Zeugnis deutscher Nachkriegsgeschichte in Bayern und ein Beispiel dafür, wie Integration, Gemeinschaft und wirtschaftlicher Aufschwung gelingen können.

Bürgermeister Michael Müller, selbst Nachfahre von Heimatvertriebenen, erinnerte beim Festakt an die außergewöhnlichen Ursprünge der Stadt: „Geretsried ist eine Stadt, die aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs geboren wurde.“ Doch anstatt sich ihrem schweren Erbe zu ergeben, habe sich die junge Gemeinde durch Aufbruch und steter Tatkraft ausgezeichnet.

Besonders hob Müller das Engagement und die Willenskraft der Vertriebenen hervor, die ab

1946 mit kaum mehr als einem Koffer in der Hand ein neues Leben begannen. „Damals gab es hier kaum mehr als ein paar Baracken und eine Handvoll Läden“, so das Stadtoberhaupt. Heute sei Geretsried eine moderne, vielfältige Stadt mit über 100 Nationalitäten, florierender Wirtschaft und einem reichen kulturellen Leben.

Integration, Vielfalt und wirtschaftlicher Aufschwung

Als Geretsrieder Besonderheit bezeichnete Müller den Umstand, dass die Vertriebenen anders als vielerorts nicht auf bestehende Strukturen verteilt worden seien – sie blieben unter sich und gründeten gemeinsam eine völlig neue Stadt. „Geretsried war lange Zeit belächelt – heute ist es ein Vorbild“, betonte der Rathauschef. Sein Appell: „Nicht jammern – anpacken und gestalten.“ Die Stadt zeige, wie aus der Geschichte Zukunft entstehen könne.

Landkreis und Partnerstädte gratulieren

Auch Josef Niedermaier, Landrat Bad Tölz-Wolfratshausen, würdigte Geretsried als „wirtschaftlichen Motor“ und „Jungbrunnen“ für die Region. Eine junge Stadt wie Geretsried tue dem gesamten Landkreis gut – auch als Erinnerung daran, Geschichte nicht selbstzufrieden zu betrachten. Als gebürtiger Tölzer erinnerte sich Niedermaier an seine ersten Begegnungen mit Geretsried als Fußballspieler: „Es

war einfach anders.“ Erst später habe er die besondere Identität der Stadt verstanden.

Ein Zeichen für die europäische Verbundenheit setzte Louis Giscard d'Estaing, Bürgermeister der französischen Partnerstadt Chamalières. Er hob die 42-jährige Städtepartnerschaft mit Geretsried hervor und rief dazu auf, den europäischen Gedanken weiter mit Leben zu füllen.

Dr. Bernd Fabritius, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV), unterstrich in seiner Festrede die historische Bedeutung Geretsrieds als Beispiel gelungener Integration und gesellschaftlicher Kraft: „Diese Stadt ist der Beweis, dass aus Not Zukunft entstehen kann.“ In seiner Rede ermutigte BdV-Chef die Bürgerinnen und Bürger, das Prädikat „Vertriebenenstadt“ mit Stolz zu tragen: als Mahnmal, aber auch als Identitätsmerkmal für kommende Generationen.

Auch Fabritius erinnerte daran, wie schwierig sich das Zusammenleben vieler Heimatvertriebenen und der einheimischen Bevölkerung in den Anfangsjahren gestaltete. Erst nach und nach sei die Erkenntnis gereift: Geretsried ist mehr als eine Durchgangsstation – es ist Heimat geworden.

Geschichte zum Anfassen

Als „lebendigen Ausdruck unserer Stadtgeschichte und unserer Gemeinschaft“ titulierte Bürgermeister Müller die abschließende Präsentation einer 56 Seiten umfassenden Festschrift. „Wir haben versucht, die Vielfalt und die besonderen Merkmale unserer Stadt einzufangen. Die Festschrift bietet einen umfassenden Überblick über die Geschichte von Geretsried, unsere Entwicklung und auch über die vielen facettenreichen Seiten unserer Stadt, die sie zu dem machen, was sie heute ist.“ DK

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Mit 95,6 Prozent der Stimmen wurde Franz Mautner (CSU) zum neuen Bürgermeister von Thyrnau im Landkreis Passau gewählt. Bereits seit knapp zwei Jahren hatte er seinen erkrankten Vorgänger Alexander Sagberger als 2. Bürgermeister vertreten. Mautner war der einzige Kandidat. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,5 Prozent.

Günter Mayer (WGO) ist neuer Bürgermeister der Gemeinde Oberostendorf (Landkreis Ostallgäu). Der 50-Jährige siegte mit 57,2 Prozent der Stimmen gegen Günter Schlecht (BBO), der 42,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Mayer ist Nachfolger von Helmut Holzheu, der das Bürgermeisteramt wegen längerer Krankheit nicht mehr ausüben konnte und Ende vergangenen Jahres von seinen Pflichten ent-

bunden worden war. Wahlbeteiligung: 63,4 Prozent.

Mit großem Vorsprung hat Karoline Ruf die Bürgermeister-Wahl in Theilheim (Landkreis Würzburg) gewonnen. Für die 37-jährige CSU-Kandidatin stimmten 85,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Für ihren Mitbewerber Maximilian Mödl, der für die FDP antrat, setzten 14,8 Prozent ihr Kreuz. Wahlbeteiligung: 69,5 Prozent. DK

Drei Jahre Integreat im Landkreis München

Digitale Unterstützung für Zugewanderte feiert erfolgreichen Einsatz

Seit drei Jahren ist Integreat im Landkreis München im Einsatz – eine digitale Plattform, die Zugewanderten den Einstieg und das Leben in der neuen Umgebung erleichtert. Mit rund 200.000 Zugriffen allein im Jahr 2024 zeigt sich: Integreat ist für viele Menschen eine wichtige Anlaufstelle geworden.

Integreat ist eine mehrsprachige App und Webplattform, die alltagsnahe Informationen für Zugewanderte bündelt. Sie gibt Orientierung zu wichtigen Themen wie: Sprachkursen, Arbeit und Ausbildung, Gesundheit und medizinischer Versorgung, Wohnen sowie Anlaufstellen und Behörden im Landkreis München.

Die Inhalte sind in sieben Sprachen verfügbar: Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Persisch, Ukrainisch und Russisch. Damit werden Sprachbarrieren abgebaut – und wichtige Informationen sind schnell und unkompliziert zugänglich.

Die Vorteile von Integreat reichen über die reine Informationsvermittlung hinaus. Fachkräf-

te und Beratungsstellen im Landkreis München werden entlastet, weil viele Standardfragen digital beantwortet werden. Das schafft mehr Zeit für persönliche Gespräche und individuelle Unterstützung.

Gleichzeitig fördert die Plattform Teilhabe: Menschen können selbstständig Informationen abrufen und sich über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren. Die Bedienung ist einfach und die App ist kostenlos – sie kann auf dem Smartphone installiert oder über den Browser unter www.integreat.app/lkmuenchen/de genutzt werden.

Integreat wird inzwischen in über 130 Städten und Landkreisen eingesetzt. □

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10/2025, die am 15.05.2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall - Entsorgungsmanagement - technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung - Straßenbeleuchtung
- Sicherheit und Arbeitsschutz - Brand- und Katastrophenschutz - Extremwetterereignisse
- Kommunaler Bau

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER-INTERNET
AUS BAYERN.**
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

**UG UNSERE GRÜNE
GLASFASER**

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten
schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektiven Winterdienst

BUCHER
municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

